

## 69. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. November 2002

### Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung ...	4925	<b>Strategien zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklung im Land Bremen</b>	
Eintritt des Abgeordneten Ernst-Otto Krüger (SPD) in die Bremische Bürgerschaft .....	4925	<b>- Bericht der Steuerungsgruppe Arbeitsplätze/ Einwohner -</b>	
		Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2002 (Drucksache 15/1281)	
<b>Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung im Land Bremen</b>		Abg. Böhrnsen (SPD) .....	4934
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. April 2002 (Drucksache 15/1128)		Abg. Tittmann (DVU) .....	4936
1. Lesung		Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	4937
		Abg. Pflugradt (CDU) .....	4939
<b>Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung im Land Bremen</b>		Bürgermeister Dr. Scherf.....	4942
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 23. Oktober 2002 (Drucksache 15/1271)		Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	4946
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) .....	4925	<b>Gesetz zur Neuordnung des Bremischen Disziplinarrechts</b>	
Abg. Frau Hannken (CDU) .....	4926	Mitteilung des Senats vom 10. September 2002 (Drucksache 15/1235)	
Abg. Isola (SPD) .....	4928	2. Lesung	
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) .....	4929	D a z u	
Abstimmung.....	4930	<b>Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 13. November 2002</b>	
		(Drucksache 15/1295)	
<b>Gesetz zur Einführung einer Gesamtrichtervertretung</b>		Abg. Herderhorst (CDU) .....	4948
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Oktober 2002 (Drucksache 15/1272)		Staatsrat Dr. Dannemann .....	4950
1. Lesung		Abstimmung.....	4950
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) .....	4930	<b>Keine Finanzausweisungen für den überbeurteilten Büroumbau des Bremerhavener Oberbürgermeisters</b>	
Abg. Isola (SPD) .....	4931	Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 28. Oktober 2002 (Drucksache 15/1275)	
Abg. Röwekamp (CDU).....	4932	Abg. Tittmann (DVU) .....	4951
Abstimmung.....	4934	Abstimmung.....	4953

**Kleingartengebiete im Lande Bremen erhalten!**

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)  
vom 28. Oktober 2002  
(Drucksache 15/1277)

Abg. Tittmann (DVU) .....	4953
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	4955
Abg. Tittmann (DVU) .....	4956
Abstimmung .....	4956

**Bremisches Gesetz über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (BremHSLG)**

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2002  
(Drucksache 15/1278)

1. Lesung	
2. Lesung .....	4956

**Personalcontrolling Band IV:****Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 1998/1999**

Mitteilung des Senats vom 25. Juni 2002  
(Drucksache 15/1186)

**Personalcontrolling Band IV:****Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 1998/1999**

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau  
vom 5. November 2002  
(Drucksache 15/1288)

Abg. Frau Wulff, Berichterstatterin .....	4957
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) .....	4959
Abg. Frau Windler (CDU) .....	4961
Abg. Frau Wulff (SPD) .....	4962
Staatsrat Dr. Dannemann .....	4963
Abstimmung .....	4963

**Keine Abschaffung der Tonnagesteuer**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU,  
der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 13. November 2002  
(Drucksache 15/1296)

Abg. Kastendiek (CDU) .....	4963
Abg. Günthner (SPD) .....	4965
Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) .....	4966
Abg. Kastendiek (CDU) .....	4968
Staatsrätin Winther .....	4969
Abstimmung .....	4969

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Absolon, Frau Haker, Henkel, Jäger,  
Frau Jamnig-Stellmach, Knäpper, Leo, Frau Linnert, Pfahl, Frau Reichert.

**Präsident Weber**

**Vizepräsident Dr. Kuhn**

**Schriftführerin Arnold-Cramer**

**Vizepräsident Ravens**

**Schriftführerin Hannken**

**Schriftführer Schildt**

-----

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,  
Senator für kirchliche Angelegenheiten  
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

-----

Staatsrat **Professor Dr. Hoffmann** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

-----

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**



(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die 69. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Gruppe Senioren des CDU-Kreisverbandes Bremen-Nord und Teilnehmer eines Bildungsurlaubs der Volkshochschule Bremen zum Thema „Kommunal- und Landespolitik“.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Keine Abschaffung der Tonnagesteuer, Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU und der SPD vom 13. November 2002, Drucksache 15/1296.

Gemäß Paragraph 31 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung gilt dieser Antrag als dringlich.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch. – Dann verfahren wir so.

(B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen davon Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Herr Ernst-Otto Krüger ab 12. November 2002 anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Ulrich Freitag Mitglied der Bürgerschaft ist.

Ich möchte Sie recht herzlich im Haus begrüßen und Ihnen bei der Ausübung Ihres Mandats viel Erfolg wünschen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### **Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung im Land Bremen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. April 2002  
(Drucksache 15/1128)  
1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

### **Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung im Land Bremen**

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsausschusses vom 23. Oktober 2002  
(Drucksache 15/1271)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf.

(C) Meine Damen und Herren, bei dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung im Land Bremen, vom 30. April 2002, Drucksache 15/1128, wurde von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 59. Sitzung am 16. Mai 2002 die erste Lesung unterbrochen und der Gesetzesantrag an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Dieser Ausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 15/1271 seinen Bericht dazu vor.

Wir setzen die erste Lesung fort.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da der Vorsitzende des Verfassungs- und Geschäftsausschusses darauf verzichtet hat, Ihnen einen Bericht über seine Arbeit zu geben – das kann ich in diesem Fall auch verstehen, weil das ja ein Null-Ergebnis ist –, muss ich Sie zunächst kurz in die Sache einführen.

(D) Die Bürgerschaft hat am 16. Mai dieses Jahres einen Antrag meiner Fraktion debattiert, der durch Änderung der Landesverfassung und der einschlägigen Gesetze darauf abzielte, die praktische Durchführung von Initiativen der Volksgesetzgebung, also Volksbegehren und am Ende Volksentscheid, zu erleichtern. Ausgangspunkt war die Überlegung, dass die Volksgesetzgebung zwar in unserer Verfassung vorgesehen und auch gewollt ist als Ergänzung und durchaus am Ende auch als Korrektur des Parlaments, wenn das Parlament bestimmte Dinge nicht aufgreift, dass jedoch die konkrete Ausgestaltung dieser Verfahren, obwohl wir schon einmal etwas geändert haben, in der Praxis so ist, dass es in der Wirklichkeit nur sehr schwer, nach Auffassung unserer Fraktion von den Bürgerinnen und Bürgern zu schwer angewendet werden kann.

Deshalb haben wir in diesem Gesetzesantrag vorgeschlagen, die Zahl der für das Volksbegehren notwendigen Unterschriften abzusenken, die Mindestzahl derjenigen herabzusetzen, die an der Abstimmung teilnehmen müssen. Dafür wollen wir allerdings bei Verfassungsänderung wie sonst auch eine normale Zweidrittelmehrheit einführen. Wir wollen nicht mehr ausschließen, dass auch über Dinge ein Volksentscheid stattfinden kann, die am Ende einmal Geld kosten, dies jedoch in dem Rahmen, der durch das Urteil des Bremer Staatsgerichtshofs vorgegeben ist, und schließlich wollten wir eine pauschalierte Kostenerstattung für die Initiativen einführen, wie das auch andere Länder kennen. Wie der vorliegende Bericht des Ausschusses richtig sagt, die Grünen wollen damit eine Stärkung der Bürgerrechte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Die Koalition wird heute unseren Gesetzesantrag, dessen erste Lesung unterbrochen war, ablehnen. Am 16. Mai war die Reaktion der Koalition noch ganz anders. Kollege Isola erklärte für die SPD, sie wolle unserem Vorschlag näher treten. Frau Kollegin Hannken sprach für die CDU kurz und schmerzlos von einer, ich darf zitieren, „konsensmäßig geführten Debatte“. Man wolle aber darüber hinaus vielleicht noch über das eine oder andere an anderen Formen der Bürgerbeteiligung sprechen.

Es wurde dann, ganz unüblich bei Anträgen auf Änderung der Landesverfassung, nicht ein Ausschuss nach Artikel 125 der Landesverfassung gebildet, sondern die Lesung des Gesetzes unterbrochen und an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Sie können im Protokoll nachlesen, dass wir dem damals mit großer Verwunderung nur in der Annahme zugestimmt haben, dass Sie es auch ernst meinten mit der Arbeit an dem Gesetzentwurf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben sich im Ausschuss dann noch einmal unsere Argumente angehört, Sie haben einen Haufen Material angefordert über die Regelungen anderer Länder und ihre Erfahrungen, Sie haben es auch bekommen, sehr interessantes Material, aber in der Sache haben Sie in den Sitzungen des Ausschusses kein Wort über dieses Material verloren. Eine Diskussion darüber gab es nicht. Sie haben vielmehr nach ein, zwei Vertagungen am 22. Oktober kurz und knapp erklärt, die SPD wolle noch, die CDU wolle nicht mehr, damit sei das Projekt gestorben.

(B)

Verehrte Kollegin Hannken, ich bin da ungern unhöflich, aber wenn Sie gleich versuchen werden, uns zu erzählen, dass Sie an der einen oder anderen Stelle noch Erörterungsbedarf haben und Sie das noch nicht so ganz genau wissen und dies sich noch überlegen wollen, ich gestehe Ihnen, ich glaube Ihnen kein Wort! Das sage ich Ihnen jetzt schon, egal, was Sie uns hier in dieser Richtung erzählen werden.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Sie müssen es ja auch nicht glauben, Hauptsache, der Wähler glaubt es!)

Schlicht und einfach war es so, Sie haben Fracksausen bekommen, entweder vor der eigenen Fraktion, wie der Kollege Eckhoff angedeutet hat, oder aber vor den Leuten, von denen Sie meinen, dass sie Sie wählen. Der schönste Satz im Ausschuss von Herrn Eckhoff war: So kurz vor der Wahl wolle man solche Reformen nicht beginnen. Das hat mir gut gefallen. Wir haben jedenfalls diese Reform nicht kurz vor der Wahl auf die Tagesordnung gesetzt, Herr Eckhoff, sondern rechtzeitig vorher!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich übersetze Ihren Satz mit „kurz vor der Wahl“ so, in dieser Legislaturperiode, solange die CDU mitregiert, wird aus einer Erleichterung und Verbesserung der Volksgesetzgebung nichts, und ich ziehe für mich den Schluss daraus, Reformen in Richtung mehr Demokratie sind hier nur möglich, wenn es nach dem 25. Mai andere, neue Mehrheiten gibt mit den Grünen.

(C)

(Bürgermeister D r . S c h e r f : Zwei Drittel!)

Was meinten Sie, Herr Bürgermeister?

(Bürgermeister D r . S c h e r f : Zweidrittelmehrheit!)

Sie haben ja angekündigt, Sie würden sich an dieser Debatte beteiligen, darauf bin ich sehr gespannt. Mit Ihrem Zwischenruf kann ich jetzt nichts anfangen.

(Bürgermeister D r . S c h e r f : Aber Sie alle!)

Ich bin ganz gespannt auf Ihren Beitrag. Es ist normalerweise nicht üblich, dass der Senat sich mit Zwischenrufen beteiligt, aber wenn, sollten Sie es wenigstens deutlich machen, damit das Haus versteht, was Sie meinen.

(D)

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Es ist ein lebendiges Parlament, das muss man abkönnen!)

Ich habe ja gar nichts dagegen. Ich habe nur gesagt, dass es normalerweise nicht üblich ist. Mehr habe ich nicht gesagt.

Es sind offensichtlich Reformen in dieser Frage nur möglich, wenn es andere Mehrheiten gibt. Wir werden diesen Hinweis von Ihnen, Herr Eckhoff, in den Wahlen gern benutzen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hannken.

Abg. Frau **Hannken** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Kuhn, ich bedauere zutiefst, dass Sie mir nicht glauben. Ich möchte aber betonen, dass ein Mitglied vom Bündnis 90/Die Grünen, das im Moment die Bundesregierung mitstellt, von Glauben, von Verletzungen und Wortbrüchen hier gar nicht erst den Mund aufmachen sollte!

(Beifall bei der CDU)

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Ich hatte schon bei der letzten Debatte, die wir hier geführt haben, gesagt, dass dieses Thema sehr konsensual angegangen wird. Ich fand auch, dass die Debatten, die wir über den Volksentscheid und das Volksbegehren sowohl das letzte Mal hier in der Bürgerschaft als auch in der Vergangenheit in diesem Haus geführt haben, eigentlich immer an der Sache orientiert und daran orientiert waren, mehr für die Bürger in diesem Land zu erreichen.

Sie haben einen Antrag eingebracht, der sich im Wesentlichen mit drei Punkten auseinandersetzt, erstens, die Senkung der Unterstützungs- und Zustimmungquoten für Volksbegehren und Volksentscheid, zweitens, die Änderung des Haushaltsvorbehaltes und drittens, die pauschalierte Kostenerstattung. Auf diese drei Punkte möchte ich eingehen, wobei ich bemerken möchte, dass ich die ersten beiden Punkte für die wesentlicheren halte, weil hier auch die verfassungsrechtlichen Aspekte berücksichtigt werden müssen, während der dritte in erster Linie eine finanzielle Frage betrifft.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Demokratie kostet Geld!)

(B) Bereits in der letzten Debatte habe ich hier deutlich gemacht, dass wir als CDU-Fraktion sowohl den Volksentscheid als auch Volksbegehren, was allerdings auch als Einheit zu sehen ist, als eine sinnvolle Ergänzung zur parlamentarischen Repräsentation sehen. Die unmittelbare Gesetzgebung dient dazu, die Schwächen der parlamentarischen Gesetzgebung abzumildern und die Interessen und Vorstellungen der Bürger mehr in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen und ihre Berücksichtigung stärker in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. In der Debatte in der Bürgerschaft, aber auch im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss haben wir diese Fragen diskutiert, und ich muss offen für unsere Fraktion gestehen, Herr Dr. Kuhn, wir haben sie dort diskutiert, aber wir haben sie auch intensiv bei uns in der Fraktion diskutiert. Vielleicht waren Sie an diesen Diskussionen nicht immer beteiligt, das kann ich natürlich nicht gewährleisten.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/  
Die Grünen])

Zumindest bei uns in der Fraktion waren Sie an diesen Diskussionen nicht beteiligt. Da gebe ich Ihnen Recht. Wir haben diese Fragen sehr intensiv bei uns diskutiert, und für uns haben sich mehr Fragen ergeben, als dass es Antworten dafür gab.

Ich möchte insbesondere dieses Urteil des Bremischen Staatsgerichtshofes anführen, aus dem sich für uns noch viele Fragen ergeben haben, so dass wir Ihrem Antrag hier heute auch nicht folgen können.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/  
Die Grünen])

(C) Ich möchte dabei im Wesentlichen, wie ich schon eingangs sagte, die ersten beiden Punkte näher erläutern, weil das Letzte nicht so sehr verfassungsrechtliche Aspekte aufwirft, sondern mehr finanzielle Aspekte. Die Senkung der Unterstützung und des Zustimmungsquorums ist vom Bremischen Staatsgerichtshof sehr kritisch gesehen worden, obwohl dort noch andere Hürden gesehen wurden, da es ein Verstoß gegen das Demokratieprinzip bedeuten könnte. Auch die unmittelbare Gesetzgebung, also durch Volksentscheid, Volksbegehren, muss sicherstellen, dass dadurch eine Herrschaft der Mehrheit gewährleistet wird. Deshalb dürfen die Quoren auch nicht zu weit abgesenkt werden. Es darf nicht dazu führen, dass Volksbegehren und Volksentscheid nur noch ein Instrument der Entscheidung durch Minderheiten werden. Dies würde dem Demokratieprinzip widersprechen.

Daher ist bei diesen Quoren ganz genau darauf zu achten, dass der Mehrheitswille immer noch gewährleistet bleibt. Ich glaube, auch hier muss man differenzieren zwischen Flächenstaat und Stadtstaat, auch hier ist in einem Stadtstaat eine ganz andere Betroffenheit zu erreichen als in einem Flächenstaat. Deshalb glaube ich, dass man die Quoren – wir haben ja das Material bekommen, wie es in anderen Staaten aussieht – nicht unbedingt mit denen in einem Flächenstaat wie Bayern vergleichen kann, sondern man muss sich schon die spezifische bremische Situation anschauen, die eben auch den Vorteil hat, dass man viel schneller Menschen mobilisieren, Menschen für eine Sache gewinnen und damit auch ein Quorum erreichen kann.

(D) Es ist aber auch so, dass eben besonders bei den Volksbegehren und Volksentscheiden – und dazu diene ja auch die Materialsammlung, die wir bekommen haben – sehr deutlich gemacht wurde, dass der größte Teil dieser Volksbescheide und Volksbegehren sich in erster Linie mit Verfassungsfragen beschäftigt, also Änderung der Verfassung oder Auflösung des Parlaments. Hierfür muss man eine qualifizierte Mehrheit erreichen. Wenn wir dies hier im Parlament beschließen würden, bräuchten wir eine Zweidrittelmehrheit. Deshalb müssen natürlich auch bei der unmittelbaren Demokratie die Quoren besonders hoch sein und muss gewährleistet werden, dass auch dort eine qualifizierte Mehrheit entscheidet. Da muss auf die Quoren geachtet werden.

Diese Fragen sind für uns aufgrund der Quoren, die Sie hier vorgelegt haben, noch nicht abschließend geklärt, so dass wir hier eine Senkung und Unterstützung von Zustimmungsquoren heute nicht vereinbaren können.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt, der von Ihnen in dem Antrag eingebracht worden ist, ist die Änderung des Haushaltsvorbehalts. Ich gebe zu, da bestehen bei uns

(A) noch mehr Bedenken als bei der ersten Frage. Bei der ersten Frage kann man sicherlich noch einmal über die Quoren reden. Auch eine Senkung der Quoren schließen wir hier nicht aus. Die Frage ist eben, wie weit man sie senkt.

Bei dem Haushaltsvorbehalt haben wir aber grundsätzlichere Bedenken, und auch da kann ich noch einmal darauf abstellen. Sie sagten am Anfang zu den Haushaltsvorbehalten, so wie Sie es sehen, sieht die Verfassung im Moment vor, dass keine Volksbegehren und Volksbescheide erlassen werden können, die finanzielle Auswirkungen haben beziehungsweise finanziell wirksam sind. Sie haben eine Änderung vorgeschlagen, dass diese zulässig sind, wenn das Gleichgewicht des gesamten Haushaltes nicht gestört wird. Unabhängig von der Frage, ob dies ein Verstoß gegen das Budgetrecht des Parlaments darstellt, ist eben die Frage: Wann ist das Gleichgewicht eines Haushaltes gestört?

Nun könnte man sagen, aufgrund der rotgrünen Bundesregierung ist das Gleichgewicht dieses Haushaltes jetzt schon gestört, wenn sie so weitermachen, weil wir dann nämlich gar keine Handlungsspielräume mehr haben werden und damit auch niemand anderem mehr Handlungsspielräume überlassen können. Aber ich möchte gar nicht so sehr, weil wir ja heute auch eine konsensuale Debatte führen, auf diesen Punkt abstellen, sondern möchte mich darauf stützen, dass wir sagen, wenn wir einen Volksentscheid, ein Volksbegehren haben, das, sagen wir einmal, nur eine finanzwirksame Leistung von ein bis zwei Millionen Euro umfasst, dann würde das sicherlich auf den ersten Blick insgesamt nicht das Gleichgewicht des Haushaltes durcheinander bringen. Nun haben wir aber vielleicht zwei Monate oder ein halbes Jahr später vielleicht ein zweites Volksbegehren, wieder über zwei bis drei Millionen Euro, ein drittes, viertes, fünftes. Wollen wir die Anzahl der Volksentscheide, Volksbegehren irgendwann begrenzen – das würde die Verfassung nicht zulassen –, oder wie wollen wir es handhaben?

Wir bekommen immer weniger Spielräume, und die Spielräume sind jetzt schon eng. Wenn wir uns anschauen, wie viel wir in unserem Haushalt für Leistungen ausgeben, die gesetzlich beziehungsweise vertraglich gesichert sind, stellen wir fest, dass unser Handlungsspielraum sowieso nur noch klein ist. Da von einem Ungleichgewicht beziehungsweise einem Gleichgewicht zu sprechen finde ich schon eine sehr vage These. Daher denke ich, dass Ihr Aspekt, den Sie hier eingebracht haben, nicht zutrifft und auch noch nicht abschließend geklärt ist.

Der dritte Punkt ist die Kostenerstattung. Hier gibt es ja einige Bundesländer, die eine Kostenerstattung vornehmen, entweder über Informationskampagnen oder zur Erstattung des Verwaltungsaufwandes. Demokratie kostet Geld, das haben Sie richtig gesagt, Frau Stahmann, aber die Frage ist natürlich auch, woher man dieses Geld nehmen möchte und ob man

es für diesen Bereich nimmt. Ich würde mich damit abfinden zu sagen, man kann es eher für Informationskampagnen investieren als für den Verwaltungsaufwand, weil ich glaube, dass der Verwaltungsaufwand ein geringerer ist in einem Stadtstaat als in einem Flächenstaat. Für die Informationskampagne, glaube ich, haben wir in Bremen bisher sehr gute Medien, die das auch fortführen. Auch hier, glaube ich, kann man nicht unbedingt den Vergleich mit einem Flächenstaat ziehen, weil in diesem Punkt Bremen eben dadurch, dass wir eine sehr gute Tagespresse haben, die sehr verbreitet ist, dadurch, dass wir hier kurze Kanäle haben, es sehr gut schaffen können, auch insofern einen Informationsvorsprung zu erhalten, so dass ich mich auch im Moment gegen eine Kostenerstattung wenden würde.

Ich möchte abschließend noch einmal sagen, und das war eigentlich auch die Bemerkung, die ich in der letzten Debatte hier gemacht habe, Volksentscheide und Volksbegehren sind eine Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie. Sie sollen sie nicht ersetzen, sondern sie sollen sie ergänzen. Es gibt einen sehr schönen Satz in der Entscheidung des bremischen Staatsgerichtshofs, in dem es heißt, mit Genehmigung des Präsidenten darf ich zitieren: „Für die Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie kommt es daher in erster Linie auf die Fähigkeit der Parteien, des Parlaments und der Abgeordneten an, die Vielfalt der auseinander strebenden partikularen Interessen und Bestrebungen in einen verbindlichen Volkswillen umzuwandeln.“ Ich glaube, dass wir gerade in dem Bereich noch einiges machen können, so dass wir vielleicht erst einmal zusehen sollten, dass wir auch hier bei uns selbst anfangen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola** (SPD)\*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen zunächst einmal ein Kompliment machen. Sie haben hier eine frische Rede gehalten über unsere Ausschussberatungen, an denen Sie im Grunde genommen gar nicht teilgenommen haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Das zeigt, dass Sie als Politikerin noch Karriere machen werden. Das ist schon gekonnt, das habe ich noch nicht so ganz geschafft.

Das Zweite ist, wir haben weiter gar nichts beraten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Teiser  
[CDU]: So kann man das nicht sagen!)

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Das war schon eine Farce. Na ja, so, Herr Teiser, nicht, aber in etwa war es eine Farce, vor allen Dingen, wenn Sie dasaßen und uns freundlich anlächelten oder angrinsten und sagten, was gibt es heute, Vertagung, das war es!

Nein, das Ärgerliche ist, jetzt komme ich einmal darauf zurück, was Sie hier vorgetragen haben, Frau Kollegin, das sind ja grundsätzliche Bedenken gegen eine weitere Öffnung des Volksbegehrens und Volksentscheides. Bitte, diese Debatte und diesen Beitrag hätten Sie dann auch in der ersten Lesung im Mai dieses Jahres leisten können! Dann wäre nämlich Ende der Durchsage gewesen, und wir hätten dann die erste Lesung nach einer Abstimmung beenden können und eben keine Mehrheit für eine weitere Lesung gehabt. So verfährt man normalerweise.

Wenn man aber in einer ersten Lesung andeutet, grundsätzlich lassen wir uns darauf ein – das haben Sie ja gemacht, sonst wären wir ja gar nicht in diese weitere Ausschussberatung eingetreten –, allerdings mit dieser etwas auch inzwischen bremisch-seltsamen Variante, dass gar nicht der zuständige Ausschuss genommen, sondern zunächst ein anderer Ausschuss gewählt wird, das ist ja schon der zweite Fall, und uns dann plötzlich doch mitteilen, übrigens nicht zu unserer Überraschung, dass Sie das nicht mitmachen wollen, ich denke, solch ein Verfahren könnte man abkürzen, dafür sind solche Gremien und die Zeit auch zu schade, außer dass wir dann Sitzungsgelder bekommen für Sitzungen, die drei Minuten gedauert haben, das finde ich nicht so gut!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Wir haben als Sozialdemokraten in der ersten Lesung und auch im Ausschuss gesagt, dass wir bereit sind, uns im begrenzten Umfang auf den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einzulassen unter Beachtung auch der Vorgaben der Entscheidung des Staatsgerichtshofs. Der hat da ja auch sehr enge Vorgaben gemacht. Wir haben gesagt, im Prinzip möchten wir es schon so belassen, wir hatten ja 1994 und 1997 übrigens auch schon zwei Verfassungsänderungen mit Erleichterung des Zugangs zum Volksbegehren und zum Volksentscheid. Das wäre jetzt ein dritter Schritt gewesen. Wir haben als Sozialdemokraten signalisiert, dass wir bereit wären, die zu überwindende Schwelle für den Beginn eines solchen Verfahrens, nämlich das Verlangen nach einem Volksentscheid oder das so genannte Volksbegehren, hier entsprechend den Vorschlägen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen herabzusetzen, nämlich dieses Quorum, das jetzt erforderlich ist, noch einmal zu halbieren. Das würden wir noch mittragen, damit auch Bürger einmal die Möglichkeit haben, dass solch ein Verfahren einmal in Gang gesetzt werden kann.

Im Übrigen hätten wir aber nach wie vor Bedenken gehabt, beim Entscheid selbst das Quorum zu senken, wobei wir durchaus noch bereit gewesen wären zu überlegen, ob man statt des so genannten Zustimmungsquorums, wie wir es jetzt haben, ein Beteiligungsquorum eingeführt hätte, wie es in vielen anderen Landesverfassungen inzwischen auch schon der Fall ist.

Auf keinen Fall, und das möchte ich hier schon für die SPD-Fraktion deutlich machen, hätten wir uns an einem Verfahren beteiligt, die Abkürzung der Wahlperiode noch zu erleichtern, und das mit den Vorgaben, wie Sie sie gegeben haben. So geht es nun nicht! Das Volk wählt mit 70 bis 80 Prozent Zustimmung ein Parlament, und dann sollen zehn oder 15 Prozent dann wieder auflösen können. Das sind Quoren, die wir für schlicht inakzeptabel halten. Das hätte dann nicht unsere Zustimmung bekommen, aber, wie gesagt, in diesem begrenzten Umfang hätten wir uns darauf verständigen können. Da aber für Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist und der Koalitionspartner mit Gründen, die man ja vertreten kann, sagt, wir machen das nicht, ist damit das Projekt für diese Legislaturperiode gescheitert. Aber auch in der nächsten Legislaturperiode, Kollege Kuhn, wenn man das vorhat, braucht man wieder eine verfassungsändernde Mehrheit. Ich schätze es einmal so ein, egal wie die Verhältnisse laufen, die CDU werden wir da immer noch brauchen,

(Heiterkeit bei der SPD)

sonst kommen wir nicht auf zwei Drittel. Deswegen möchte ich bei den Kollegen der CDU weiter werben. Man geht ja jetzt auch in die Wahlkämpfe, Kollege Eckhoff hat gesagt, das ist hier auch noch einmal Bestandteil der Wahlprogramme, darüber noch einmal nachzudenken. Vielleicht kommt man dann über den Wahlkampf und danach in die neue Legislaturperiode mit neuen Erkenntnissen und hätte dann in der nächsten Legislaturperiode Chancen, im begrenzten Umfang die Möglichkeiten zu verbessern, das Volk an unmittelbaren Entscheidungen zu beteiligen. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Hannken, von meiner ersten Bemerkung habe ich nichts zurückzunehmen. Es ist in der Tat so, wie Herr Isola gesagt hat, es wäre völlig in Ordnung gewesen, wenn Sie all diese Argumente in der Ausschussberatung, wo sie hingehören, vorgetragen hätten. Darauf haben wir vergeblich gewartet. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie hier bei der ersten Lesung nicht

(C)

(D)

- (A) den Mut haben, nein zu sagen, und jetzt nicht den Mut haben, zu irgendetwas ja zu sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazwischen wird eine Beratungsschleife eingebaut, die vollkommen sinnlos ist. Bei der Kritik bleibe ich.

Im Übrigen nur ein oder zwei Anmerkungen! Die Quoren, die wir vorschlugen, sind nach unserer Auffassung, wie man ja auch in anderen Ländern sehen kann, durchaus in dem Rahmen, den das Staatsgerichtshofsurteil vorgibt. Dieses Urteil war ja übrigens auch schon bei Ihrer ersten Rede da, das hätten Sie vorher schon gelesen haben können. Was die Finanzvorbehalte angeht, so ist das nun wirklich völlig eindeutig, dass wir uns exakt in der Formulierung, Frau Kollegin, an das halten, was der Staatsgerichtshof in seinem Urteil dargelegt hat. Insofern tun wir gar nichts anderes, als die jetzige Rechtsprechung durch den Staatsgerichtshof, weil wir sie für eine vernünftige, natürlich in der Sache dann konkret immer zu interpretierende Maßregel halten, in die Verfassung zu übernehmen.

Ich meine, dass das nun irgendwie gegen geltendes Recht sein soll, ist nun völliger Unsinn! Dass Sie jetzt dem Staatsgerichtshof unterstellen, er habe eine völlig inpraktikable und unsinnige Regelung geurteilt, ich weiß nicht, ob Sie es wirklich gemeint haben! Die Formulierung, die wir gewählt haben, steht exakt so in dem Urteil des Staatsgerichtshofs, das ist der Rahmen, den er gezogen hat. Natürlich brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit für Landesverfassungsänderungen, das ist klar, aber das sieht man auch in anderen Gremien, veränderte Wahlergebnisse erhöhen immer die Chance, bestimmte Dinge durchzusetzen. Darauf setze ich.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung im Lande Bremen, Drucksache 15/1128, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t -  
m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß Paragraph 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

(C)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses, Drucksache 15/1271, Kenntnis.

### **Gesetz zur Einführung einer Gesamtrichtervertretung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 24. Oktober 2002  
(Drucksache 15/1272)  
1. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt Ihnen den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Gesamtrichtervertretung vor. Der Gesetzentwurf ist bis ins Einzelne ausgearbeitet, ich habe aber nicht vor, Ihnen jetzt im Einzelnen alle Details darzustellen. Über Ziel und Inhalt gibt schon die Überschrift Auskunft. Es geht darum, in Bremen einen Gesamtrichterrat als gemeinsame Vertretung aller Richterinnen und Richter gegenüber dem Senat möglich zu machen.

(D)

Heute gibt es an den bremischen Gerichten jeweils nur einzeln einen Richterrat an jedem einzelnen Gericht. Auf die Belange eines Gerichts wird die Vertretung der Richterinnen und Richter dort beschränkt. In Zukunft, so der Vorschlag, soll es eine gemeinsame Vertretung geben, die, so der Entwurf in Ziffer drei, ich darf zitieren, „in organisatorischen und sozialen Angelegenheiten der Richter, die Richter mehrerer Gerichtsbarkeiten betreffen, mitbestimmen sollen“. Dass es so etwas überhaupt gibt, liegt an der besonderen Rechtsstellung der Richter, was die Unabhängigkeit angeht, die im Übrigen ja in ihren Angelegenheiten vom Personalrat so nicht vertreten werden aufgrund ihrer besonderen Stellung.

Meine Damen und Herren, wir greifen mit diesem Gesetzentwurf eine Initiative der Bremer Richterverbände und der bestehenden Richterräte auf, die sie dem Rechtsausschuss im Januar des Jahres vorgelegt haben, und ich mache gar kein Geheimnis daraus, dass wir den Entwurf, den sie uns vorgestellt und vorgeschlagen haben, in einer verbesserten Version Ihnen hier direkt vorlegen. Die Argumente, die die Richterinnen und Richter dafür vortragen, sind für uns plausibel und begründet. Sie

(A) weisen darauf hin, dass die Justiz in Bremen gegenwärtig in eine Phase starker organisatorischer, aber auch technischer Veränderungen kommt, die Konsequenzen eben auch für die sozialen Verhältnisse und für die Arbeitsbedingungen der Richterinnen und Richter haben und weit über die einzelnen Gerichte hinausgehen.

Die Richtervertretungen weisen darauf hin, dass ein Beispiel dafür die gegenwärtige Untersuchung der bremischen Gerichte sei. Da geht es um Effizienz, Sie erinnern sich, das ist eine Kommission, die damals mit der Erklärung des Justizsenators über die „faulen Säcke“ unter den Richtern eröffnet worden ist. Ein zweites Beispiel sei die Planung und Einrichtung des gemeinsamen Justizzentrums für die Fachgerichte im und neben dem Polizeihaus, ein drittes Beispiel die weitere Veränderung der richterlichen Arbeit durch den Einsatz neuer Techniken, die, wie wir alle wissen, nicht nur Technikeinsatz ist, sondern auch inhaltliche und organisatorische Veränderungen mit sich zieht.

(B) In all diesen Fällen sei eine zersplitterte Mitwirkung der Einzelrichterräte nicht angemessen und effektiv, es müsse daher ein Gesamtrichterrat geschaffen werden, der in solchen Fällen als Gesprächspartner und Kontrahent der Justizverwaltung agieren könne. Die Richter sagen, früher sei das immer einmal ein Wunsch gewesen, so ein Gesamtrichterrat, heute sei er eine unabwiesbare Notwendigkeit geworden. Soweit die, wie wir finden, guten Gründe, die von den Richterverbänden und den Einzelrichterräten vorgetragen worden sind!

Die Koalitionsfraktionen haben die Behandlung dieser Initiative, die wir im April im Rechtsausschuss hatten, zunächst einmal mit der Begründung abgelehnt, das werde nur im Zusammenhang mit einer Änderung des Personalvertretungsgesetzes in Frage kommen, wobei dann ganz offen gelassen wurde, ob das Personalvertretungsgesetz in Bremen jeweils von dieser Koalition geändert werden würde. Abgesehen davon, dass die Einführung des Gesamtrichterrates mit dem PVG eigentlich nichts zu tun hat, ist diese Begründung komplett in sich zusammengebrochen, nachdem die Koalition im Sommer die Mitbestimmungsregelungen bei Radio Bremen schon einmal vorab verschlechtert hat, ohne das PVG überhaupt anzufassen. Die Ausrede gilt nun nicht mehr. Ich bin nun gespannt.

Der Senator für Justiz und Verfassung hat wie schon an unserem Antrag auf die Änderung des Richterwahlausschusses, seiner Konstruktion und seiner Aufgaben, bisher keine Freude an dem Begehren der Richter gezeigt. Herr Mäurer hat argumentiert, das seien im Grunde alles nur so Auftaktgefechte, eigentlich gehe es den Richterverbänden um etwas ganz anderes, nämlich um die Selbstverwaltung der Richter, und er ließ anklingen, irgendwie würden die Richter eigentlich auch eine andere Republik wollen, wie auch die Grünen durch die ge-

wünschte Änderung und Machterweiterung der Richterwahlausschüsse. (C)

Nun ist tatsächlich die Selbstverwaltung der Gerichtsbarkeit im europäischen Vergleich eine interessante Debatte, und einige Richterverbände führen sie auch, aber die vorliegenden Gesetzentwürfe haben damit, glaube ich, null Komma nichts zu tun. Wenn der Justizsenator – ich weiß es nicht, ich kann mich nur an den bisherigen Äußerungen des Staatsrats orientieren – hier blockiert, dann, habe ich den Eindruck, aus dem bisher einzigen erkennbaren Grund, dass auch jeder noch so kleine Machtverlust der Exekutive für ihn ein Übel ist. Deshalb wird auch unser Gesetzentwurf zur Richterwahl jetzt schon ein halbes Jahr lang wie eine heiße Kartoffel behandelt, ein Gutachten bestellt. Das Gutachten hat dann unsere rechtliche Position jedenfalls, dass diese Änderung möglich ist, voll und ganz bestätigt.

Dann hat der Ausschuss noch eine Ehrenrunde eingelegt. Weil ich fürchte, dass dies jetzt ein ähnliches Schicksal nehmen wird, bringe ich das hier auch ein, weil ich gern wissen möchte, wie eigentlich die Koalition mit Dingen, die wir gemeinsam anfangen, in Zukunft verfahren will.

(D) Ich meine, verehrte Kollegen von den Koalitionsfraktionen, die Macht der Exekutive zu beschneiden, ich habe das noch nirgendwo nachgelesen, dass das einmal von der Exekutive selbst ausgegangen wäre, das haben immer andere gemacht, oft genug die Parlamente. Also, Sie müssten schon selbst Manns genug dazu sein.

Ich würde mir wünschen, und ich gehe auch davon aus, dass Sie sich in der heutigen Debatte über die Gesamtrichtervertretung vielleicht auch dazu äußern, wie es denn mit dem Gesetzentwurf zur Ausweitung der Kompetenzen des Richterwahlausschusses aus Ihrer Sicht weitergeht, denn ein zweites oder drittes Verfahren, wo wir hier etwas beginnen, das überwiesen wird, dann nach einem halben oder drei Viertel Jahr wieder mit der Rückmeldung zurückkommt, das war wohl nichts, das sollte sich dieses Haus nicht leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kuhn, ich möchte nicht diese beiden Themen vermengen, den vorliegenden Gesetzentwurf, der zum Ziel hat, einen Gesamtrichterrat einzuführen, und die laufende Debatte, ein anderer Tagesordnungspunkt, eben über die Möglichkeiten der Reform des Richterwahlausschusses. Ich denke, dass wir uns demnächst auf jeden Fall in der

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) nächsten Sitzung des Rechtsausschusses damit befassen, und ich gehe auch einmal davon aus, dass wir da zu plausiblen und akzeptablen Ergebnissen kommen. Übrigens, in dem Zusammenhang wird es dann sicherlich auch eine interessante Debatte über die Bestrebungen in der Richterschaft geben.

Selbstverwaltung, das sollten wir auch hier einmal diskutieren und auch einmal unsere Position dazu markieren, wie wir das denn sehen, denn das ist ja eine Debatte, die es nun einmal gibt, die ist auch auf dem Deutschen Juristentag geführt worden, übrigens nicht ganz zur Freude all derer, die die Selbstverwaltung fordern, das kann ich jetzt schon einmal sagen, aber mehr will ich jetzt nicht! Das ist ein schönes, interessantes Thema, das sollten wir dann diskutieren, wenn es hier auf der Tagesordnung steht.

Zurück zum Gesetzesvorschlag! Eine Gesamtrichtervertretung einzuführen ist nicht nur eine Idee der Richterräte und der Verbände, die dahinter stehen, sondern es hat nun auch zahlreiche Gespräche gegeben, übrigens schon im letzten Jahr, die wir auch als Parlamentarier geführt haben. Ich habe es immer als Defizit, also als Mangel empfunden, dass nicht ein gemeinsames Sprachrohr, eine gemeinsame Vertretung da ist. Gegenüber dem Justizressort, das ist eine andere Sache, das vertreten wir ja nicht, aber auch gegenüber uns im Rechtsausschuss war es immer relativ diffus, dass dann mehrere Richterräte erschienen, uns womöglich dann auch noch unterschiedliche Auffassungen vortrugen.

(B) Deswegen war es übrigens so, ich hatte es angeregt: Versucht es doch einmal! Was haltet ihr davon, wie in anderen Bundesländern üblich, in Flächenländern zumal, eine Gesamtrichtervertretung zu bilden, wollen wir da heran? Da war keineswegs nur Freude unter den Richterräten. Die haben sich zunächst richtig gestritten und haben mir dann signalisiert, Ellen Best war das damals, die Richterrätin war, die sagte: Horst Isola, ich bin damit gescheitert bei meinen Kollegen, die wollen das nicht. Ich sagte, na ja, nun ist das im politischen Raum, nun lasst euch nicht entmutigen, diskutiert das einmal weiter, und siehe da, dann kam doch dieser Vorschlag der Richterverbände, den Sie dann auch übernommen haben und der uns jetzt entsprechende Regelungen auch im Bremischen Richterergesetz vorschlägt! Ich halte das an sich für ganz vernünftig. Das hat übrigens nichts mit Machtverlust und Machtbegrenzung jetzt in diesem Fall zu tun, sondern es ist eine Organisation des Gesprächs, Exekutive, Legislative und auf der anderen Seite Judikative. Ich denke, hier führen wir Regelungen ein, die einfach der Sache dienlich sind.

Sie haben ja einige Beispiele genannt. Ich kann da noch ein, zwei Punkte hinzufügen, die uns zum Beispiel eben über die normale Situation des einzelnen Gerichts hinausführen. Das sind zum Beispiel die Anwendung der neuen Steuerungsmodelle auf die richterliche Tätigkeit, die zentrale Frage, wie es

mit der Budgetierung bei der Justiz weitergeht, und in diesem Zusammenhang geht es um die Auswirkungen auf die Tätigkeit der Richter. Das ist ja nicht nur eine Einzelgerichtsangelegenheit, sondern das ist eine zentrale Justizangelegenheit.

Es geht aber auch um solche Fragen, die immer wieder Aufregung unter den Richtern auslösen, das Beurteilungswesen von Richtern. Sie werden es eventuell noch einmal im Zusammenhang mit dem Richterwahlausschuss bekommen, wenn wir da womöglich über Beförderungen reden. Hier geht es ja um Beurteilungen. Das muss auch einmal einheitlich gemacht werden, da gibt es immer wieder Streit, auch mit der Exekutive. Hier befürworten wir auch als Parlamentarier, Hilfestellung zu leisten, wie wir das in Zukunft besser lösen können.

In diesem Sinne begrüßt meine Fraktion diesen Entwurf. Wir müssen ihn natürlich noch im Detail beraten. Wir müssen insbesondere auch noch mit den Vertretern des Gesamtpersonalrats im Ausschuss ein Gespräch führen. Ich rege hier schon an, ich nehme an, dass alle Fraktionen damit einverstanden sind, dass wir dann auch mit denen noch einmal ein Gespräch darüber führen, denn es gibt ja hier Abgrenzungen und Überschneidungen. Überschneidungen zu vermeiden und Abgrenzungen herbeizuführen, das denke ich, muss noch geschehen, damit es hier nicht noch womöglich zu einem Konflikt kommt. Deswegen stimmen wir in erster Lesung diesem Entwurf zu, beantragen aber gleichzeitig Überweisung des Gesetzentwurfs an den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung dort.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben dieses Thema in der Tat Anfang des Jahres im Rechtsausschuss diskutiert, und der Kollege Dr. Kuhn und ich hatten auch das Vergnügen, auf Einladung der Richterverbände beziehungsweise der Vertreter der Richterräte mit denen noch einmal über dieses Anliegen zu sprechen. Selbstverständlich handelt es sich, Herr Dr. Kuhn, um einen Teil bremischer Mitbestimmung, auch wenn es nicht unmittelbar das Personalvertretungsgesetz betrifft, denn sonst hätte Herr Isola eben auch nicht angekündigt, man müsste einmal mit dem Gesamtpersonalrat darüber reden. Es handelt sich also um einen Teil bremischer Personalvertretung, die, wie wir alle wissen, nach wie vor in weiten Teilen in Bremen verfassungswidrig geregelt ist.

Die CDU hat immer wieder darauf gedrungen, diesen verfassungswidrigen Zustand bremischer Personalvertretung zu lösen. Wir sind bis heute zu kei-

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) ner Lösung gekommen. Deswegen haben wir als CDU-Fraktion in dem Ausschuss erklärt, wir drehen so lange an keinem Rad der Mitbestimmung, wie wir uns nicht insgesamt darauf verständigen können, die Personalvertretung auch im Lande Bremen verfassungskonform auszugestalten. Das ist der eine Grund gewesen, weswegen wir im Frühjahr dieses Jahres gesagt haben, wir sehen keine dringende Veranlassung, das Thema zu behandeln.

Der zweite Grund war der, und das wissen Sie auch aus dem Gespräch, das wir gemeinsam geführt haben, dass Bremen in seiner Kleinheit bisher keinen Bedarf für einen solchen Gesamtrichterrat gehabt hat. Es gibt vom Justizressort zahlreiche offizielle, inoffizielle Kontakte zu Richterverbänden und auch zu den Richterräten. Bei allen Maßnahmen, die wir im Lande Bremen hier im Bereich der Justiz unternommen haben, bis hin zum Justizzentrum, Herr Dr. Kuhn, waren die Personalvertreter, also die Richter, sehr eng eingebunden über die Präsidenten, aber auch über eigene Arbeitsgruppen, in denen sie mitgearbeitet haben. Sie haben organisatorisch in sehr weiten Teilen auch an solchen Entscheidungen mitgewirkt. Selbst in dem Gespräch, das wir gemeinsam geführt haben, unmittelbar vor der Bundestagswahl, also vor zwei Monaten, haben sie signalisiert, ja, es stimmt, es war in Bremen ein vernünftiges Klima mit dem Justizressort, aber wir haben den Eindruck, dass es jetzt an der einen oder anderen Stelle hakt und wir gern einen organisierten Gesprächspartner für das Justizressort hätten.

(B) Im Prinzip spricht nichts dagegen. Ich habe, Herr Isola, heute Morgen gelernt, man muss sehr sorgsam abwägen, was man hier in der ersten Lesung sagt. Deswegen sage ich ganz deutlich, wir haben uns als CDU-Fraktion noch keine abschließende Meinung dazu gebildet, dass wir, ohne andere Regelungen zu treffen, allein und ausschließlich diese Änderungen im Bremischen Richtergesetz vornehmen. Ich will aber sagen, wenn tatsächlich einer der beiden Gesprächspartner, nämlich die Richterräte, sagen sollte, das klappt mit der Kommunikation nicht mehr hundertprozentig, und wir müssen darüber reden, dass wir da eine vernünftige organisatorische Maßnahme finden, dann kann man darüber reden.

Im Übrigen hat Herr Mäurer, wenn ich das richtig erinnere, im Rechtsausschuss auch keine grundsätzlichen Bedenken gegen diesen Gesetzentwurf formuliert, sondern auch gesagt, ob wir hier tatsächlich eine neue Institution brauchen, um unsere Kommunikation untereinander zu verbessern, da habe er Zweifel. Ich glaube, dass man in einem Zwei-Städte-Staat wie Bremen in der Tat darüber nachdenken kann, ob man hier nun neue Gremien schaffen muss, oder darüber nachdenkt, wie man die Gesprächsebene verbessern kann.

Gewurmt hat die Richterräte und die Richterverbände, Herr Dr. Kuhn, und das ist in dem Gespräch

(C) auch deutlich geworden, dass sie kein bremenweites Echo hatten auf die Äußerungen des Justizsenators, der gesagt hat, wir müssen einmal darüber nachdenken, er hat es ein bisschen präziser gesagt, in welchem Umfang die Gerichte leistungsfähig sind. Das haben sie auch in dem Gespräch eingeräumt und haben gesagt, Mensch, das fanden wir ein bisschen unanständig, wir konnten in die Debatte dann nur über unsere einzelnen Richterräte und über unsere einzelnen Richterverbände eingreifen, wir hätten uns aber gewünscht, dass die organisierte Richterschaft im Lande Bremen in so einer Diskussion einen Gegenpol, auch gegen die Meinung des Justizressorts, bilden kann.

Da kann man in der Tat darüber nachdenken, wobei auch da, sage ich einmal, die Frage ist, müssen wir Gremien dafür schaffen, damit jemand seine Meinung im Land Bremen sagen kann! Ich habe da so meine Zweifel, ob das wirklich in allen Punkten immer erforderlich ist. Ich sehe auch einen Zusammenhang, das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich, mit unseren Beratungen über die Frage der Neuzusammensetzung und der neuen Aufgabenstellung für den Richterwahlausschuss, deswegen finde ich das ganz gut, dass wir es im Rechtsausschuss gemeinsam behandeln werden.

Herr Dr. Kuhn, Sie tun ja so, als ob die große Koalition die inhaltliche Beratung über dieses Thema jetzt monatelang ausgesetzt hat. Sie wissen genauso gut wie wir, dass das nicht der Fall ist. Wir haben gemeinsam ein Gutachten beim ehemaligen Präsidenten des Obergerichtes in Auftrag gegeben, der zu sehr differenzierten Aussagen gekommen ist, die im Übrigen eindeutig belegen, dass das so, wie Sie sich das vorstellen, nicht geht. Wir sind im Moment dabei, sorgsam abzuwägen, auf welche Weise und auf welchen Wegen man praktisch den Richterwahlausschuss neu formieren kann.

(D) Wenn es dazu führen sollte, dass wir zum Beispiel auch da in Fragen der Mitbestimmung eingreifen müssten, also, da sitzen ja auch bisher Vertreter der Richterverbände beziehungsweise Richterräte mit am Tisch im Richterwahlausschuss, dann finde ich, dann muss man das gemeinsam diskutieren! Das werden wir im Rechtsausschuss in der nächsten Sitzung machen. Die CDU-Fraktion ist in der Frage, wie gesagt, unverändert nicht festgelegt, obwohl ich an dieser Stelle noch einmal sagen muss, dass wir als CDU-Fraktion nachhaltig beklagen, dass das Thema Personalvertretungsgesetz und Verfassungswidrigkeit bis heute nicht abschließend geklärt worden ist.

Ich freue mich auf die konstruktiven Beratungen des Gesetzesantrags, den Sie ja von dem Vorschlag der Richterräte abgeschrieben und hier eingebracht haben. Wir werden das konstruktiv noch einmal im Ausschuss beraten und werden dann auch sicherlich im Zusammenhang mit der Diskussion über die

- (A) Neuzusammensetzung des Richterwahlausschusses zu geeigneten Ergebnissen kommen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf nach Beschlussfassung in der ersten Lesung an den Rechtsausschuss zu überweisen.

Wer das Gesetz zur Einführung einer Gesamtrichtervertretung, Drucksache 15/1272, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Im Übrigen besteht Einverständnis darüber, den Gesetzesantrag nach der ersten Lesung zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss zu überweisen.

(B)

**Strategien zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklung im Land Bremen  
– Bericht der Steuerungsgruppe Arbeitsplätze/  
Einwohner –**

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2002  
(Drucksache 15/1281)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die große Koalition ist 1995 als Sanierungscoalition angetreten. Bürgermeister Perschau hat in einem heute erschienenen Interview geäußert, das Sanierungsziel bleibt erreichbar. Ich würde dem gern erstens hinzufügen: Angesichts der dramatischen Einnahmeverluste aller öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik wird das ein äußerst anstrengender Weg, aber es lohnt sich, diese Anstrengung auf uns zunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Jenseits aller Faktoren auf dem Sanierungsweg, die wir von Bremen aus nur wenig oder etwa gar nicht beeinflussen können, bleibt es richtig und notwendig, dass wir unbeirrbar unseren Eigenbeitrag auf diesem Sanierungsweg leisten müssen. Über die Rezepte für diesen Eigenbeitrag kann man wetteifern und auch streiten, vielleicht auch heute, aber dass dieser Eigenbeitrag geleistet werden muss, das muss unbestreitbar sein. Im Übrigen entspricht das ja auch der Philosophie oder der Begründung, weshalb wir überhaupt Hilfe des Bundes bekommen, 1992, in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angelegt. Es ist Hilfe zur Selbsthilfe, also muss man diese Selbsthilfe auch leisten.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist doch völlig klar, dass Sparen und Investieren unsere Handlungsmaximen nicht nur waren, sondern auch bleiben werden, denn unser Ziel ist, so haben wir es gestern auch in der Debatte zum ISP ja doch nahezu einmütig festgestellt, die Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes zu stärken, seine Eigenstaatlichkeit zu sichern und die Attraktivität der Städte Bremen und Bremerhaven zu festigen und zu erhöhen. Dieser Sanierungskurs ist erfolgreich. Ein Blick auf die Entwicklung des Wirtschaftswachstums und auch der Arbeitslosenzahlen zeigt, dass sich Bremen in den vergangenen Jahren deutlich positiver entwickelt hat als der Bundesdurchschnitt. Wir sind also auf dem richtigen Weg.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat schon 1999 den Blick darauf gelenkt und übrigens auch einen Beschluss der Bürgerschaft herbeigeführt, dass die Stärkung von Wirtschafts- und Finanzkraft und positive Wirkungen am Arbeitsmarkt gleichermaßen wichtige Kriterien für die Bewertung des Sanierungsergebnisses sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stellen fest, dass inzwischen die Abschätzung von Arbeitmarkteffekten ganz selbstverständlich zur Vorbereitung jeder Investitionsentscheidung gehört. Deshalb, und das sage ich aus gegebener Veranlassung, lassen wir uns von niemandem vorwerfen, wir würden die Bedeutung der Arbeitsplätze für die Sanierung Bremens und Bremerhavens unterschätzen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gegenteil ist richtig, übrigens auch deshalb, weil Sozialdemokraten wissen, dass Arbeitslosigkeit nicht allein eine ökonomische Größe ist, sondern dass es etwas mit Teilhabe am Erwerbsleben und Ausgrenzung von Menschen zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, aber neue Arbeitsplätze – –.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Im „Weser-Kurier“ hat sich das aber ein bisschen anders – -!)

Darüber können wir gern streiten, Herr Pflugradt! Die Exegese des Textes, glaube ich, führt zu meinen Gunsten.

Neue Arbeitsplätze allein reichen nicht aus, um das Sanierungsziel zu erreichen, und weil das keine ganz neue Erkenntnis ist, hat sich die SPD-Fraktion Anfang 2001 für eine Neujustierung des Sanierungsprogramms zugunsten der Wohn- und Lebensqualität im Lande Bremen ausgesprochen. Die anfängliche Aufregung darüber hat sich weitgehend gelegt. Ich stelle fest, heute sind sich alle politischen Akteure einig, dass neue Einwohner für den angestrebten Sanierungserfolg ebenso entscheidend sind wie zusätzliche Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, so sehen wir uns bestätigt und unterstreichen den Ausgangspunkt im Bericht der Steuerungsgruppe der Staatsräte, dass Arbeitsplätze und Einwohner über den Erfolg der Sanierung entscheiden. Die Ausgangszahlen sind bekannt, auch gestern genannt worden, aber ich will sie noch einmal erwähnen. Jeder neue Einwohner bedeutet rund 3000 Euro und jeder neue Arbeitsplatz rund 700 Euro steuerabhängige Mehreinnahmen für die bremischen Haushalte. Von daher ist es auch richtig, die zentrale Aufgabe der bremischen Politik darin zu sehen, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen und Einwohner an Bremen zu binden und neue zu gewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unsere Politik muss Bremen und Bremerhaven als Wirtschaftsstandorte stärken, für beide Städte ortsansässige und auswärtige neue Investoren gewinnen, Wissenschaftsinformation und Verkehrsinfrastrukturen optimieren, Wissenstransfer und Innovationen im Lande Bremen fördern und so Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Daran gibt es doch gar keinen Zweifel, dass das die Bedingungen für die Fortführung der erfolgreichen Sanierung sind.

Auch daran, dass neue Arbeitsplätze eine unverzichtbare Bedingung für eine positive Einwohnerentwicklung sind, kann es keinen Zweifel geben. Zuwanderungsgewinne aus anderen Regionen weisen nur die Großstädte auf, die wirtschaftsstark und dynamisch sind, Köln und Hamburg sind Beispiele. Arbeitsplätze sind also die Voraussetzung für die Gewinnung von Einwohnern, oder andersherum gesagt,

das wissen wir aus leidvoller Erfahrung, Arbeitsplatzverluste gehen einher mit Einwohnerverlusten.

(C)

Meine Damen und Herren, aber, und auch das ist eine wichtige Erkenntnis des Berichts, Arbeitsplatzgewinne bewirken nicht automatisch Einwohnergewinne. Die Wirkungszusammenhänge von Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklung beziehen sich eben nicht auf die engen Grenzen des Arbeitsortes, sondern auf die jeweilige Arbeitsmarktregion. Die reicht aufgrund der gestiegenen Mobilität weit über die Grenzen unserer Freien Hansestadt Bremen hinaus.

Innerhalb der Arbeitsmarktregion Bremen ist erfreulicherweise ein Zuwachs an Arbeitsplätzen zu verzeichnen, wozu unser Wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm, WAP, und auch das Investitionssonderprogramm, ISP, einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet haben. Dennoch, meine Damen und Herren, das belegt der Bericht, die Zahl der Einwohner ist auch in dieser Phase zurückgegangen. So schrumpfte die Bevölkerung der Stadt Bremen von 1994 bis 2001 um überdurchschnittliche 3,3 Prozent, und zugleich haben sich die Pendlerverflechtungen mit dem Umland intensiviert.

Meine Damen und Herren, jeden Morgen kommen allein nach Bremen rund 130 000 Menschen, die hier ihren Arbeitsplatz haben und nach der Arbeit wieder nach Hause fahren, vorzugsweise nach Niedersachsen. 130 000 Menschen, das ist die Dimension einer Großstadt. Bedenkt man, dass diese Frauen und Männer oft eine Familie haben, wird klar, dass es sich keineswegs um die Dimension einer kleinen Großstadt handelt. Diese Menschen zahlen ihre Steuern ganz überwiegend in Niedersachsen.

(D)

Vor diesem Hintergrund ist doch völlig eindeutig, dass es für Bremen und Bremerhaven eben nicht ausreicht, die Zahl der Arbeitsplätze zur alleinigen, ich betone zur alleinigen, und damit zur alles entscheidenden Größe zu machen, um unsere Einwohnerentwicklung positiv zu entwickeln. Ich bin fest davon überzeugt, wir müssen unsere Anstrengungen um Arbeitsplätze dadurch ergänzen und erweitern, dass wir einen ausdrücklichen Wettbewerb um Einwohner führen, meine Damen und Herren!

Das ist doch völlig klar, insofern stehen wir in direkter Konkurrenz zu den Umlandgemeinden, die immer noch Einwohnerzuwachs haben. Wir brauchen stärker als bisher, so ist meine Überzeugung, eine Gegenstrategie, die die urbanen Aspekte Bremens und Bremerhavens in den Mittelpunkt stellt, die auf die Attraktivität unserer Städte und des städtischen Lebens setzt. Man kann auch sagen, wir wollen für Bremen und Bremerhaven begeistern, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Unter dieser Überschrift, und das ist der Ansatz meiner Kritik, wobei ich immer davon ausgegangen

(A) bin, ein solcher Bericht ist angelegt auf Debatte, auf Diskussion, auf Anregung und nicht nur auf sofortige handaufhebende Zustimmung,

(Beifall bei der SPD)

stellt der Bericht zwar die Wichtigkeit attraktiver Wohnungsangebote heraus, begnügt sich aber im Übrigen mit einer bloßen Auflistung aller nur denkbaren Aufgaben von Stadt und Land! Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Die Bereiche Umwelt, Natur, innere Sicherheit, Sport, Freizeit, Kultur, Kinderbetreuung werden auf nicht einmal drei Seiten des immerhin 74 Seiten umfassenden Berichts abgehandelt. Hier stellt sich – Aufgabe nach dem Vorwort des Berichts sollte die Prioritätensetzung sein – in der Tat die Frage nach der Prioritätensetzung.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage ganz offen, aus unserer Sicht ist das nicht die richtige Gewichtung.

Meine Damen und Herren, wenn man die Analyse des Berichts ernst nimmt, und das tue ich, ich halte die Analyse auch für verdienstvoll, dann brauchen wir mehr. Wir müssen einen ausdrücklichen Schwerpunkt setzen mit einer Politik für Lebens- und Wohnqualität,

(B) (Beifall bei der SPD)

für soziale Infrastruktur, für Bildung und Ausbildung, für kulturelle Vielfalt, also mit allem, was erst in der Summe die Attraktivität von Städten ausmacht.

Eines, meine Damen und Herren, muss doch nach diesem Bericht klar sein. Investitionen in die Qualität der Stadt sind keine Sahnehäubchen auf einem rigiden Sparkurs, sondern sind wichtige, notwendige integrale Bestandteile einer richtig verstandenen Sanierungsstrategie.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich, das Sanierungskonzept muss ergänzt werden, das Anschlussinvestitionsprogramm werden wir nach meiner Überzeugung so ausrichten müssen, dass öffentliche Investitionen gleichermaßen der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Gewinnung von Einwohnern dienen. Dabei ist für mich die Aufwertung unserer Stadtteile ein ganz zentrales Element im Konzept der Einwohnergewinnung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, niemand kommt nur nach Bremen, sondern immer auch in einen konkreten Stadtteil mit spezifischem Profil und Image. Deshalb müssen wir ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der ganzen Stadt legen, auf City und

Stadtteile. Das wird nach meiner Überzeugung eine wichtige Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Sanierungskurs heißt nicht, stur geradeaus zu fahren, sondern Sanierungskurs bedeutet, das angepeilte Ziel im Auge zu behalten und die eingeschlagene Richtung, wo nötig, zielorientiert zu justieren. Das ist sicher keine leichte Aufgabe, aber ich glaube, wir brauchen den Mut, den Sanierungskurs und das Problem in diesem Sinn energisch anzugehen, denn es gibt für Bremen und Bremerhaven nach meiner Überzeugung keine Alternative.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem ich mir die Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1281, Strategien zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklung im Land Bremen, genauestens durchgelesen habe, sage ich Ihnen, Sie haben nicht einmal ansatzweise eine Strategie zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklung für das Land Bremen. Sie haben keine Strategie, Sie haben kein Konzept, und im Grunde genommen haben Sie gar nichts!

Meine Damen und Herren, Ihre fortwährende Politik der Ahnungslosigkeit, der Hilflosigkeit beweist mir und der Bevölkerung, dass sozialdemokratische Politik schon zum ersten Mal schriftlich im Alten Testament erwähnt wurde, da steht nämlich geschrieben: „Sie trugen seltsame Gewänder und irrten planlos umher.“ Dieses planlose Umherirren ist genau wie damals auch heute noch Ihre einzige Strategie, Ihre einzige Konzeption zu einer verbesserten Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklung im Land Bremen.

Sie reden zwar viel und bringen auch viele Große Anfragen ein, aber handeln politisch genau gegensätzlich. Wenn ich dann in der „Bild-Zeitung“ folgende Tatsache lesen muss, es ist nur ein kleines Beispiel Ihrer verfehlten Entwicklungspolitik, Ihrer Politik überhaupt, Herr Präsident, ich darf zitieren, da steht: „Drei Jahre Baustelle zwischen Ostertor und Steintor! Will die Stadt uns in die Pleite treiben?“ Und: „Alle werden unter Bremens neuestem Schildbürgerstreich leiden.“ Das ist nur ein kleines Beispiel Ihrer verfehlten Politik. Mit solchen Schildbürgerstreichen jagt man auch noch die letzten Bremer und Bremerhavener Anwohner ins Umland.

Bestes Beispiel ist doch die Stadt Bremerhaven. Die drastische Einwohnerabwanderung ins nieder-

(C)

(D)

- (A) sächsische Umland ist kurzfristig nicht mehr zu verhindern. In den achtziger Jahren hatte die Stadt noch über 130 000 Einwohner, im Jahr 2000 nur noch 120 000 Einwohner, und nach Berechnungen von seriösen Gutachtern wird die Stadt im Jahr 2015 im schlimmsten Fall nur noch zirka 95 000 Einwohner haben. Pro Einwohner, der ins Umland abwandert, gehen der Stadt Bremerhaven jährlich rund 3000 Euro verloren, und was das schon heute für eine vor allem durch Ihre Politik völlig ruinierte Stadt bedeutet, brauche ich Ihnen nicht extra zu erklären. Zwar hat die Stadt Bremerhaven kleinere Maßnahmen eingeleitet, wie zum Beispiel neue Baugebiete ausgewiesen, Studenten von den Studiengebühren befreit, zinsgünstige Darlehen vergeben, aber diese Maßnahmen sind doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. All diese Maßnahmen nützen Ihnen überhaupt nichts, wenn Sie nicht schnellstens, aber allerschnellstens die Monostruktur der Wirtschaft im Land Bremen stark verändern.
- Das Ganze steht und fällt mit den arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen im Land Bremen. Dazu ist es aber dringend erforderlich, das Sie den Mittelstand, das Standbein der Wirtschaft, erheblich stärken und steuerlich entlasten. Fakt ist doch, dass gerade in Bremerhaven und nicht nur in der „Bürger“ immer mehr mittelständische Betriebe und kleinere Geschäfte Insolvenz anmelden müssen, weil sie durch Ihre Politik nicht mehr überlebensfähig sind. Die logische Folge ist eine noch größere Arbeitslosigkeit und damit verbunden noch höhere Abwanderung ins Umland. So sieht Ihre Strategie zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklung im Lande Bremen aus. Dafür tragen Sie die politische Verantwortung.
- Hat nicht noch vor kurzem unsere Sozialsenatorin, Frau Röpke, öffentlich versprochen, dass Sie sich für mehr Spielräume in Bremen einsetzen will und für eine solche Befragung auch noch zirka 120 000 Euro zur Verfügung gestellt? Aber gleichzeitig wurde schon darüber nachgedacht, staatliche Einrichtungen, wie zum Beispiel Bremer Spielhäuser, einsparen und privatisieren zu wollen. Auch das gehört zu einer Einwohnerentwicklungspolitik.
- (Abg. Frau **S t r i e z e l** [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! Sie haben doch gar keine Ahnung! – Abg. Frau **L e m k e - S c h u l t e** [SPD]: Nein, aber von nichts!)
- Kommen Sie nach vorn! Entschuldigen Sie bitte, ich konnte Ihren Zwischenruf nicht verstehen! Wahrscheinlich liegt es daran, dass Sie als Hinterbänklerin so weit hinten sitzen!
- (Unruhe)
- Auch das gehört zu einer Einwohnerentwicklungspolitik! Allein die Idee ist schon strafbar. So geht man mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt und dieses Landes nicht um!
- (C)
- Nun kommen wir einmal zu Ihrer großartigen Jugendpolitik, auch die gehört zu einer verbesserten Einwohnerentwicklungspolitik! Sie kürzen unverantwortlich im Jugendbereich, im Sportbereich, im Sozialbereich. Sie schließen unverantwortlich Freizeit- und Jugendeinrichtungen sowie andere Sozialeinrichtungen, aber gleichzeitig verschwenden und verprassen Sie Unsummen an Steuergeldern für sinnlose und nutzlose Großprojekte. Die jetzt alle aufzählen zu wollen, würde den Rahmen dieser Sitzung sprengen!
- (Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: Das können Sie nämlich auch gar nicht!)
- Durch Ihre Politik der ruhigen Hand, vorgemacht durch Ihren Bundeskanzler Schröder, bieten Sie unseren Jugendlichen keine Zukunftsperspektive, Sie verbauen ihnen ihre Zukunft, eine Hoffnung auf Besserung gibt es nicht, und da wundern Sie sich, dass immer mehr junge Menschen das Bundesland Bremen in Scharen verlassen! Sie müssen nicht immer nur sagen, wir müssen, wir müssen, sondern tun Sie auch das, was Sie tun müssen! Fangen Sie also damit an, aber schnellstens, das Gesagte, was hier immer so großspurig behauptet wird, wir müssen, wir müssen, auch in die Tat umzusetzen! Sorgen Sie für eine verbesserte Wirtschafts- und Finanzpolitik, betreiben Sie eine bessere und effektivere Arbeitsmarktpolitik, schaffen Sie Arbeitsplätze, betreiben Sie eine bessere Jugendpolitik, damit gerade unsere jungen Menschen im Land Bremen bleiben! Gewinnen Sie durch eine viel bessere Politik ohne Parteienfilz und Postenschiebereien wieder junge Menschen für das Bundesland Bremen!
- (D)
- (Abg. Frau **W i l t s** [SPD]: Waschmaschine!)
- Halten Sie auch durch eine ehrliche und glaubwürdige Politik diese Menschen von einem Umzug ins Umland ab!
- Präsident Weber:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.
- Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tittmann, der größte Schaden für Bremen und Bremerhaven sind solche Reden, wie Sie sie hier gerade gehalten haben.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU – Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Gott, vergib Ihnen, denn Sie wissen nicht, was Sie sagen!)

Auch das gehört zu einer Einwohnerentwicklungspolitik! Allein die Idee ist schon strafbar. So geht man

(A) ersten Teil, nämlich der Bestandsanalyse über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Bremen. Endlich, nach sieben Jahren großer Koalition, kommen nun schwarze Zahlen auf den Tisch, an denen Sie sich bisher immer vorbeigemogelt haben, meine Damen und Herren!

Sie waren es, die uns seit Beginn der großen Koalition ein Wachstum vorgegaukelt haben, Zahlen von 50 000 Einwohnern mehr oder 40 000 Arbeitsplätzen, das waren die Zahlen, die Sie in den Raum geworfen haben, und danach haben Sie Ihre Bau-, Ihre Verkehrs- und Ihre Gewerbepolitik ausgerichtet: Auf ein Wachstum, das, wie wir nun schwarz auf weiß lesen können, in dieser Form nicht stattfinden wird! Ich finde es gut, denn auf dem Boden der Tatsachen können wir neu überlegen, wie wir unsere beiden Städte Bremen und Bremerhaven fit für die Zukunft machen können, und, Kollege Böhrnsen, da sehe ich mit Genugtuung, dass die SPD sich hier doch in die richtige Richtung bewegt, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es waren die Grünen, die diese Wachstumswahlen immer in Frage gestellt haben. Wir haben auf den demographischen Wandel hingewiesen, der unsere beiden Städte in den nächsten Jahren wesentlich verändern wird. Ich möchte dazu ein paar konkrete Zahlen nennen, damit man sich das plastisch vorstellen kann. In Bremen wird die Einwohnerzahl bis 2020 um 30 000 Menschen abnehmen, das heißt, das sind 5,4 Prozent weniger Menschen in Bremen, und in Bremerhaven wird die Bevölkerung um fast 31 000 Menschen abnehmen, und das sind immerhin 25 Prozent.

(B) Stellen Sie sich vor, die ganze östliche Vorstadt oder aber Bremerhaven von der südlichen Stadtgrenze bis zum Bremerhavener Hauptbahnhof wäre menschenleer! Das ist die Perspektive, von der wir ausgehen müssen. Das heißt, wir als Politiker müssen uns darauf einstellen, dass wir zukünftig keine wachsenden Städte haben werden. Das heißt aber für uns, dass wir in der Stadtentwicklungspolitik umsteuern müssen, um so möglichst viele Menschen in Bremen zu halten, und natürlich müssen wir den Kampf um neue Einwohnerinnen und Einwohner führen. Da bin ich mit dem Kollegen Böhrnsen völlig einer Meinung. Das wird ein Schwerpunkt der kommenden Jahre sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die Städte der Zukunft, Bremen und Bremerhaven werden vor allem sehr viel weniger Kinder haben, aber sehr viel mehr ältere Menschen werden in ihnen leben. Unserer Auffassung nach ist es Aufgabe der Politik, sich frühzeitig auf diese Entwicklung einzustellen. Das bedeutet für uns, dass wir selbstverständlich dafür sor-

gen müssen, dass die Menschen, die hier leben, ein Umfeld haben, in dem sie gern leben, dass Stadtteile wieder größere Bedeutung bekommen als bisher, dass sie aufgewertet werden, dass die Stabilität in den Stadtteilen gestärkt wird, dass wir neue Wohnangebote entsprechend der sich ändernden Wohnbevölkerung machen. Es ist ein Qualitätsmerkmal für Bremen, wenn es zukünftig dafür Sorge trägt, dass es angemessenen Wohnraum für die vielen älteren Menschen gibt, dass es Gesundheitsangebote gibt, dass wir Wohnraum so umbauen, dass alte Menschen auch gern hier alt werden können, ohne ihren Stadtteil zu verlassen. Das ist eine wesentliche Aufgabe, und auch wenn wir uns stark machen dafür, dass wir ein Wohnort sind, in dem gerade ältere Menschen gut leben können, dann haben wir auch die Chance, Menschen, die bisher im Umland wohnen, die alt werden, die sagen können, ja, Bremen, das ist ein guter Standort, um alt zu werden, vielleicht zum Rückzug in die Stadt zu gewinnen, meine Damen und Herren. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass die große Koalition bisher immer noch verstärkt auf ein Segment in der Wohnungsbaupolitik setzt, und das ist der Punkt, an dem ich mich vor allen Dingen dauernd mit der CDU streite. Es wird zukünftig nicht mehr darum gehen, großflächige Einfamilienhausgebiete auszuweisen. Wir bauen damit an dem zukünftigen Bedarf vorbei, meine Damen und Herren. Wer das nicht endlich ein- (D) sieht, Kollege Pflugradt, der wird heute Häuser bauen, in denen in 20 Jahren niemand mehr wohnen wollen wird. Darauf müssen wir uns einstellen.

Das heißt aber doch für uns, genau zu schauen, dass man die innere Stadt, die gewachsenen Stadtteile stärkt, dass man dort alles tut, um den Menschen ein angenehmes Wohnumfeld zu schaffen, dass man Kinder mit Familien in den gewachsenen Stadtteilen hält, indem man die Lebensqualität in den Stadtteilen attraktiv macht, indem man Grünräume und Plätze schafft für Kinder und Jugendliche, indem man eine Verkehrspolitik betreibt, die im Interesse der Menschen ist, und auch da haben Sie in der Vergangenheit meines Erachtens wesentliche Fehler gemacht.

Statt zu sagen, wie können wir Stadtteile von zusätzlichem Verkehr entlasten, hören wir von Herrn Senator Hattig, wir brauchen noch mehr Lkw, ein engmaschigeres Lkw-Führungsnetz! Dabei müssten Sie doch genau beachten, dass es gerade der wachsende Verkehr ist, der immer mehr Menschen aus der Stadt treibt, statt sie zu uns zu bringen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da müssen wir doch umsteuern.

Meine Damen und Herren, Wohngebiete am Stadtrand zu bauen, das bedeutet auch neue Infrastrukturtkosten. Jeder Meter Straße, jeder Meter Kanal,

(A) jede Versorgungsleitung, die wir neu an die Stadtränder bauen, müssen wir zukünftig unterhalten. Bei einer nicht wachsenden Bevölkerung hat das zur Folge, dass wir Infrastrukturkosten erzeugen, deren Abzahlung wir auf die kommende Generation abwälzen. Wir wollen zukünftig die Stadt in den bestehenden Stadtgrenzen stärken, sie attraktiv machen in Bremen für die eigenen Bewohnerinnen und Bewohner, in Bremerhaven für die eigenen Bewohnerinnen und Bewohner. Selbstverständlich ist das nur der eine Schritt, da gebe ich Herrn Böhrnsen Recht.

Wir müssen uns auch nach außen präsentieren als eine attraktive Stadt, in der es sich zu leben lohnt, in der es gute Arbeitsplatz- und Ausbildungsbedingungen gibt, und darauf müssen wir in Zukunft unser Schwergewicht setzen. Eine Stadt, die gute Kindergärten hat, eine Stadt, die gute Schulen hat, eine Stadt, die gute Hochschulen hat, ist auch attraktiv für junge Leute. Dann kommen die Leute auch nach Bremen, und dann können wir sie auch an diesen Standort binden, meine Damen und Herren. Darauf muss in Zukunft unser Schwergewicht liegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte auch noch einmal etwas zu dem sagen, was jetzt neulich in der Zeitung stand. Dass Dinge wie Freizeiteinrichtungen, wie Kultureinrichtungen, wie Sporteinrichtungen nur Beiwerk seien, und damit war der Kollege Böhrnsen gemeint, da muss ich sagen, da gebe ich dem Kollegen Böhrnsen vollkommen Recht, nichts ist so wichtig für das Image einer Stadt, für die Lebensqualität in der Stadt, denn genau diese Dinge sind es, gute Bildungseinrichtungen, hervorragende Sporteinrichtungen, Freizeiteinrichtungen, Grünflächen, Kultureinrichtungen! Dies ist kein Beiwerk, sondern das ist Lebensqualität. Dies wird auch zukünftig ein wesentliches Standbein für eine attraktive Stadt Bremen und Bremerhaven sein, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von daher sehen wir es positiv, dass sich die SPD hier offensichtlich bewegt in Richtung, wie stärken wir die Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven. Da haben Sie uns Grüne an Ihrer Seite. Wir sehen, dass es in Zukunft eine mutige Stadtentwicklungspolitik geben muss, die alles dafür tut, die gewachsene Stadtstruktur zu erhalten, aufzuwerten, die verhindert, dass Stadtteile auseinander fallen, dass es eine Stadt für alle Menschen wird, für junge, alte, aber auch für die vielen Zuwanderer, eine Stadt, in der auch unangepasste Menschen leben können, kurz, eine attraktive Stadt für alle Bevölkerungsgruppen. Dafür wollen wir uns in Zukunft einsetzen, und mein Eindruck ist, dass das in Zukunft mit der SPD besser gehen wird als mit der CDU. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt. (C)

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Debatte ist deswegen eine hilfreiche Debatte, weil sie deutlich machen wird, bisher deutlich macht und in Zukunft deutlich machen wird, wohin Kräfte dieser Stadt sich bewegen wollen, welche Richtung sie nehmen wollen und welchen Weg sie verlassen wollen.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Science-Park!)

Die große Koalition ist 1995 angetreten mit den Schwerpunkten Arbeiten und Wohnen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das hat Herr Böhrnsen auch schon gesagt!)

Frau Hövelmann, wenn Sie einen Moment zuhören, ich habe drei Sätze gesagt und schon ein Zwischenruf, tolle Leistung! Wissen Sie, Ihr Beitrag bei „Buten un binnen“ war auch ein qualitativvoller Beitrag!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ja, wunderbar! – Abg. Böhrnsen [SPD]: Das Niveau steigt!)

Wir haben 1995 eine große Koalition gebildet, weil wir ein Problem im Hinblick auf Arbeitslosigkeit hatten, weil wir ein finanzielles Problem hatten, weil die Menschen aus Bremen abgewandert sind. Wenn wir bestimmte Dinge, die wir gemacht haben, nicht gemacht hätten, dann würde die Lage viel dramatischer aussehen. Wir haben nicht ohne Grund in den letzten zwei Jahren einen Einwohnerzuwachs gehabt. Wir haben uns vom Bundestrend der Arbeitslosigkeit abgekoppelt. Das ist doch nicht so ohne Weiteres gekommen, das hat doch etwas mit Politik zu tun, das hat doch etwas damit zu tun, dass wir in Bremen die Politik umgesteuert haben, in eine richtige Richtung gebracht haben, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der CDU)

Wir stehen dafür, dass dieser Kurs nicht verändert, sondern beibehalten wird. Wir setzen zukünftig auf Arbeitsplätze, wir setzen darauf, dass die Menschen auch hier wohnen können. Das war unsere Politik, und das wird sie auch in der Zukunft sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Böhrnsen, die Sozialdemokraten haben schon mehrfach gesagt, das kann ich sogar wörtlich aus einer Rede zitieren: „Selbstbewusst können wir heute feststellen,“ – so Herr Böhrnsen in einer Rede – „mit der von Sozial-

(A) demokraten eingeleiteten, von SPD, Grünen und FDP in der Ampelkoalition konzipierten und von SPD und CDU in der großen Koalition umgesetzten Sanierungspolitik sind große Erfolge erzielt worden.“

(Zuruf des Abg. B ö h r n s e n [SPD])

Ja, das bestätigen Sie ausdrücklich! Da frage ich Sie einmal zu bestimmten Stichworten!

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Technologie-Park zum Beispiel!)

Ich frage Sie einmal: Hemelinger Marsch, hätten Sie das mit den Grünen gemacht? Nein! Arberger, Mahndorfer Marsch, hätten Sie das mit den Grünen gemacht? Nein! Die Verbreiterung der A 27, hätten Sie das mit den Grünen gemacht? Nein! A 281, hätten Sie das mit den Grünen gemacht? Nein! Georg-Bitter-Straße, hätten Sie das mit den Grünen gemacht? Nein!

(Zurufe von der SPD)

T-Kreuzung am Bahnhofplatz, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Rücknahme des Individualverkehrs aus dem Ostertorsteinweg, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Beidrichtungsverkehr Am Wall, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Lkw-Führungsnetz, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Hemelinger Tunnel, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Brok-huchting, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Osterholzer Feldmark, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein!

(B)

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Obervieland, Wohngebiete, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Borgfeld, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Stadtwerder, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! 30 Prozent bau-trägerfreie Grundstücke, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Zuschuss zu Darlehen für Eigenheime, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Innenstadtprogramme, hätten Sie es mit den Grünen gemacht? Nein! Meine Damen und Herren, ich könnte hier noch eine Seite vorlesen.

(Zuruf der Abg. Frau B e r k [SPD])

Frau Kollegin, sagen Sie es doch laut, damit wir es alle hören. Einfach so ein Herumgebrummel bringt uns alle nicht weiter!

Meine Damen und Herren, die Liste, die ich hier vorgelesen habe, und ich könnte die Programme der großen Koalition von 1995 und die Programme 1999 weiter ausführen, zeigt, dass das, was Rotgrün hier auf den Weg gebracht hat, vielfach diskutiert wor-

den ist, wie zum Beispiel Stadt am Fluss. Herr Fücks hat, das haben wir doch immer wieder kritisiert, nur darüber geredet, Broschüren veröffentlicht, aber nichts gemacht. Wir haben gehandelt!

(C)

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen])

Das ist der weitere Unterschied zwischen Rotgrün und dieser großen Koalition, und das ist auch der Unterschied unseres Beitrags, Frau Kollegin, dass wir dies durchgesetzt haben!

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Lügen haben kurze Beine!)

Entschuldigen Sie, was war das eben? Entschuldigung, war das eben alles gelogen, was ich vorgelesen habe? Haben Sie dazu nicht immer nein gesagt? Frau Krusche hat doch eben noch einmal deutlich gemacht, dass Sie dies alles gar nicht wollten, dass Sie Einfamilienhausgebiete nicht wollten. Wenn wir über Einwohner und Arbeitsplätze hier reden, kommt es eben darauf an, dass wir Gewerbegebiete ausweisen, wo sich Betriebe ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir dies hier machen, dann bedeutet das konkret, dass wir Gebiete ausweisen. Die Philosophie steckt doch dahinter, dass wir an einem Autobahnring in verschiedenen Bereichen Gewerbegebiete ausweisen, um Betriebe anzusiedeln. Ich wiederhole, das ist die Hemelinger Marsch, das ist Airport-City, das ist der Industriepark West, das ist der Büropark Oberneuland und so weiter. Das wäre doch alles mit Ihnen nicht zu machen gewesen.

(D)

Wenn wir solche Gewerbegebiete ausweisen und Arbeitsplätze schaffen, dann hat das auch die Wirkung, das sehen wir doch an der Fernwanderung in den letzten Jahren, dass Menschen hierher kommen, weil Arbeitsplätze geschaffen wurden, dann müssen wir auch konkret Wohnbaugebiete ausweisen.

Wenn ich im Internet Ihr Programm zum Thema „Wohnen in Bremen“ lese, und da zitiere ich mit Genehmigung des Präsidenten unter dem Stichwort Traumhäuser –

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:  
Von wem?)

von der SPD! –:

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:  
Das ist ein Entwurf!)

„Wir haben dafür gesorgt, dass auch in den nächsten Jahren ausreichend Flächen für neue Häuser und

(A) Wohnungen zur Verfügung stehen, zum Beispiel in Borgfeld, Brokhuchting und in der Osterholzer Feldmark.“ Da lache ich mich doch halb tot, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

wenn ich mich an die Diskussion erinnere, die wir bei den Koalitionsverhandlungen geführt haben!

Wer hat denn für Brokhuchting gekämpft? Es ging doch 1995 darum, entweder Brokhuchting oder Osterholzer Feldmark! Da haben wir uns wenigstens mit Brokhuchting durchgesetzt gegen Ihren Widerstand. Im Lauf der Jahre 1995 bis 1999: Wer hat denn dafür gesorgt, dass es auch zur Osterholzer Feldmark die Diskussion gab und dass wir zu einer Bebauung gekommen sind? Gegen Ihren Widerstand, Frau Wischer an der Spitze! Sie hat es auch erfolgreich geschafft, dass bis heute kein Stein in Brokhuchting und in der Osterholzer Feldmark bewegt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellen sich hin und tun so, als hätten Sie das hier auf den Weg gebracht. Ich zitiere weiter: „Wir haben dafür gesorgt, dass seit 1999 in neuen Wohnbaugebieten nur noch maximal 70 Prozent der Flächen von Bauträgern bebaut werden dürfen.“ Meine Damen und Herren, schön geklaut, kann man dazu nur sagen!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten wenigstens so ehrlich sein und sagen, dass Sie das nicht auf den Weg gebracht haben, sondern dass wir das gemacht haben. Das Gleiche ist doch, die restlichen Grundstücke sind für den ganz individuellen Traum von den vier Wänden.

Dann sprechen Sie weiter vom Eigenheimzuschuss. Wer wollte denn den Zuschuss für Eigenheime streichen? Es ist noch gar nicht lange her, ein Jahr! Das waren die Sozialdemokraten!

(Beifall bei der CDU)

Sie wollten das ausschließlich in die Modernisierung stecken. Wir haben durchgesetzt, dass aus diesem Zuschuss ein Darlehen wurde, das sich sogar noch für die Leute verbessert hat, meine Damen und Herren. Das ist konkrete Politik, um Menschen hier in Bremen zu halten. Ich halte, meine Damen und Herren, überhaupt nichts davon, dass wir Arbeitsplätze gegen Wohnbaugebiete ausspielen. Ich halte überhaupt nichts davon!

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Wer macht das denn? – Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Wir haben das nicht gemacht!)

Dann darf ich doch mit Genehmigung des Präsidenten zitieren aus dem „Weser-Kurier“ vom 31. Oktober 2002, das ist erst ein paar Tage her, es kann also noch nicht so ganz alt sein, da heißt es wörtlich: „Dennoch ist es falsch, ausschließlich auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu setzen.“

(C)

(Zurufe von der SPD – Abg. D r . S c h u s t e r [SPD]: Was heißt das Wort ausschließlich, sage einmal!)

Meine Damen und Herren, ich habe eben gesagt, für mich ist die Schaffung von Arbeitsplätzen kein Gegensatz zu anderen Politikschwerpunkten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie erwecken hier den Eindruck, als ob es einen Gegensatz geben würde.

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Sie versuchen, das zu konstruieren!)

Wissen Sie, Herr Böhrnsen ist sowieso ein Meister,

(Zurufe von der SPD: Das stimmt! – Beifall bei der SPD)

dies und jenes zu sagen! Sie haben vorhin in Ihrer Rede gesagt, wir sind auf dem richtigen Weg. Drei Sätze weiter haben Sie von der Neujustierung gesprochen. Fünf Sätze weiter haben Sie davon gesprochen, der Sanierungskurs soll nicht stur geradeaus fahren.

(D)

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Genau!)

Meine Damen und Herren, Sie wollen, so ist das auch deutlich geworden, eine Rolle rückwärts machen. Deswegen bekommen Sie auch Beifall von den Grünen. Ich sage Ihnen nur ganz deutlich, wir wollen diesen Sanierungskurs fortsetzen, der erfolgreich war – ich wiederhole! –, was die Schaffung der Arbeitsplätze betrifft. Wir haben uns vom Bundestrend entkoppelt, und wir wollen das fortsetzen. 13 Prozent Arbeitslosigkeit, die höchste Quote in der alten Bundesrepublik, sind nach wie vor viel zu hoch!

(Beifall bei der CDU)

Das muss Schwerpunkt dieser Politik, des Sanierungskurses sein, dass wir die Arbeitslosigkeit drastisch mindern müssen! Wir schaffen es nur, wenn wir sowohl Arbeitsplätze als auch Wohnraum und die Lebensqualität in den Stadtteilen schaffen.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Ganz genau! Bravo!)

(A) Deswegen ist das für mich kein Gegensatz, sondern das eine bedingt das andere. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Bürgermeister Dr. Scherf.

**Bürgermeister Dr. Scherf:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eine sehr spannende Debatte. Ausgangspunkt ist ein sehr qualifiziertes, gründlich erarbeitetes Papier, das der Senat beschlossen und der Bürgerschaft vorgelegt hat. Ich habe bei dem Versuch, mir Parallelpapiere aus anderen Ländern zu besorgen, nichts Vergleichbares gefunden. Das, was hier erarbeitet worden ist, ist etwas Ungewöhnliches. Das war dringend nötig. Es haben übrigens Staatsräte erarbeitet, lieber Kollege Böhrnsen, sie haben das zusammen erarbeitet, und sie haben eine gute Arbeit gemeinsam vertreten. Es ist unangebracht, einzelne davon anzugreifen.

(Beifall bei der CDU)

Die politische Auseinandersetzung muss nicht mit den Staatsräten, sondern mit den Regierungsmitgliedern geführt werden. Darum stehe ich hier auch und will so gut, wie ich kann, zu werten und zu gewichten versuchen.

(B)

Die Ausgangslage ist extrem schwierig. Darüber sind wir uns übrigens alle einig. Wir versuchen hier nicht, durch Schönfärberei irgendetwas zusammenzuschieben, sondern es ist eine wirklich gute und belastbare Materialsammlung. Von daher kann man erkennen, dass wir in diesem mühseligen Aufholwettbewerb mit der überproportional hohen Arbeitslosigkeit natürlich noch längst nicht an unserem Ziel angekommen sind. Jemand, der sich zurücklehnen und sagen will, das war es jetzt, und jetzt machen wir endlich etwas anderes, der verkennt die Lage.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir sind mitten in diesem wirklich unangenehm schwierigen und die Menschen ja extrem belastenden Kampf um Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit ist leider immer noch überproportional und in Bremerhaven geradezu extrem überproportional, wenn man den Westen sieht. Das kann man nicht schönreden, das muss man als Ausgangslage nehmen. Dagegen anzuarbeiten ist und bleibt oberstes Gebot all derjenigen, die für dieses Land arbeiten. Ich möchte einmal denjenigen sehen, der unter uns sagt, das ist nicht mehr wichtig. Ich möchte einmal denjenigen sehen, der sagt, das war es oder so.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Gibt es doch gar nicht!)

Ich sage ja auch nur, den möchte ich sehen. Dem würde ich gern mit all meiner Energie entgegentreten können und sagen, das ist und bleibt wirklich unumstritten die wichtigste Priorität derjenigen, die im Land Bremen Landespolitik machen.

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das kann man nicht relativieren, da darf man nicht darum herumreden. Das ist es. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir nur dann, wenn wir da wirklich vorankommen, auch diese vielen anderen, dringend gewünschten, auch zu Recht geforderten Fortschritte in der übrigen Entwicklung dieses Landes schaffen werden. Wir werden es aber nicht umgekehrt machen können. Wir werden nicht eine Idylle einrichten können in der Hoffnung, dass das Arbeitsplätze schafft. Das geht nicht, sondern wir müssen unsere Arbeit, unser Investieren, Planen und Entwickeln unter diese wirklich eindeutige und alternativlose Notwendigkeit stellen, Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist der erste Punkt.

Zweitens: Ich denke, die davon abhängige Forderung, dass wir Wohnen in Bremen und Bremerhaven attraktiver machen müssen, muss gleichermaßen ganz klar und nicht wegdiskutierbar im Mittelpunkt zukünftiger Planungspolitik stehen. Das hängt übrigens miteinander zusammen. Das kann man aus diesem Papier erkennen. Ich habe fast die ganze Nacht darin gelesen, um mir das aus den vielen Zahlen und Texten zu erarbeiten. Man kann erkennen –

(D)

(Unruhe)

Ich habe diese Vorlage doch nicht produziert, sondern ich habe sie im Senat begrüßt. Ich bin stolz darauf, dass unsere Mitarbeiter das unter der Regie der Staatsräte zustande gebracht haben. Es ist wirklich eine gute Basis. All diejenigen, die Wahlkämpfe machen, vorbereiten und Programme oder Ähnliches schreiben, sollten diese Vorlage als Muss für ihre schönen Texte nehmen. Daran kommen wir nicht mehr vorbei. Wir müssen das wirklich zur Grundlage unserer weiteren Arbeit machen. Ich habe da gefunden, dass es diese klare Priorität gibt, nach Bremen zu kommen, auch über den Arbeitsplatz, natürlich auch den Arbeitsplatz in Universitäten und Forschungszentren. Das ist doch klar. Das ist doch ein riesiger Beschäftigungsfaktor, den wir da inzwischen haben. Es ist wunderbar, dass wir den haben, der muss ganz wichtig gehalten werden. Es müssen nicht Schwerindustrie und alte Industrie gegen Forschung ausgespielt werden. Nein, das sind auch Kämpfe um Arbeitsplätze, die eng mit Ausbildung zusammenhängen.

Wenn diese drei Bereiche, Arbeit, Forschung und Ausbildung, zusammenkommen, dann haben wir nach all dem, was ich in diesem Papier gefunden habe, eine reelle Chance, dass wir von dieser hohen

(A) Arbeitslosigkeit herunterkommen. Herr Pflugradt hat ja Recht – warum sollen wir ihm die positiven Voten allein überlassen, ich freue mich immer, wenn ein Abgeordneter sagt, wir haben da schon Schritte in die richtige Richtung gemacht! –, wir haben uns da tendenziell vom Bundestrend abgekoppelt. Das ist doch toll.

Nun kann man, wenn man in der Opposition ist, sagen, ihr habt euch aber etwas anderes vorgenommen, ihr seid ja weit von eurem Ziel entfernt geblieben! Nun ja, das kann man nicht übersehen, dass wir uns andere Ziele vorgenommen haben, aber wir haben den Trend gebrochen.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Wir haben nicht polemisiert,  
Herr Bürgermeister!)

Gut, das haben Sie natürlich alles unterstützt und immer mitgetrommelt, das weiß ich, Frau Trüpel, Sie waren immer voll dabei! Ich will nur vom Ergebnis und den Zahlen her sagen, das muss man doch als positive Rückmeldung nehmen. Das ist doch nicht nur die Freude von Herrn Pflugradt, das ist auch meine Freude, das ist auch unsere Freude. Darüber müssen sich eigentlich alle freuen, dass wir da eine Trendwende geschafft haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) Die müssen wir natürlich um Himmels Willen nicht gefährden. In so schwierigen Zeiten wäre das ja noch schöner! Die Zeitungen stehen doch voll von Katastrophenmeldungen. Schlagen Sie doch heute einmal die Zeitung auf! Schauen Sie sich doch an, was in Berlin und in anderen Ländern passiert! Schauen Sie doch, was Rotgrüne in anderen Ländern machen, übrigens Schwarze natürlich auch, alle! Keiner soll hier aber sagen, er wüsste, wie man da herauskommt, und immer auf den anderen zeigen. Nein, wir sind in einer dramatisch zugespitzten, absolut unangenehmen und perspektivisch bedrohlichen gesamtstaatlichen Entwicklung in der Bundesrepublik! Wir könnten mit unserer mühseligen, langwierig angelegten Sanierungspolitik eines von den wenigen Beispielen sein, wie man sich da herausstrampelt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Da muss man seine Talente zusammenhalten und seine Erfolge, so anstrengend die sind, übrigens auch präsentieren. Wir haben unsere Sanierungsarbeit bisher nach dem Vertrag und nach dem, was wir mit den Ländern und den unterschiedlichen Bundesregierungen verhandelt haben, wirklich ernst genommen, angepackt und können belegen, dass wir im Trend auch Erfolge haben.

Leider sind wir noch längst nicht angekommen. Leider haben wir noch längst nicht die Beschäfti-

gung, die wir uns alle wünschen. Leider haben wir noch längst nicht die Einwohner, die wir uns wünschen. Leider haben wir noch längst nicht den Abbau der Schulden, den wir uns wünschen und vorgenommen haben. Das kann ich doch nicht schönreden, das ist doch so. Wir haben uns aber im positiven Sinne vom Bundestrend abgehängt. Das ist, finde ich, ein Grund zu sagen, Donnerwetter, die sind gut aufgestellt und haben eine ordentliche Arbeit gemacht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die müssen jetzt nicht mit einem Büberkleid herumlaufen und sagen, alles ist falsch gewesen.

Jetzt kommt die Kritik von Herrn Böhrnsen. Wenn ich das richtig verstehe, findet er die Analyse total okay. So habe ich ihn verstanden. Der erste Teil ist eigentlich außer Streit. Seine Kritik, nicht an einzelnen, sondern an dem Konzept, geht, wenn ich sie richtig verstehe, dahin, dass er sagt, ihr seid mir nicht eindeutig genug über das, was denn zukünftig an Prioritäten kommt. Darüber müssen wir auch weiter diskutieren, übrigens auch wir beide!

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
Wir auch! – Heiterkeit bei der SPD)

Wir dürfen keinen Allerweltsladen aufmachen. Wir dürfen nicht sagen, es ist uns eigentlich alles gleichermaßen wichtig, und seid nett zueinander, ist das Konzept, wie wir die Sanierung schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Nein, nein, wir müssen, obwohl wir gern zu allen nett sein möchten, Sie wissen doch, wie ich bin, Sie kennen mich doch – –.

(Heiterkeit)

Nur bei Hermann Kuhn gelingt mir das nicht immer, aber sonst eigentlich bei allen!

(Heiterkeit – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil ich Ihnen widerspreche, das sind Sie nicht mehr gewohnt!)

Wenn Sie der Einzige in dieser Stadt bleiben, der mir widerspricht, dann ist das auszuhalten.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU –  
Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine schöne Vorstellung, aber nicht die Realität!)

Selbst bei meinem Wunsch, mit allen irgendwie gut klarzukommen, muss ich doch die politische Kraft aufbringen, wirklich Prioritätenbildung zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Ich kann doch nicht sagen, alles kann gleichermaßen laufen. Das geht doch nicht! Ich muss doch die Kraft haben zu sagen, wenn es uns so schwierig ist, wir so knappe Kassen, die hohe Arbeitslosigkeit und diese Schuldenlast haben, dann muss ich Prioritäten setzen. Darum geht es.

Lieber Herr Böhrnsen, das Papier ist da nicht am Ende. Das Papier ist nicht das Wahlprogramm für die nächsten vier Jahre, sondern hier haben Mitarbeiter sehr ordentlich, sehr solide und sehr beispielhaft versucht, die bisherige Arbeit zu beurteilen, zu qualifizieren, und geben nun dicke Arbeitsaufträge.

Ihr könnt euch nicht in die Regierung hineinschummeln, ihr Grünen! Ihr könnt nicht sagen, wir wären gern dabei, wenn es nett ist. Nein, Nettigkeit wird hier nicht gewählt, sondern hier wird Durchsetzungskraft, Sanierungskraft und Gestaltungskraft gewählt und nicht, wir wollen mit allen Leuten irgendwie über die Runden kommen. Nein! Bremen und Bremerhaven werden kein Roncalli-Zirkus!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir werden in Zukunft weiter ein scharfes, um Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft ringendes, konkurrenzfähiges und starkes Gebilde sein müssen. Das wissen ganz viele, und für die muss man reden. Für die muss man arbeiten, und für die müssen wir kämpfen. Darum müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten bis zur Bürgerschaftswahl, wenn Sie so wollen, und darüber hinaus diese Prioritätenarbeit schaffen und leisten. Es gibt in diesem Papier eine gute Reihe von Gründen, dass sich das sortieren muss. Ich rate auch, die nicht zu übersehen, weil wir sonst ein Problem auf vielerlei Ebenen bekommen. Das ist aber noch vor uns.

(B) Ich will auch sagen, wie es nach meinem Wunsch geht. Ich denke, wir dürfen nichts unterlassen, um die Priorität Beschäftigung für Leute, die Beschäftigung suchen, zu schaffen. Das ist die Nummer eins, in unserer Stadt Arbeit zu schaffen. Ich glaube, wir wären gut beraten, wenn wir das ganz vorn anstellen und sagen, wir schaffen das insbesondere auch dadurch, dass wir die Wirtschaftskraft dieses Landes stärken. Ich bin für Hartz, aber Hartz ist nicht das Beschäftigungsprogramm, das wir brauchen. Es ist vielleicht eine Optimierung der Arbeitslosenadministration, dafür gibt es gute Gründe. Was uns aber bewegt, ist Wirtschaftskraft. Wir müssen endlich wieder Wirtschaftskraft organisieren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir müssen stärker werden. Wir müssen wachsen. Das müssen wir mit allen Kräften, die wir haben, machen, da darf keiner außen vor bleiben, die müssen wir gewinnen, die müssen dabei sein. Natürlich ergibt sich daraus ganz automatisch, dass wir, bitte sehr, in unseren Wohnungsangeboten attraktiv sein müssen!

Wenn Frau Krusche sagt, baut nicht neu, ich weiß ganz genau, dass diese neuen Häuser ja gar nicht verkauft werden: Wir bauen nicht neu, sondern da bauen Unternehmer! Die fragen übrigens nicht Sie, Sie machen das ja auch nicht, sondern die fragen ihren Markt und bauen nur dann, wenn sie am Markt Chancen haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Liebe Frau Krusche, das machen wir nicht politisch aus, das macht der Markt aus! Wir müssen am Markt leistungsfähig sein.

Ich bin ja jemand, der einen Altbau vorgezogen hat. Ich bin genau, wie Frau Krusche sich das wünscht,

(Heiterkeit)

mitten in die Stadt gezogen und habe dann mitten in der Stadt gefunden, dass es da attraktiv und urban ist. Meine Freunde sind aus Fischerhude und Seebergen wieder zurück in die Stadt gezogen. Sie haben ihre Häuser verkauft, weil sie Gründe hatten, in der Stadt Vorteile zu finden. Das ist toll. Es gibt aber auch diejenigen, die ein Einfamilienhaus bauen wollen. Dann ist die Frage, ob sie das in Grasberg, Verden oder sonstwo bauen oder ob sie das in Osterholz bauen! Ich bin dafür, dass sie das in Osterholz bauen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Darum müssen wir ganz reell an diesen Markt. Das sind übrigens junge Leute, zum Beispiel Daimler-Chrysler-Beschäftigte. Udo Richter, mein Freund und Betriebsratsvorsitzender von Daimler-Chrysler – .

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/  
Die Grünen]: Mein Betriebsratsvorsitzen-  
der, das ist schön!)

Hören Sie den ruhig einmal an, das ist ein toller Typ! Der hat richtig Ahnung, was seine Kollegen, seine Leute im Kopf haben. Die nervt, dass sie wirklich jeden Tag mehrere Stunden mit dem Auto irgendwo im Stau stehen und hin- und herfahren.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die einzige Möglichkeit, das zu ändern, ist nicht, diesen Arbeitsplatz aufzugeben, wo sollten sie denn sonst bleiben. Die einzige Möglichkeit, das zu ändern, ist, dass man denen in der Stadt die Möglichkeit gibt zu bauen. Dann haben wir neue Bremer. So ist das!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Darum bin ich für Osterholz-Tenever. Ich bin dafür, dass wir in diesem Markt handlungsfähig bleiben

(C)

(D)

(A) und nicht sagen, mit Frau Krusche gibt es jetzt nur noch Altbauwohnungen, so wie ich das gemacht habe.

(Heiterkeit)

Man muss beides machen. Liebe Frau Krusche, wir beide sind Altbau freaks, und hoffentlich gibt es ganz viele davon. Ich könnte auch eine ganze Reihe Projekte nennen, bei denen man sich dann auch niederlassen kann, das ist ganz in Ihrem Sinne. Das ist aber nicht alternativ, nicht entweder oder, sondern beides!

(Abg. Frau K r u s c h e [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht in dem Umfang!)

Wir wollen Leute dafür gewinnen, ihre eigentumsbildenden Energien, Kräfte und Finanzmöglichkeiten hier bei uns zu entfalten. Das gilt für Bremerhaven natürlich allemal. Diese Vorstellung, die Sie vorhin beschrieben haben, dass Bremerhaven vom Hauptbahnhof an südlich leer ist, ist doch ein Alptraum. Ich habe immer gedacht, was schließt sie jetzt daraus. Schließt sie jetzt daraus, dass sie endlich ein richtiges Investitionssonderprogramm auflegt, das wir nun schon lange praktizieren und mit dem sie ihre Mühe hat? Wir brauchen doch Gründe, damit die Leute dorthin ziehen. Wir können doch noch nicht mit den Achseln zucken und sagen, dann ist Bremerhaven eben halb leer. Wir müssen Gründe schaffen, damit die Leute dorthin ziehen und dort bleiben.

(B)

(Beifall – Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Liebe Helga Trüpel, ich bin gespannt, was Sie gleich sagen. Es gibt keine Alternative zum Wirtschaftswachstum und zur Stärkung der Infrastruktur. Arbeitsplätze bekommt man nicht durch gutes Zureden, sondern dadurch, dass man die Bedingungen und die Rahmenbedingungen, unter denen hier investiert wird, optimiert in scharfer Konkurrenz zu allen anderen, die das Gleiche wollen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Diese Konkurrenz nehme ich an, und ich rate sehr dazu, sich nicht davor zu drücken. Ich möchte dann natürlich gern, dass die nicht in irgendwelchen langweiligen Gewoba-Siedlungen, in denen sonst nichts ist, landen. Das darf ich doch auch einmal sagen.

(Zurufe von der SPD: Na, na!)

Das muss ich doch selbstkritisch sagen. Wir haben in den sechziger und siebziger Jahren mit unserer Stadtentwicklung selbst Gründe dafür gesetzt, dass

die sagen, wir wollen lieber ein Eigenheim irgendwo in Uphusen bauen, als dass wir in einer Gewoba-Siedlung wohnen. Da muss man aufpassen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ich will natürlich nicht langweilige, tote und fantasiearme Neubaugebiete, in denen gar nichts läuft. Ich möchte gern eine lebendige Stadt. Die Lebendigkeit der Stadt lebt nicht allein von der Innenstadt, sondern sie lebt überall davon, wo die Menschen leben. Klar, das ist gar kein Streit unter uns! Die Frage ist nur, in welcher Relation das kommt. Man muss das eine mit dem anderen verbinden. Man muss die Lokomotive unter Dampf halten, wenn sie die Züge und die Wagen, die daran angekoppelt sind, transportieren will. Man darf die Lokomotive nicht kalt werden lassen in der Hoffnung, dass sich die Wagen verselbstständigen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen also über Wachstum, über Arbeitsplatzpolitik, über attraktives Wohnen und natürlich auch über attraktives Wohnumfeld, denn das gehört dazu, innerhalb unserer Stadtmauern und innerhalb Bremerhavens und Bremens dazu beitragen, dass wir den in Bremen begonnenen Trend, dass wir nämlich einen positiven Zuwanderersaldo haben, verstärken. Es ist ja toll, dass da endlich auch von der Zuwanderung her gesagt werden kann, es gibt im Saldo mehr Leute, die hierher ziehen als wegziehen. Das wollen wir natürlich verstärken. Das ist das, was ansteht, das ist das, was in den nächsten Jahren gemacht werden muss.

(D)

Ich glaube, egal, welches Parteibuch man vor sich herträgt, die Leute werden uns nach dem beurteilen, was wir gemacht haben. Sie werden uns nach dem beurteilen, ob wir zu dem stehen, was wir gemacht haben. Sie werden uns auch nach dem beurteilen, was wir bereit sind, den Leuten an Perspektive vor diesen positiven Erfahrungen zu sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Schlussbemerkung: Dieser Bericht ist exzellent. Ich danke denen, die daran gearbeitet haben. Er ist ein wunderbares Arbeitsmaterial für all diejenigen, die in den nächsten vier Jahren dazu beitragen wollen, dass wir vorankommen und Arbeitsplätze und Einwohnerzahlen in Bremen und Bremerhaven optimieren und steigern.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

(A) Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, dass bei dieser Debatte doch eine große Aufmerksamkeit in diesem Haus gegeben ist, weil, und die Vorredner haben dies deutlich gemacht, es in der Tat um die Frage geht, welchen Weg die Sanierungspolitik in den nächsten Jahren nimmt.

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich erst einmal auf meine beiden direkten Vorredner eingehen. Das eine war die typische Onkel Pflugradts Märchenstunde, und das andere war die zwar demagogisch nicht schlechte und rhetorisch aufgeladene, aber trotzdem von einem gewissen politischen Autismus zeugende Rede unseres Bürgermeisters.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte erst einmal zu dem typischen Lamento, wie die tibetanische Gebetsmühle vorgetragen, vom Märchenonkel Pflugradt sprechen. Er hat zugegeben, Stadt am Fluss war eine Idee der Grünen, die damals konzipiert und zum Glück von Ihnen umgesetzt worden ist. Der Wohnungspolitik in Bremen, auch in Einfamilienhäusern, bauträgerfreiem Wohnen, haben wir zugestimmt.

(B) Wir sind für die Innenstadtrevitalisierung gewesen. Wie Sie auf so eine Idee kommen, wir hätten Politik gegen die Innenstadt gemacht bei all den Debatten, die wir in der letzten Zeit dazu geführt haben, verstehe ich nicht. Gerade wir waren es, die immer von der Vitalisierung der Innenstädte, der City und der Stadtteilzentren gesprochen haben, sich nicht so sehr auf die grüne Wiese zu verlagern und nicht so einen Hybriden wie den Space-Park zu errichten. Wie kommen Sie auf so eine Idee, wir wären gegen die Innenstadt gewesen, Herr Pflugradt?

Wir sind für die Vitalisierung des Faulenquartiers. Wer hat denn gegen den Widerstand von Herrn Eckhoff dafür gesorgt, an dem Punkt allerdings einmal mit Herrn Scherf zusammen, dass es ein Medienzentrum gibt und dass dieser Stadtteil aufgebaut wird?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Pflugradt [CDU]: Sie wollten die Innenstadt vom Autoverkehr abkoppeln!)

Seit vielen Jahren plädieren wir dafür, in der Überseestadt einen neuen Stadtteil zu errichten mit einer neuen Mischung von Wohnanteil, neuen Arbeitsplätzen und neuen Dienstleistungen. Darin erkennen wir einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Gesundung der Stadt. Allerdings, mit uns hätten Sie das Musical, das pleite ist, so nicht machen können. Es ist richtig, mit uns hätten Sie diesen Space-Park, der ja nun wirklich auf tönernen Füßen steht, nicht machen können. Sie hätten mit uns das, was Sie hier zum Glück selbst einpacken mussten, die überdi-

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

mensionierte Variante des Ocean-Parks nicht machen können. Es ist richtig, dass wir diese drei Projekte scharf kritisiert haben.

(C)

Ich will Ihnen noch einmal ein Beispiel nennen, noch einmal zurück zum Musical! Wie wollen Sie eigentlich der Bevölkerung erklären, dass es da möglich war, für ein Projekt, das jetzt tot ist, schnell Rettungsbeihilfen zu bewilligen, die Nichtabiturientenkurse in Bremen aber nicht mehr finanziert werden können, die wirklich für viele Menschen eine Chance auf Qualifizierung sind, die wir dringend brauchen, wenn in dieser Stadt bei dem Weg in die Wissensgesellschaft die Menschen entsprechend qualifiziert werden sollen? Das ist für uns in einem kleinen Punkt eine falsche Schwerpunktsetzung. Da stehen wir für einen anderen, sozial- und bildungspolitisch verantwortlichen Kurs.

Ich will Ihnen ein anderes Beispiel nennen. Wir sind für die IUB gewesen, ohne Wenn und Aber, nachdem diese Entscheidung gefallen war. Wir sind für das Universum gewesen, wir sind für das Visionarium, und wir sind auch für den Science-Park. Gerade aber vor dem Hintergrund der Debatte von gestern möchte ich noch einmal sagen, das Stichwort Diskurs und Kommunikation ist eben schon gefallen, wir sind, gerade wenn man sich für solche großen Projekte mit viel Geld entscheidet, dafür, dass man sie dann nicht vor die Wand fährt, indem man sich zu fein ist, mit den Menschen vor Ort, die viele Fragen haben, zu sprechen. Das ist ein deutlicher Kommunikationsfehler, den Sie zu verantworten haben. Wir möchten, dass eine solche Politik, in der man sich abschottet und glaubt, man hat es an vielen Punkten nicht mehr nötig, sich mit den Einwohnern ins Benehmen zu setzen, aufhört.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte jetzt noch einmal auf diese vorgelegte Studie kommen. Ich möchte bei der Rede von Herrn Böhrnsen anfangen. Mir ist ganz wichtig, dass betont worden ist, Herr Scherf hat das hinterher auch noch einmal gesagt, dass es um Arbeitsplätze und Einwohner geht. Es geht nicht um Arbeitsplätze oder Einwohner, sondern um Arbeitsplätze und Einwohner!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist unsere Grundhaltung. Ich werde mir heute und in den nächsten Monaten – und der Vorwahlkampf hat begonnen – von niemandem in dieser Stadt unterstellen lassen, dass wir eine solche Politik nicht machen würden und nicht an dem Ziel, Bremen wirtschaftlich gesunden zu lassen und für Bremen und Bremerhaven zu begeistern, arbeiten. Wir glauben, dass dieses Bundesland eine vitale Möglichkeit hat, die es zu nutzen gilt. Wir machen natür-

- (A) lich keine Politik gegen das Bundesland, wir machen eine verantwortliche Politik für dieses Bundesland, in dem wir gern leben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genauso richtig ist es aber, gerade im Umgang mit den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer beiden Städte, nicht mit Illusionen vorzugehen. Deswegen ist ja dieses Papier, das vorgelegt worden ist, auch so wichtig, weil die Zahlen zeigen, wie die Trends wirklich waren. Wenn wir in den letzten beiden Jahren jetzt erfreulicherweise auch zusätzliche Einwohner in Bremen gewonnen haben, sind wir noch mit 3,3 Prozent seit dem Jahr 1994 Abwanderungsquote oberhalb des Bundesdurchschnitts vergleichbarer Städte, in denen die Zahl 2,1 Prozent war.

Sie haben hervorgehoben, Herr Böhrnsen, das ist keine schöne Zahl. Es gilt, dagegen anzuarbeiten. Für mich ist als Grundfeststellung wichtig, dass die Zahlen nicht so erfreulich sind, wie wir sie gern hätten. Man muss die Realität und auch den Trend, den wir im Moment noch haben, zur Kenntnis nehmen. Wenn der sozusagen fortgeschrieben würde, kämen wir zu dem, was meine Kollegin Krusche skizziert hat. Wenn man für diesen Realismus, die Zahlen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, plädiert, heißt das ja nicht, Herr Bürgermeister, dass man sich damit abfindet, ganz im Gegenteil! Wir machen eine gezielte Politik dagegen. Das bedeutet, bei allen Schwierigkeiten, die wir haben, versuchen wir natürlich, mit Konzeptionen, mit politischen Programmen und den dann entsprechenden Finanzierungen gegen diesen Trend anzuarbeiten, Arbeitsplätze zu sichern, neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen und Einwohner und Einwohnerinnen, gerade auch junge Familien, zu gewinnen.

- (B)

Ich möchte Ihnen, nur damit Sie wissen, was sozusagen der Hintergrund der jetzigen Situation ist, einen Satz aus dem Bericht zitieren, auf Seite 16 oben steht: „Die Entwicklung dieser Schlüsselbranchen im Land Bremen liegt zwar aktuell leicht über der bundesweiten Entwicklung,“ – das wird also noch einmal konstatiert – „bleibt damit aber hinter den Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteilen in vergleichbaren Agglomerationsräumen insbesondere Hamburgs zurück. Eine Ursache ist die vergleichsweise geringe und durch aktuelle Unternehmensentscheidungen noch geschwächte Präsenz von Unternehmenszentralen am Standort, die die Entstehung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen erschweren.“

Das ist einfach erst einmal die Feststellung des Status quo, gegen dieses große Gerede, zu dem man sagen kann, gut gebrüllt, Löwe! Mit einfachen Reden aber darüber hinwegzugehen hilft ja nicht. Das ist sozusagen, wie es hier noch einmal von den Staatsräten festgehalten worden ist, die Lage, gegen die es anzuarbeiten gilt.

Deswegen, und das ist mir jetzt wichtig, wenn es um die Philosophie des Sanierungsprogramms geht, kann es nicht um eine Linie gehen, die heißt Arbeitsplätze, nichts als Arbeitsplätze und Infrastruktur, und dann in vielen Jahren kommen sozusagen die weichen Standortfaktoren oder das kleine Gedöns, wie man ja manchmal in der politischen Debatte gehört hat. Nein, gerade umgekehrt! Bei allen Versuchen, dass das Schaffen von Arbeitsplätzen die erste Relevanz haben muss, ist richtig, dass man das auch an dem Punkt mit einem Und verbinden muss. Die weichen Standortfaktoren gehören unmittelbar zu der Sanierungsphilosophie des Bundeslandes.

- (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen war es richtig, eine Neubürgeragentur einzurichten, deswegen muss unbedingt die Qualität der Bildungspolitik steigen, die Kinderbetreuung und die familienfreundliche Kommune müssen einen anderen Schwerpunkt haben. Ich möchte Ihnen dazu noch zwei kleine Beispiele nennen. Zum Beispiel ist es jetzt möglich – gerade angesichts der Alterspyramide unserer Gesellschaft kann man ja davon ausgehen, dass die Unternehmen in den nächsten Jahren großes Interesse an jungen Arbeitskräften haben werden –, man kann sich bei der EU jetzt ja als familienfreundliche Kommune zertifizieren lassen, und auch Unternehmen können sich als familienfreundliche Unternehmen zertifizieren lassen, wenn sie auch Kindergartenplätze anbieten. Ich glaube, auch wenn das nur ein kleiner Beitrag ist, ist es aber trotzdem ein wichtiges Zeichen dafür, dass man sich hier zu einer neuen Haltung in der Sanierungspolitik bekennt und auch solche Beispiele mit anbietet.

- (D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genauso ist es richtig gewesen, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Aktuelles Beispiel aus der gestrigen Debatte, die blaue Biotechnologie mit dem Schwerpunkt Lebensmittelindustrie und damit hoffentlich neue marktgängige Produkte in Bremerhaven zu fördern und dann auf den Märkten anbieten zu können! Das sind richtige Wege. Auch da möchte ich noch einmal deutlich sagen, die Unterstellungen, die hier immer gemacht werden, wir würden an den so genannten harten Themen nicht mitarbeiten, sind schlichter Unsinn, und ich muss sagen, ich bedauere es mittlerweile sehr, das geht sowohl Herrn Perschau an als auch den Bürgermeister und Herrn Pflugradt, dass es offensichtlich mittlerweile zum guten Ton in diesem Haus gehört, dass man einfach nicht mehr zuhört oder glaubt, es nicht mehr nötig zu haben. Ich finde, das ist kein gutes Zeichen, was die politische Kultur in diesem Haus angeht, und wenn man sich schon politisch auseinandersetzt und über Zukunftsinvestitionen streitet, dann sollte man das wenigstens auf der Höhe

(A) der vorgetragenen Argumente tun, aber nicht immer mit irgendwelchen Unterstellungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zwei Beispiele! Wenn Herr Scherf, auch das ist für mich nur eine Präsentation seiner Vorurteile, sagt, die Grünen wollten erst einmal nur eine Idylle einrichten und sich um alles andere nicht kümmern, ich meine, da kann ich mich nur fragen, in welchem Bundesland, Herr Scherf, leben Sie eigentlich! Ich kann mir ja manchmal vorstellen, so selten wie Sie hier im Parlament sind, dass Sie nicht so richtig wahrnehmen, was wir hier treiben und wie wir argumentieren, aber auch das wäre ja von Vorteil, wenn Sie sich das ab und zu einmal genauer anhören würden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Ich möchte jedenfalls deutlich hervorheben, wer sich die Mühe macht, die Politik der grünen Fraktion und auch unsere Zukunftsvorstellungen genauer anzuschauen, kann nicht behaupten, wir würden Obstruktionspolitik machen, wir würden uns um die harten Themen nicht kümmern. Wir kümmern uns um Arbeitsplätze und Einwohner, da haben wir allerdings in den letzten Jahren, sowohl die Kulturpolitik als auch die Bildungspolitik betreffend, etliche Vorschläge gemacht, die die SPD jetzt aufgreift. Ein bisschen spät, aber immerhin greift sie die jetzt auf, und wenn man sich anschaut, in welche Richtung das Sanierungsprogramm weitergeführt werden muss, wenn es wirklich modern sein soll, dann hat das nichts mit Roncalli zu tun, sondern mit der richtigen Verbindung bei der Modernisierung einer Großstadt, dass man nicht sagt, erst kommen die harten Faktoren und dann die weichen, sondern es geht um die intelligente, moderne Verbindung von harten und weichen Standortfaktoren, und erst auf dieser Grundlage lässt sich das Sanierungsprogramm neu gestalten! – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1281, Kenntnis.

### **Gesetz zur Neuordnung des Bremischen Disziplinarrechts**

Mitteilung des Senats vom 10. September 2002  
(Drucksache 15/1235)

2. Lesung

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 13. November 2002**

(Drucksache 15/1295)

(C)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Dannemann.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer 66. Sitzung am 23. Oktober 2002 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, ich versetze Ihnen keinen Schock, denn nach der doch relativ bewegten Debatte von eben komme ich nun zu einem Thema aus dem Dienstrecht, und dies ist ja anerkannterweise etwas trocken.

(Vizepräsident Dr. K u h n übernimmt den Vorsitz.)

(D) Gleichwohl, meine Damen und Herren, bei dem heute in der zweiten Lesung zu beratenden Disziplinar-gesetz handelt es sich um einen Entwurf, der nicht nur die Umbenennung von Disziplinarordnung in Disziplinar-gesetz vorsieht, sondern zum großen Teil völlig neue Inhalte, also Disziplinarrecht setzt und damit die Unzulänglichkeiten der alten bisherigen Disziplinarordnung auflöst.

Mir wäre wohler, diese Anmerkung sei mir in diesem Zusammenhang gestattet, wenn, wie bei Gesetzgebungsverfahren prinzipiell zwischen erster und zweiter Lesung, der Gesetzentwurf nach der ersten Lesung an eine zuständige Deputation oder an einen Parlamentsausschuss zur Beratung überwiesen worden wäre. Aber entgegen dem Paragraphen 97 des Bremischen Beamtengesetzes, in dem noch die bis 1999 existierende Deputation für öffentliches Dienstrecht und Verwaltungsreform als zuständige Deputation für Dienstrecht verzeichnet ist, gibt es in dieser Wahlperiode kein zuständiges Gremium, das eine solche Gesetzesvorlage wie die des Disziplinar-gesetzes fachlich politisch beraten könnte.

Es bleibt zurzeit also Interessierten in den Fraktionen vorbehalten, sich mit solchen dienstrechtlichen Initiativen auseinander zu setzen wie dem vorliegenden Disziplinar-gesetz.

Meine Damen und Herren, Beamtinnen und Beamte stellen eine relativ große Zahl von Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst dar und sind mit den beiden anderen Beschäftigungsgruppen des bremi-

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) schen öffentlichen Dienstes eine große Beschäftigungsgruppe insgesamt in Bremen. Deshalb muss meines Erachtens auch den Entwicklungen im Dienstrecht entsprechende Beachtung gerade auch durch dieses Parlament als Haushaltsgesetzgeber geschenkt werden.
- Das Berufsbeamtentum ist ja gerade aktuell im Gespräch, angestoßen durch das Land Berlin, da geht es schon um gravierende Überlegungen im Hinblick auf dienstrechtliche Regelungen. Ich will hier heute jedoch dazu keine Stellung beziehen, wenn ich auch überzeugt bin, dass das Thema Reduktion der Beamtensoldung und Regelungskompetenz für Besoldungsrecht durch die Länder auch an diesem Hause nicht unangesprochen vorbeigehen wird.
- Meine Damen und Herren, der vorgelegte Entwurf zur Neuordnung des bremischen Disziplinarrechts, zukünftig also Bremisches Disziplinargesetz genannt, ist ein durchaus zu begrüßendes Gesetzeswerk. Die Modernisierung und Aktualisierung des Disziplinarrechts ist lange überfällig. Deshalb darf ich auch dem Konstrukteur dieses Gesetzentwurfs, dem Referatsleiter beim Senator für Finanzen, Herrn Kahnert, meinen Dank aussprechen. Auch wenn Berufsvertretungen des öffentlichen Dienstes in einigen Bestimmungen ihre Forderungen nicht verwirklicht sehen, ist der Entwurf grundsätzlich von allen begrüßt worden.
- (B) Dieses Gesetz, das die bremische Disziplinarordnung ablöst, ist den Erfordernissen gerecht geworden, ein modernes und praktikables Verfahren zu regeln, das insbesondere auch die Dauer der Verfahren wesentlich verkürzen wird. Es wird darüber hinaus auch zur Vereinheitlichung des Disziplinarrechts des Bundes und der Länder beitragen. In Anlehnung an das Bundesdisziplinarrecht wird dieses Gesetz die Bindung an die Strafprozessordnung lösen und hinführen zu den Grundsätzen des Verwaltungsverfahrens und Prozessrechts. Das führt auch dazu, dass Verwaltungsgerichte, die im Rahmen ihrer Verfahrensordnungen handeln, damit effizienter werden arbeiten können, was Disziplinarverfahren anbelangt.
- Insgesamt, meine Damen und Herren, ohne auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes einzugehen, ist ein ganz entscheidender Vorteil des neuen Disziplinarrechts die Beschleunigung der Verfahren. Der sich aus Paragraph 4 ergebende Grundsatz des Gebots der Beschleunigung von Verfahren zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Gesetz. Allein diese Tatsache hätte schon die Änderung des Disziplinarrechts gerechtfertigt. Wer sich ein wenig aus der Vergangenheit mit Disziplinarrecht und daraus resultierender Dauer der Verfahren auskennt, wird bestätigen, dass die Verfahren zum Teil endlos verliefen, häufig mit Einstellung endeten. Gerade Disziplinarverfahren, die eröffnet wurden und werden, wenn ein Dienstvergehen einer Beamtin oder eines Beamten angezeigt wird, lässt für die Dauer des Verfahrens keine Beförderung zu. Wenn sich später herausstellt, dass ein Dienstvergehen nicht vorlag, ist der Beamte ohne Verschulden benachteiligt.
- (C) Insofern, meine Damen und Herren, ist das neue Gesetz geeignet, diese Verfahren weitestgehend nicht ungerechtfertigt zu Lasten der Beamten gehen zu lassen. Dennoch bleibt, wer eine Dienstpflichtverletzung gemäß Paragraph 53 folgende Bremisches Beamtengesetz begeht, wird disziplinarrechtlich Konsequenzen auf sich nehmen müssen. Paragraph 76 Bremisches Beamtengesetz verweist dazu auf die Folgen der Nichterfüllung von Pflichten innerhalb und außerhalb des Dienstes nach dem Disziplinargesetz.
- Meine Damen und Herren, auf den ersten Blick ist sicher die Frage gerechtfertigt, ob denn das alles noch zeitgemäß ist. Stellt das Disziplinarrecht nicht Doppelbestrafung dar, gehört die Disziplinierung als Wort noch in unsere Zeit, oder sollte auch hier nicht der Erziehungsfaktor Vorrang haben vor der Disziplinierung?
- Eine Diskussion, die lange geführt wird, bislang jedoch keine Änderungen in den Grundsatzfragen herbeigeführt hat! Ich glaube, solange der Artikel 33 Grundgesetz die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums und das öffentlich-rechtliche Dienst- und Treueverhältnis regelt, muss auch an Regularien festgehalten werden, die Dienststörung regeln und Fehlverhalten von Beamten, die sich dem grundgesetzlichen Rahmen unterwerfen, in der in diesem Disziplinargesetz vorgesehenen Form ahnden.
- (D) Dabei ist ein Fehlverhalten nicht nur, wenn gegen Strafrecht verstoßen wurde, sondern auch unterhalb dessen gibt es durchaus Dienstvergehen, die zu ahnden sind.
- Meine Damen und Herren, ich wollte nicht zu tief einsteigen, deshalb komme ich jetzt noch einmal auf die Stellungnahme der Berufsverbände zu sprechen. Insbesondere auch der DGB hat eine umfängliche Stellungnahme abgegeben, die zwar im Wesentlichen nachvollziehbar ist, aber andererseits auch in der Gegenargumentation, die sehr deutlich vorgebracht worden ist vom Senat, dass hier diese Begründungen nicht ausreichen, um dieses Gesetz entsprechend zu ändern.
- Dabei ist mir aufgefallen, dass bestimmte Vorschläge durchaus einer intensiveren Betrachtung in der Zukunft unterzogen werden sollten, wo mit diesem Gesetz heute in der vorliegenden Form abgeschlossen werden muss. Aber es sollte zum Beispiel überlegt werden, ob Disziplinarrecht konzeptionell in ein so genanntes Konfliktmanagement integriert werden kann. Genauso wäre es überlegenswert, statt Disziplinar- das Wort Dienststörung oder Gesetz über die Verfolgung von Dienstvergehen, wie der

(A) Paragraph 76 zum Beispiel des Bremischen Beamtengesetzes auch titelt, als Gesetzesbezeichnung festzulegen. Das allerdings würde für dieses Gesetz eine erhebliche redaktionelle Überarbeitung des Entwurfs bedeuten. Von daher und aus Zeitgründen wäre in diesem Fall davon zunächst abzusehen. Hinzu käme, dass wir in diesen Punkten dann auch bei den vereinheitlichenden Elementen dieses Gesetzes, was Bundes- und Länderdisziplinarergesetze anbelangt, da etwas ausscheren würden.

Zum Schluss darf ich kurz auf den Änderungsantrag der Koalition zu sprechen kommen, der Ihnen ja vorliegt. Wir haben hier zwei Vorschläge zur Änderung beziehungsweise Ergänzung einzelner Bestimmungen dieses Disziplinarergesetzes gemacht. Der erste ist die Ergänzung des Paragraphen 17. Wir haben diesen Vorschlag gemacht, um zumindest die Möglichkeit zu eröffnen, hier zentral Disziplinarvorfälle bearbeiten zu können. Das hätte zur Folge, dass erstens die einzelnen Dienstvorgesetzten, die jeweils in der Regel einen Disziplinarsachbearbeiter vorhalten, auf diesen verzichten könnten, es würde also zu Einsparungen kommen können, zweitens wäre hier auch ein schnelleres Verfahren noch in sich gewährleistet, und drittens, es ist nicht von der Hand zu weisen, dass bei einer zentralen Bearbeitung von Disziplinarverfahren die Einheitlichkeit auch in der Höhe der Ahndung gewährleistet wäre, auch das wäre ein Vorteil.

(B) Dabei möchte ich anmerken, dass in Bremerhaven, da es in Bremerhaven ohnehin nur einen Dienstvorgesetzten gibt, diese Regelung schon besteht, von daher hätte es dieser ausdrücklichen Benennung von Bremerhaven nicht bedurft. Dennoch ist insgesamt im Lande Bremen und hier für die Stadtgemeinde Bremen auch diese Möglichkeit einzuräumen.

Das Zweite ist die Änderung des Paragraphen 22. Aus dem Wort „wird“ soll „kann“ werden. Das heißt, hier soll ein Ermessen gegeben werden, um eventuell trotz eines anhängigen Strafverfahrens ein Disziplinarverfahren fortzuführen, wobei dabei gesehen werden muss, dass erreicht wird, was auch Grundforderung dieses Disziplinarergesetzes ist, dass die Verfahren beschleunigt werden, dass dies auch hier erreicht wird, wenn Disziplinarverfahren trotz anhängiger Strafverfahren durchgeführt werden können.

(Glocke)

Auf der anderen Seite – ich komme zum Schluss, Herr Präsident – bei der im Ermessen stehenden Entscheidung, ob ein Disziplinarverfahren auszusetzen ist, ist darauf abzustellen, dass unterschiedliche Ergebnisse im Straf- und Disziplinarverfahren ausgeschlossen werden.

Ein letzter Satz! Ich glaube, das Haus ist gut beraten, diesem Gesetzentwurf auch in zweiter Lesung zuzustimmen, weil er eine positive Fortschreibung

dienstrechtlicher Vorschriften beinhaltet und von daher es insgesamt ein dienstrechtlicher Schritt nach vorn ist.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Das Wort erhält Herr Staatsrat Dr. Dannemann.

**Staatsrat Dr. Dannemann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Herderhorst, ich bedanke mich für das Lob und werde es Herrn Kahnert mitteilen.

Zur Intention des Gesetzentwurfs! Sie lässt sich ganz kurz in drei Punkten zusammenfassen. Erstens: Das Disziplinarverfahrensrecht wird vereinfacht. In der Folge können Verfahren schneller und billiger abgewickelt werden. Durch die Vereinfachung des Verfahrens wird auch die Gefahr von Verfahrensfehlern minimiert. Zweitens: Durch diese Vereinfachung wird der Rechtsschutz der Beamten nicht geschmälert. Drittens: Die Vereinfachung des Verfahrens führt zu einer Entlastung der Personalverwaltungen und der Gerichte, sie spart also Zeit und Geld. Dies ist ein Beitrag zur Verwaltungsreform.

Herr Herderhorst, zu den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen! Der Paragraph 17 soll eine Kannregelung enthalten, und damit soll der Finanzsenator die Möglichkeit haben, eine zentrale Bearbeitung vorzunehmen. Dies wird zu überlegen sein, wobei ich aber darauf hinweise, dass wir gute Erfahrungen mit der Dezentralisierung der Personalverantwortung und der Ressourcenverantwortung gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

In diesem Fall wird man aber überlegen müssen, ob eine einheitliche Wahrnehmung der Aufgabe nicht vielleicht auch insgesamt günstiger ist. Das wird zu prüfen sein.

Zum zweiten Punkt, dass ein Disziplinarverfahren ausgesetzt werden kann, wenn ein Strafverfahren eingeleitet worden ist, kann man nur sagen, dass die Flexibilität und Beschleunigung erhöht. Wir können auch mit dieser Regelung sehr gut leben. – Vielen Dank!

(Beifall)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag, Drucksache 15/1295, abstimmen.

(C)

(D)

(A) Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1295 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt über das Gesetz zur Neuordnung des Bremischen Disziplinarrechts in zweiter Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Neuordnung des Bremischen Disziplinarrechts, Drucksache 15/1235, unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

(B) Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich sehr herzlich auf der Tribüne eine Gruppe der Erwachsenenschule Bremen begrüßen.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

### **Keine Finanzzuweisung für den überbeuerten Büro- umbau des Bremerhavener Oberbürgermeisters**

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)  
vom 28. Oktober 2002  
(Drucksache 15/1275)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann verstehen, dass einige SPD-Genossen jetzt hinauslaufen, es wird nämlich schlimm für sie werden.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Das liegt nicht am Thema, sondern am Redner!)

Die Wahrheit tut nämlich weh.

Der SPD-Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven, Herr Schulz, kann stolz und glücklich sein, dass

er es als einziger Bürgermeister der Stadt Bremerhaven geschafft hat, in der „Bild-Zeitung“ neben Dieter Bohlen gleich auf Seite eins zu stehen. Darüber kann er glücklich sein. Er steht dort allerdings als Verlierer der Nation und nicht als Gewinner. Unsere Stadt Bremerhaven und seine Bürger können allerdings überhaupt nicht stolz auf so einen Oberbürgermeister oder, besser gesagt, auf diesen König Ludwig von Bremerhaven sein. Darum ist es dringend erforderlich, dass der Bremerhavener Oberbürgermeister endlich begreift, dass er nicht König Ludwig von Bremerhaven ist.

(Abg. **M ü t z e l b u r g** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, wenn schon, dann Jörg!)

Meine Damen und Herren, unsere Schulen sind in einem desolaten Zustand. Das Lehrmaterial ist absolut veraltet, teilweise ist in den Schulbüchern noch die alte DDR verzeichnet. Es wird überall unverantwortlich gespart, bei der inneren Sicherheit, beim Sport, bei den älteren Menschen, im Gesundheitswesen, bei den Rentnern und so weiter. Für die Zukunft unserer Kinder, unserer Jugend ist kein Geld da. Der Bremerhavener Oberbürgermeister muss sich aber als Oberbürgermeister einer wirtschaftlich und finanziell völlig ruinierten Stadt natürlich einen überbeuerten Büroausbau für sage und schreibe 300 000 DM gönnen. Man gönnt sich ja sonst nichts! Diese skrupellose Steuergeldverschwendung dürfte in ihrer Art und Weise in der Bundesrepublik wohl einmalig sein. Für zirka 300 000 DM bekommen andere schon ein Einfamilienhaus, das einmal zur Relation!

Ich verrate Ihnen auch kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass ich Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Bremerhaven bin. Allerdings habe ich zu dem Zeitpunkt, Mitte Oktober, keinen Rechnungsprüfungsbericht über den verschwenderischen Ausbau des Oberbürgermeisterbüros gehabt. Wenn also dieser Bericht zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stand, er war ja in den Ämterabstimmungen, bei einer großen Mehrzahl von sozialdemokratischen Mitarbeitern in den Ämtern, so scheint es mir doch, dass der eine oder andere Sozialdemokrat diesen SPD-Oberbürgermeister auch nicht so ganz mag.

Meine Damen und Herren, Bremerhaven ist auf dem Weg, eine der hochverschuldetsten Städte Deutschlands zu werden. Ein Oberbürgermeister aber, der sich erlaubt, in seinem Büro zirka 46 000 Euro nur für Büromöbel auszugeben, ganz zu schweigen von dem anderen teuren Schnickschnack, hat jegliches Realitätsbewusstsein verloren. Er hat nicht nur seinen Realitätssinn verloren, sondern auch das Gespür für die Würde seines Amtes.

Jetzt kommt das Härteste! Dass unser Oberbürgermeister am Mittwoch, dem 23. Oktober 2002, die Bevölkerung in sein Büro zum Probesitzen eingela-

(C)

(D)

(A) den hat, dazu könnte man für den Geisteszustand auch noch ganz andere Vokabeln anbringen. Es erfolgte nach diesem Probesitzen selbstverständlich gleich ein Artikel der an Einseitigkeit nicht mehr zu überbietenden „Nordsee-Zeitung“, in dem die Besucher über das Büro und ihren Eindruck befragt worden sind, die fast alle selbstverständlich auch nur in der „Nordsee-Zeitung“ mit einem weinerlichen schaurigen Gesicht erklärt und bestätigt haben, wie schmucklos und billig doch das Büro des Oberbürgermeisters aussehen würde.

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Waren Sie auch da?)

Ich kenne das. Diese Schande brauche ich mir nicht noch anzuschauen!

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Das hätte ich auch gewusst!)

Nachdem ich mir die Bilder der befragten Personen angeschaut habe, kann ich der Redaktion der „Nordsee-Zeitung“ nur dringend raten, erstens sollte sie in der Mehrzahl nicht nur altgediente SPD-Genossen gezielt und bewusst fragen, sondern sie sollte einmal lieber mehrheitlich die Bevölkerung zu diesem Thema befragen. Ich könnte zu diesem Thema eine große Anzahl von Leserbriefen zitieren, die da eine ganz andere Meinung als die Befragten haben.

(B)

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Ich habe auch einen Leserbrief, ja!)

Zweitens, und das ist das Wichtigste, kommt es nicht darauf an, wie billig oder ärmlich sein Büro aussieht, sondern wie viel der Steuerzahler dafür bezahlt hat. Dann kommen noch solche Sprüche von Oberbürgermeister Schulz, er müsse angemessen repräsentieren können. Ich frage Sie allen Ernstes: Wen oder was will unser Oberbürgermeister denn noch repräsentieren, wenn unser schönes Bremerhaven durch eine jahrzehntelange verschwenderische SPD-Guts-herrenartpolitik die Einwohnerzahl von Dorum oder Bederkesa erreicht hat? Das müssen Sie mir einmal erklären!

(Zuruf der Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD])

Moment! Sie können ja nach vorn kommen, wenn Sie etwas zu sagen haben, aber Sie haben ja nichts zu sagen! Das ist Ihr Problem. Sie quaddeln nur dazwischen.

Das Problem der Steuergeldverschwendung bei den etablierten Politikern ist, dass sie diese verschwendeten Steuergelder nicht mit ihren eigenen

Händen und durch harte Arbeit erarbeiten müssen und sie dafür nicht persönlich haftbar gemacht werden. Das ist das Grundübel für die unsäglichen betriebenen Steuergeldverschwendungen in Milliardenhöhe nicht nur in Bremerhaven. Darum fordert die Deutsche Volksunion, dass die Steuergeldverschwendung in der Gesetzgebung als schwerer Straftatbestand aufgenommen wird und gesetzlich rigoros verfolgt und bestraft wird.

(C)

Meine Damen und Herren, es gab in Bremerhaven ja schon einmal eine große Debatte über die Büroausstattung des Oberbürgermeisters. Damals ist aus dem Umfeld des Oberbürgermeisters vollmundig erklärt worden, es wären umfangreiche Baumaßnahmen sowie die Entfernung tragender Wände unbedingt erforderlich, und wegen dieser Entfernung der tragenden Wände würde dieser Umbau eben 300 000 DM kosten. So hat man das begründet.

Meine Damen und Herren, das war gelogen, denn hier sind nachweislich keine tragenden Wände entfernt worden. Dieser niederträchtige Umgang mit der Wahrheit zeigt der Deutschen Volksunion und der Bevölkerung, dass dieser Oberbürgermeister für die Stadt Bremerhaven nicht mehr länger tragbar ist. Die Verfassung Bremerhavens sagt, dass Bremerhaven relativ selbständig im Bundesland Bremen agieren kann, darum bleiben uns als Bürgerschaft ja nur wenige Möglichkeiten. Um diesen König Ludwig vom Lande Bremen stoppen zu können muss die Bürgerschaft durch die Zustimmung zu meinem Antrag diesem Oberbürgermeister heute ein deutliches Zeichen setzen, dass wir eine solche Steuergeldverschwendung auf Kosten und zu Lasten der Bevölkerung durch den Bremerhavener Oberbürgermeister als Land nicht auch noch mitfinanzieren.

(D)

Meine Damen und Herren, wenn der Oberbürgermeister in seiner unnachahmlichen Arroganz – Sie wissen, was ich meine, wenn ich über Ihren Oberbürgermeister spreche, dann kann nur so etwas kommen – als Verwaltungsbeamter in der Öffentlichkeit erklärt, wer ist denn Herr Eckhoff, den kenne er nicht, wer das sei, dann ist das an Arroganz nicht mehr zu überbieten. Wenn der Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven öffentlich erklärt, er kenne den Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, Herrn Eckhoff, nicht, der auch für das ganze Bundesland Bremen einschließlich Bremerhaven politische Mitverantwortung trägt, dann hat dieser Mensch in seiner Arroganz den Aufbau des Landes nicht verstanden, hat die parlamentarische Demokratie nicht verstanden, der hat seine Funktion in seinem Amt nicht verstanden, der hat überhaupt nichts verstanden!

Aus diesem Grund fordere ich den Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven in aller Deutlichkeit auf: Treten Sie schnellstens zurück, Sie sind für die Stadt Bremerhaven als Oberbürgermeister nicht mehr tragbar!

(A) Man weiß es ja nicht, vielleicht hat Herr Dr. Scherf ja nach dem 25. Mai 2003 ein Pöstchen für ihn frei, das kann ja sein, vielleicht als Senator.

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Hauptsache, für Sie ist kein Pöstchen da!)

Meine Damen und Herren, unsere Bürger haben ein sehr gutes Gespür dafür, ob ihre hart erarbeiteten Steuergelder sinnvoll und zweckmäßig ausgegeben werden oder ob sie unverantwortlich verschwendet werden. Diese zirka 300 000 DM für das Büro halten sehr viele zu Recht für eine unverantwortliche Steuergeldverschwendung. Viele Bürger halten es auch für schlimm, dass zirka 603 Bundestagsabgeordnete für 500 000 Euro zu einer Luxusreise nach Frankreich reisen wollen.

(Unruhe bei der SPD)

Viele Bürger halten es aber für noch viel schlimmer, dass diese 603 Abgeordneten wieder nach Deutschland zurückkommen werden. Ich glaube, sehr viele Bürger würden liebend gern noch einmal 500 000 Euro dazugeben,

(Glocke)

(B) damit diese 603 Abgeordneten für immer in Frankreich bleiben würden.

Meine Damen und Herren, bevor irgendeiner, bevor Herr Kastendiek wieder einmal unqualifiziert dazwischenredet – –.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abg. **Tittmann** (DVU): Ja! Meine Redezeit ist vorbei, aber meine Zeit im Parlament noch lange nicht, daran müssen Sie sich gewöhnen!

(Heiterkeit)

Ich komme vielleicht gleich noch einmal nach vorn, wenn einer von Ihnen den Mut hat, hier nach vorn zu kommen.

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/1275 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### Kleingartengebiete im Lande Bremen erhalten

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)  
vom 28. Oktober 2002  
(Drucksache 15/1277)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sinn und Zweck dieses Antrages ist zu verdeutlichen, welche wichtigen Aufgaben dem Kleingartenwesen im Land Bremen mit seinen Gärten, Pächtern und Gartenanlagen gerade in unserer heutigen Zeit zukommen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass in den letzten Jahren ein regelrechter Vernichtungsfeldzug durch die politisch Verantwortlichen der Altparteien gegen Kleingärtner in Bremen, aber auch Bremerhaven geführt wurde. In Bremerhaven zum Beispiel wurden die Kleingärtner und ihre Bürgerinitiative von den politisch Verantwortlichen belogen und betrogen. Ihr Kleingartengebiet wurde skrupellos und radikal platt gemacht. In Bremen sieht es auch nicht anders aus. In Anbetracht dieser schlimmen Tatsache scheint es nur ein Gebot der Stunde zu sein, den Bremer Senat aufzufordern, dringende Maßnahmen zur Sicherung noch bestehender Kleingartengebiete in Bremen und Bremerhaven zu ergreifen.

Zunächst sei einmal festgestellt: Kleingartenanlagen gehören in der Regel zu den gemeindlichen Erholungsflächen. Diese werden von den Gartenpächtern mit viel Liebe gehegt und gepflegt und von der Allgemeinheit genutzt. Kleingartenanlagen weisen in der Regel ein erhebliches ökologisches Potential auf. Ihre Bedeutung für die Natur und den Umweltschutz durch die dort vorhandenen, zum Teil vernetzten Biotope wie zum Beispiel Teiche, Trockenrasen, Natursteinmauern, Totholzhaufen, Reisighcken und vieles mehr ist unbestritten.

Meine Damen und Herren, sich dieser besonderen Leistungen, die die Kleingärtner für die Allgemeinheit erbringen, bewusst zu sein, ist in einer Zeit des politischen Kahlschlags gegen das Kleingartenwesen unbedingt notwendig. Heute wird viel von

(C)

(D)

(A) Schutz und Erhaltung der Umwelt als herausragende Aufgabe des Gemeinwesens gesprochen. Wie sieht aber die Praxis in Bezug auf Flächen aus, die noch vor wenigen Jahren als Dauerkleingärten ausgewiesen wurden und dadurch insbesondere vor Zerstörung durch Bebauung geschützt schienen? Es ist doch vor allem die Erweiterung des so genannten Technologieparks, des Universitätsbereichs auf Kleingartenflächen, die dazu geführt hat, dass mehr als 170 liebevoll gepflegte Gärten des Vereins „Gute Ernte“ rücksichtslos vernichtet wurden.

Weitere Pläne der SPD und der CDU deuten darauf hin, dass die Erweiterung des Technologieparks mit dieser Zerschlagung von Gartenanlagen noch lange kein Ende gefunden hat. Die Ausdehnung in Richtung Süden zum Beispiel ist jedenfalls nach wie vor zu befürchten. Sollten in dieser Hinsicht die Sorgen und Ängste der Kleingärtner unbegründet sein, dann haben der Senat und auch Sie, die immer dazwischenlabern,

(Unruhe bei der SPD und bei der CDU)

jetzt die Möglichkeit, den betroffenen Kleingärtnern darzulegen und zu versichern, dass jeder weitere Vernichtungsschlag im Zusammenhang mit der Ausdehnung – –.

(Glocke)

(B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Herr Abgeordneter, ich habe es vorhin nicht wahrgenommen, weil ich es auch nicht glauben wollte, aber ich weise Ihre wiederholte Verwendung des Wortes Vernichtungszug oder Vernichtungsschlag gerade von Ihnen in diesem Zusammenhang entschieden zurück! Mäßigen Sie Ihre Sprache!

(Beifall)

Abg. **Tittmann** (DVU): Erst einmal, Herr Präsident, danke, dass Sie für Ruhe gesorgt haben! Wie würden Sie es nennen, wenn man Kleingartengebiete platt macht und platt walzt? Ich kenne kein anderes Wort dafür.

Meine Damen und Herren, die bisherige Entwicklung hat aber gezeigt, was Beteuerungen politischer Entscheidungsträger von SPD, CDU und den Grünen wert sind. Wer sich auf diese Altparteien verlässt, der ist im wahrsten Sinne des Wortes verlassen.

Obwohl es ausreichend Alternativen bezüglich der Technologieparkausweitung gibt, wird der Blick auf weitere Gärten und Freizeitanlagen gerichtet. Eine Ausdehnung in alle Himmelsrichtungen sei denkbar, heißt es, doch allein eine Südausdehnung würde massiv die Interessen vieler Gartenfreunde schädigen und unverantwortlich verletzen. Tatsache ist doch, dass insgesamt 1000 Kleingärten mit zirka 40 Hektar nach wie vor zur Disposition stehen. Dazu sei

festgestellt, dass es gerade die Grünen waren, die vehement gegen eine Nordlösung wetterten. Wegen angeblich seltener Vögel dürften etwa freie Felder und Wiesen auf keinen Fall angetastet werden. Konsequenz: weiterer Flächenfraß auf Kosten und zu Lasten der Kleingärtner!

Meine Damen und Herren, selbstverständlich muss Naturschutz einen sehr hohen Stellenwert haben, aber vor dem Schlammpeitzger, den wohl außer den Grünen noch kein Mensch gesehen hat, hat der Mensch, hat der Gartenfreund zu kommen.

Sowohl die SPD als auch die Grünen haben einige Mitglieder in den Vorständen dieser Kleingartenvereine. Dort gaukeln Sie den Kleingärtnern Sicherheit vor, und in den Ausschüssen hecken Sie genau das Gegenteil aus. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herr Böhrnsen hat auch noch vor zwei Jahren abgewiegelt, dass weitere Kleingärten platt gemacht werden, nun glänzt er aber mit Erklärungen, die man praktisch als Heuchelei betiteln könnte. Gegenüber dem „Weser-Kurier“ erklärte er im April noch, Herr Präsident, ich darf zitieren: „Wir wollen eine behutsame Weiterentwicklung in Richtung Süden.“ Das heißt für mich eindeutig Kahlschlag von Kleingärten des Vereins „Gute Ernte“ bis hin zur Eisenbahntrasse Bremen–Hamburg. Das dürfte also keinesfalls das Letzte an Kahlschlägen gewesen sein. Es geht jetzt also, allerdings nach Aussagen von Herrn Böhrnsen, behutsam weiter.

Zug um Zug wird die Axt bei den Parzellen ange setzt, die vor allem von Arbeiterfamilien, das muss man sich einmal vorstellen, mit Kindern gehegt und gepflegt werden. Das Ganze nennt sich dann sozialdemokratische Politik im Sinne von Arbeiterfamilien. Eine schöne soziale Politik, kann ich da nur sagen! Gerade für Leute mit schmaler Geldbörse sind doch Kleingärten noch die einzige Möglichkeit zum Ausspannen und Erholen. Wer natürlich über so hohe Bezüge verfügt wie der Fraktionsvorsitzende, der scheint die Sorgen und Nöte der kleinen Leute nicht mehr verstehen zu können. Das ist mir vollkommen klar. Der Bebauungsplan für den Technologiepark verdeutlicht es ja in einer geradezu erschreckenden Weise.

Es ist vor diesem Hintergrund dringend erforderlich, die Kleingärtner vor allem im Bereich Munte zu warnen, ebenso die Kleingärtner zwischen der Eisenbahntrasse und der Kulenkampffallee, denn schon bald könnte der Vernichtungsschlag weitere 800 Gartenfreunde treffen. Das böse Erwachen kann für viele Gartenfreunde schneller kommen, als ihnen lieb ist. Auch die Kleingärtner am früheren Gerhard-Lange-Weg und am einstigen Heinrich-Kaemena-Weg wollten lange Zeit nicht glauben, dass ihre skrupellose Vertreibung vom Senat schon längst beschlossene Sache war. Heute bedauern viele, dass sie im Jahr 1999 die Totengräber ihrer eigenen Gärten gewählt haben.

(C)

(D)

(A) Besonders niederträchtig war, dass zuvor noch, Anfang des Jahres 2000, die so genannten Kaisen-Anwohner von ihren Schollen vertrieben wurden. Seit den Nachkriegsjahren war es ihre Heimat. Sie alle konnten es sich nicht im Entferntesten vorstellen, dass das Versprechen, das ihnen der damalige hochgeschätzte SPD-Bürgermeister Kaisen gegeben hatte, nämlich bis zum Lebensende dort wohnen zu dürfen, vor allem von heutigen Sozialdemokraten gebrochen wird. Mir sind persönlich Betroffene bekannt, die mir das bestätigen und auch bezeugen können.

Meine Damen und Herren, vor allem in dem nun ausradierten Kleingartengebiet des Vereins „Gute Ernte“ hatten sich nach dem Krieg viele Menschen niedergelassen, die als Heimatvertriebene aus Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien nach entsetzlichem Leid ein neues Zuhause in Bremen gefunden haben. Unter großen Opfern, mit viel Fleiß und Hingabe haben sie sich über Jahrzehnte ein kleines schmuckes Häuschen erarbeitet und gebaut. Für diese Menschen war die Verdrängung wegen des Technologieparks eine zweite Vertreibung aus ihrer Heimat. Dafür sollten Sie sich zutiefst schämen.

Allerdings haben Sie die Möglichkeit, durch die Zustimmung zum Antrag unter Beweis zu stellen, dass Sie zur Einsicht gekommen sind. Nehmen Sie also die Möglichkeit wahr! Bevor der Herr Kastendiek wieder einmal unqualifiziert äußert, ich hätte keine Ahnung – –.

(B)

(Abg. I m h o f f [CDU]: Er hat doch gar nichts gesagt!)

Sie haben mich vorhin beleidigt!

(Heiterkeit)

Warten Sie einmal ab, Ihnen wird das Lachen vergehen! Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten einen Leserbrief zitieren, den ich zufälligerweise dabei habe.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist vorbei. Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Kastendiek kann es einfach nicht. Wer noch nicht einmal die jüngere Geschichte Bremens kennt, kann die Zukunft nicht gestalten. Herr Kastendiek, dass Sie als Abgeordneter nicht viel zu bieten haben, wissen wir ja beide, aber irgendwie musste Bernd Neumann ja auch weniger begabte Parteimitglieder unterbringen. Wo Klaus Wedemeier, ehemaliger Bürgermeister, Recht hat, da hat er Recht! Ihnen, Herr Kastendiek, spreche ich jedenfalls jegliches Recht ab, meine Qualifikation in irgendeiner Art und Weise beurteilen zu können.

Halten Sie sich also dementsprechend mit Ihren Zwischenrufen zurück!

(C)

(Abg. Frau W i n d l e r [CDU]: Er hat doch überhaupt nichts gesagt!)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tittmann, das Einzige, was Sie mit Ihrem Antrag bewirken, ist, hier Ihre Unkenntnis zu demonstrieren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Wir, das heißt alle Abgeordneten der demokratischen Parteien in diesem Haus, handeln nämlich bereits und arbeiten daran, wie die Kleingartengebiete hier in Land Bremen gesichert werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Tittmann, ich möchte Ihnen das einmal zeigen, vermutlich kennen Sie es nicht, geschweige denn, dass Sie es gelesen haben. Es ist die Kleingartenkonzeption für das Land Bremen, erstellt im Auftrag des Senators für Bau und Umwelt. Auf dieser sachlich fundierten Grundlage arbeiten wir bereits seit über einem halben Jahr gemeinsam mit den Kleingärtnern und Kleingärtnerinnen, nämlich mit ihrer Vertretung, dem Landesverband der Kleingärtner, daran, wie man langfristig die Kleingartengebiete in Bremen sichern kann.

(D)

Die sachliche Grundlage ist nämlich folgende: Zurzeit ist bei den Kleingärten das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ausgeglichen. Es ist aber so, dass sich dieses Verhältnis mit der demographischen Entwicklung ändern wird. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten 15 Jahren pro Jahr ein bis zwei Prozent Kleingärten weniger nachgefragt werden. Das bedeutet, wenn man hier nicht gegensteuert, das heißt, die Attraktivität der Kleingartenanlagen verbessert, Marketingstrategien entwickelt, wenn man nicht auch mit neuen Ideen hier neue Dinge entwickelt, dann wird es dazu führen, dass es zu erheblichen Leerständen kommen wird. Deswegen und weil sowohl die CDU als auch die SPD und die Grünen die hohe soziale und ökologische Bedeutung der Kleingartengebiete anerkennen, handeln wir und brauchen in keiner Weise Ihren Antrag. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

(A) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das, was Sie eben gesagt haben, sagen Sie einmal den Bewohnern der ehemaligen Kaisen-Wohnungen! Sie werden Ihnen etwas anderes erzählen. Sie haben eben durch Ihren nicht gerade qualifizierten Redebeitrag wieder einmal deutlich bewiesen, dass Ihnen das Wohl vieler Menschen im Land Bremen völlig gleichgültig ist. Die Deutsche Volksunion wird vor allem auch im Hinblick auf die Wahl 2003 verstärkte Aufklärungsarbeit zugunsten der Kleingärtner in Bremerhaven sowie in Bremen betreiben, dessen können Sie zu 100 Prozent sicher sein.

Die DVU wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass nicht noch weitere Kleingärten in Bremen und Bremerhaven von Ihnen unverantwortlich platt gemacht werden und dass auch endlich einmal im Sinne und Interesse vieler Kleingärtner verantwortungsbewusste Politik betrieben wird und nicht nur Politik im Sinne von so genannten Schlammpeitzgern. Falls Sie und auch Ihre Bremerhavener Kollegen sich einmal wirklich in die Kleingartengebiete hineintrauen würden, dann könnten Sie die deutliche Meinung vieler Gartenfreunde lauthals mitbekommen. Diese sagen nämlich, zur Bürgerschaftswahl im Mai erhalten die abgehobenen Damen und Herren, auch von den Grünen, ihre Quittung. Beim nächsten Mal werden wir die Deutsche Volksunion wählen. Recht haben diese Menschen, denn so, wie Sie mit diesen Menschen umgehen, mit der Bevölkerung insgesamt umgehen, geht man mit Menschen nicht um.

(B) Eines sage ich Ihnen im Namen der Deutschen Volksunion noch einmal ganz deutlich: Unsere Bevölkerung hat es nicht verdient, von Ihnen belogen und betrogen zu werden. Im Übrigen kann ich Ihnen diesbezüglich eine sehr gute CD von dem Schröder-Imitator Elmar Brandt empfehlen mit dem Titel „Die Steuerlüge, der Steuersong“. Die sollten Sie sich einmal alle anhören, dann wissen Sie ganz genau, was ich mit belogen und betrogen meine. Hände weg von weiteren Kleingärten!

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/1277 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab. (C)

### **Bremisches Gesetz über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (BremHSLG)**

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2002  
(Drucksache 15/1278)

1. Lesung  
2. Lesung

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Winther.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Bremische Gesetz über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände, Drucksache 15/1278, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung. (D)

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, da der Senat um Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat und die Fraktionen der SPD und der CDU dies als Antrag übernommen haben, lasse ich darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Bremische Gesetz über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände, Drucksache 15/1278, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(A) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Personalcontrolling Band IV: Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 1998/1999**

Mitteilung des Senats vom 25. Juni 2002  
(Drucksache 15/1186)

Wir verbinden hiermit:

**Personalcontrolling Band IV: Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 1998/1999**

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau vom 5. November 2002  
(Drucksache 15/1288)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Dannemann.

Meine Damen und Herren, die Mitteilung des Senats, Personalcontrolling Band IV: Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 1998/1999 vom 25. Juni 2002, Drucksache 15/1186, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 62. Sitzung am 21. August 2002 an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau überwiesen worden. Dieser Ausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 15/1288 seinen Bericht dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält als Erste als Berichterstatterin für den Ausschuss die Abgeordnete Frau Wulff.

Abg. Frau **Wulff**, Berichterstatterin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 21. August 2002 den Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 1998/1999 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau überwiesen. Der Ausschuss hat den Bericht des Senats in seinen Sitzungen im August, Oktober und zuletzt am 5. November 2002 beraten und erstattet den folgenden Bericht.

Der Ausschuss begrüßt, dass der Senat im Rahmen des Personalcontrollings nunmehr zum zweiten Mal eine Übersicht über die Lage der beschäftigten Frauen im öffentlichen Dienst vorlegt. Positiv ist herauszustellen, dass der Bericht nunmehr Daten aus dem gesamten Geltungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes enthält, also nicht nur wie der Vorgängerbericht Informationen aus dem Kernbereich der Verwaltung der Stadt Bremen, sondern darüber hinaus auch die Betriebe nach Paragraph 26 Absatz 1 und 2 Landeshaushaltsordnung, die Son-

derhaushalte sowie die Stadtgemeinde Bremerhaven und die sonstigen nicht bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Lande Bremen mit einbezieht.

Für 1999 wird in dem Bericht der Frauenanteil an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Geltungsbereich des LGG mit 55 Prozent angegeben. Da aber auch die Beurlaubten zu den Beschäftigten gezählt wurden, ist der Frauenanteil faktisch geringer. Der Ausschuss teilt die in der Stellungnahme der ZGF zum Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes in den Jahren 1998/1999 formulierte Einschätzung und Kritik in wesentlichen Punkten. Insbesondere bei der Betrachtung der einzelnen Beschäftigungsebenen und -bereiche ist eine anhaltende Benachteiligung von Frauen festzustellen. Ich möchte einige Punkte aufzählen.

Bezogen auf die Gesamtzahl der weiblichen Beschäftigten beträgt der Anteil im höheren Dienst nur 11,4 Prozent gegenüber einem entsprechenden Prozentsatz von 28,1 Prozent bei den männlichen Beschäftigten. Im einfachen Dienst ist das Verhältnis umgekehrt. Bezogen auf die Gesamtbeschäftigten liegt hier der Anteil der weiblichen Beschäftigten bei 12,5 Prozent gegenüber einem Prozentsatz bei den männlichen Beschäftigten von 1,9 Prozent. Man kann feststellen, vom einfachen zum höheren Dienst betrachtet sinkt der Anteil der weiblichen Beschäftigten stetig. Das Verhältnis Männer/Frauen beträgt im einfachen Dienst eins zu neun. Im mittleren Dienst ist das Verhältnis vier zu sechs, im gehobenen Dienst ist es ausgeglichen, und im höheren Dienst kehrt sich das Verhältnis auf sieben zu drei um. In den unteren Entlohnungsstufen sind Frauen über- und in den höheren Entlohnungsstufen unterrepräsentiert.

Interessant ist der Bereich der Leitungsfunktionen, hier werden nur 23 Prozent von Frauen wahrgenommen. Mit Ausnahme der Schulleitungen und der stellvertretenden Schulleitungen, wo es eine andere Entwicklung gibt, sind Frauen stärker in den unteren als in den höheren Leitungsebenen und entsprechend auch in niedrigeren Entlohnungsstufen vertreten. Es lässt sich zwar gegenüber dem Vorgängerbericht eine leichte prozentuale Erhöhung des Frauenanteils in gehobenen Positionen feststellen – diese Entwicklung begrüßt auch der Ausschuss –, aber der noch ausbaufähige Anteil von Frauen in Führungspositionen zeigt, dass in diesem Bereich noch weitere Anstrengungen notwendig sind, um die Chancen von Frauen zu erhöhen.

Der Bericht enthält nach Einschätzung des Ausschusses noch zu wenig Angaben zur Erhöhung des Frauenanteils im höheren Dienst über Maßnahmen, etwa durch Erprobung von Teilzeitbeschäftigung und echtem Jobsharing in Führungspositionen. Der Ausschuss erwartet, dass in Zukunft hierzu im Rahmen der Berichterstattung über die Umsetzung des LGG Aussagen getroffen werden.

(C)

(D)

(A) Positiv bewertet der Ausschuss, dass, obwohl der Frauenanteil bei den Bewerbungen im Jahre 1999 nur bei 38 Prozent lag, jedoch 61 Prozent der Stellen mit Frauen besetzt wurden. Bei den unbefristeten Stellenbesetzungen betrug der Frauenanteil 1998 52 Prozent, 1999 stieg er leicht auf 58 Prozent. Festzustellen ist aber auch, dass bei den befristeten Beschäftigungsverhältnissen der Frauenanteil erheblich höher lag, 1998 bei 71 Prozent und 1999 bei 80 Prozent, also weit mehr Frauen als Männer übernehmen befristete Arbeitsstellen.

Bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen waren Frauen in beiden Berichtsjahren mit jeweils 61 Prozent beteiligt. Es zeigt sich also, dass die Zukunft den Frauen gehört, wenn ich mir den einen Satz als Anmerkung erlauben darf.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Der Frauenanteil liegt damit bei den Ausbildungsplätzen deutlich höher als der Anteil bei den Bewerbungen, der nur 51 Prozent betrug. Jedoch schwankt der Frauenanteil bei den Auszubildenden ganz erheblich. Das richtet sich dann jeweils danach, um welche Berufsgruppen es geht. In überwiegend gewerblich-technischen Ausbildungsberufen und im Justizvollzugsdienst lag der Anteil unter 50 Prozent. In diesen Bereichen erwartet der Ausschuss, dass der Senat und die ZGF in Zukunft gezielte Maßnahmen ergreifen, um auch Frauen für diese Berufe zu interessieren.

(B) Der Ausschuss hat noch einmal auf seinen Bericht verwiesen, der in der letzten Legislaturperiode bereits erstellt wurde, also den dritten Bericht zur Umsetzung des LGG, der sich auf den Zeitraum Anfang 1995 bis Anfang 1997 bezog. Der Ausschuss hatte damals sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass bislang keine Vorschläge für Maßnahmen vorgelegt wurden, um den Frauenanteil bei Justiz und Polizei in den nächsten Jahren systematisch zu erhöhen sowie die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung zu erleichtern. Hierzu hat keines der Senatsressorts über das Bericht erstattende Finanzressort Vorschläge oder Maßnahmen darstellen lassen. Deshalb geht der Ausschuss davon aus, dass derartige Vorschläge bislang noch nicht erarbeitet wurden. Er geht ferner davon aus, dass der Senat in Zusammenarbeit mit der ZGF nunmehr zügig entsprechende Maßnahmen veranlassen wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Wichtig ist noch ein Thema, das Thema der Arbeitszeitgestaltung. Das ist besonders für Frauen interessant. Man kann sagen, insbesondere Arbeitszeitreduzierung ist das Thema der Frauen. Im Kernbereich der Verwaltung ist der Anteil der Frauen an

den Teilzeitbeschäftigten seit 1997 zwar von 91 Prozent auf etwas weniger, 87 Prozent zurückgegangen, aber es ist insgesamt ein sehr hoher Anteil bei den teilzeitbeschäftigten Frauen.

(C)

Noch ein Punkt, worüber ja nach LGG zu berichten ist, ist das Thema Entsendungen in Gremien. Hierzu stellt der Ausschuss fest, dass dieser Bericht, wie bereits der dritte Bericht zur Umsetzung des Bremischen Landesgleichstellungsgesetzes, auf die aufgestellte Forderung nach einem Verfahren, das verstärkt auf die Entsendung von Frauen in Gremien, Kommissionen oder Konferenzen achtet und dies auch nachvollziehbar dokumentiert, wieder nicht eingeht. Deshalb fordert der Ausschuss den Senat nachdrücklich nochmals auf, ein entsprechendes Verfahren zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Zu begrüßen ist, dass der Bericht diesmal eine gesonderte Untersuchung aus dem Jahr 2000 enthält, in der es um die Erstellung und Fortschreibung der Frauenförderpläne geht und auch um die Wahl der Frauenbeauftragten, inwieweit die auch in den Dienststellen durchgeführt wurde. Nach Auffassung des Ausschusses sollte die Einhaltung der Vorschriften des LGG in allen Senatsressorts konsequent beachtet werden.

Bei der Erstellung beziehungsweise Fortschreibung der Frauenförderpläne sind nach wie vor erhebliche Defizite festzustellen. Lediglich 57 Prozent der Dienststellen hatten im Jahre 2000 ihre gesetzliche Verpflichtung erfüllt und einen Frauenförderplan erstellt. Da ist also nachzuarbeiten. Auch nur in 70 Prozent der Dienststellen wurden Frauenbeauftragte gewählt. Einige von ihnen betreuen mehrere Einrichtungen oder Dienststellen, insofern beträgt die Betreuungsquote für die Mitarbeiterinnen und der Wirkungsgrad 85 Prozent.

(D)

Ich komme dann zum Schluss: Der Ausschuss fordert den Senat auf, getrennt nach einzelnen Ressortbereichen im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass Frauenförderpläne in allen Dienststellen erstellt und fortgeschrieben werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Zeit- und Zielvorgaben sind vermehrt aufzustellen. Der Ausschuss spricht sich dafür aus, dezentrale Beschäftigungsstrukturanalysen in den Senatsressorts durchzuführen. Dabei sind die Möglichkeiten der Entlastung der Frauenbeauftragten von ihren dienstlichen Aufgaben zu verbessern.

Bezogen auf den Controllingbericht insgesamt erwartet der Ausschuss, dass zukünftig die Berichte zeitnäher vorgelegt werden, damit für den Ausschuss

(A) die Möglichkeit besteht, sich frühzeitig mit den Entwicklungen im Bereich der Umsetzung auseinander zu setzen. Sie haben ja jetzt die Daten für die Jahre 1998/1999. Es wäre schön, wenn wir jetzt die Daten für das Jahr 2000 auch schon hätten.

(Glocke)

Ich komme sofort zum Schluss, Herr Präsident! Für die Zukunft bittet der Ausschuss ferner, dass ebenso wie im Jahr 1997 ein Materialienband mit Tabellen und Schaubildern für die einzelnen Ressorts erstellt wird, damit die Frauenbeauftragten und Beschäftigten vor Ort auch einen Überblick über ihre eigene Dienststelle erhalten und Vergleiche mit anderen Dienststellen anstellen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau bittet Sie um Zustimmung zu unserem Antrag! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Vizepräsident Dr. Kuhn:** Meine Damen und Herren, ich möchte gern sicher gehen, dass ich die letzten Zeichen richtig verstanden habe, dass wir in die Mittagspause eintreten.

Wenn das der Fall ist, dann unterbreche ich die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(B)

(Unterbrechung der Sitzung 13.00 Uhr)

\*

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Landtagssitzung fort.

Wir befinden uns in der Aussprache zum Personalcontrolling Band IV.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senator für Finanzen hat der Bürgerschaft zum zweiten Mal einen Bericht zum Landesgleichstellungsgesetz vorgelegt, eine Übersicht im Rahmen des Personalcontrollings, einen Bericht zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes, auch kurz LGG genannt, ein Gesetz, das 1990 in Kraft getreten ist. Zu diesem Bericht möchte ich gern Stellung nehmen, nicht nur als Opposition, nicht nur als Grüne, sondern auch

-----  
\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

als engagierte Frau hier in unserem Bundesland, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Erste Feststellung: Der Senator für Finanzen erstellte nur diesen Bericht, er ist nicht verantwortlich für die Defizite, die in diesem Bericht genannt werden, außer natürlich in seinem eigenen Bereich, aber das ist ja wohl klar. Das wollen wir nicht durcheinander bringen.

Die zweite Feststellung: Die Verantwortung für die Umsetzung des LGG scheint immer noch nicht ganz ernst genommen zu werden, Verantwortung, die in den Ressorts, in den Dienststellen und auch bei den Führungskräften liegt, denn sonst würde man diese Defizite nicht erklären können. Hier gilt es zukünftig anzusetzen, um eine bessere Umsetzung zu erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die dritte Feststellung: In diesem Bericht fehlen so einige Impuls gebende Hinweise. Lassen Sie mich das verdeutlichen! Aus anderen Controllingberichten kennen wir die berühmten Daumen, die nach oben oder nach unten zeigen, je nachdem, ob das Ziel erreicht wurde oder nicht. Bei dem vorliegenden Bericht müssten die Daumen leider sehr oft nach unten zeigen. Außerdem wäre es sinnvoll, wenn die Nichteinhaltung von Vorgaben begründet werden müsste, und zwar von den betreffenden Dienststellen. Auch das kennen wir aus anderen Controllingberichten.

(D)

Weiterhin, meine Damen und Herren, ist es unbedingt notwendig, dass in der Zukunft die Berichte zeitnäher vorgelegt werden. Ich denke, das ist ein Muss, damit auch die Möglichkeit besteht, im Rahmen des Personalcontrollings hier steuernd eingreifen zu können, denn wir reden hier heute über die Berichtsjahre 1998 und 1999.

Doch lassen Sie mich auch einige positive Aspekte erwähnen! Positiv ist, dass der Bericht verschiedene Sonderuntersuchungen enthält wie zum Beispiel über den Familienstand, über das Alter der Frauen und das Erstellen von Frauenförderplänen. Da wird deutlich, dass nur 57 Prozent der 142 Dienststellen im Jahre 2000 ihre gesetzliche Pflicht erfüllt haben, ihre Pflicht nämlich, Frauenförderpläne zu erstellen. Diese Zahl macht deutlich, dass es in Zukunft Sanktionsmaßnahmen geben muss. Gesetzliche Verpflichtungen müssen eingehalten werden. Ein Mittel wäre, bei Stellenbesetzungen und Beförderungen akribisch darauf zu achten, ob die Bewerber dieser gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen sind.

Meine Damen und Herren, Vorgesetzte sind verantwortlich in den Betrieben und Dienststellen. Sie sollten es als Qualitätsmerkmal ansehen, dass sie

- (A) nicht Frauenförderpläne nur erstellen, sondern dass diese auch fortgeschrieben werden mit Zeit- und Zielvorgaben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ebenfalls haben sie dafür zu sorgen, dass auch Frauenbeauftragte gewählt werden und für ihre Tätigkeit freigestellt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Leider ist auch das immer noch keine Selbstverständlichkeit. Aber hier gibt es auch gute Beispiele, und das möchte ich als Bremerhavenerin sagen, das AWI nimmt hier wirklich eine Vorreiterrolle ein.

(Beifall)

Das möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen: Hier geht es nicht um eine freiwillige und gut gemeinte Aufgabe, hier geht es um die Umsetzung eines Gesetzes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt komme ich zu meiner vierten Feststellung: Die Gründe, die für das Fehlen von Frauenförderplänen in dem Bericht genannt werden, halte ich für überaus seltsam. Da werden zum Beispiel als Gründe genannt: Die Beschäftigtenzahl ist zu gering, der Frauenanteil ist sowieso schon hoch, aber auch, der Frauenanteil ist zu gering, oder, noch toller, die Mitarbeiterinnen wollten das gar nicht.

- (B) Meine Damen und Herren, die anderen abenteuerlichen Argumente möchte ich hier gar nicht aufzählen. Wir vom Bündnis 90/Die Grünen sagen klipp und klar, das kann so nicht weitergehen und auch nicht toleriert werden,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

denn bei dieser Argumentation wird völlig ausgeblendet, dass es nicht nur darum geht, den Anteil von Frauen zu erhöhen, sondern es geht darum, dass die Entlohnungs- und Hierarchiestufen zu hinterfragen sind. Auch an diesen Punkten ist dann mit der Förderung anzusetzen. Zahlen zur Entlohnung und Leitungsfunktion erspare ich Ihnen hier an dieser Stelle, meine Kollegin Frau Wulff ist ja schon darauf eingegangen. Fest steht allerdings, dass hier eine Veränderung stattfinden muss, besonders um zu einer höheren Frauenpräsenz gerade in Leitungsfunktionen zu kommen. Hier müssen gezielte Maßnahmen ergriffen werden. Warum nicht die Erprobung von Teilzeitbeschäftigung auch in Führungspositionen, meine Herren?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt lassen Sie mich noch einmal einen Blick auf die Gremien werfen! Im Geltungsbereich des LGG beträgt der Anteil von Frauen, die in Gremien entsandt werden, nur 34 Prozent. Besonders niedrig ist der Frauenanteil bei den öffentlichen Ämtern, nämlich nur 15 Prozent. Auch in den Entscheidungsgremien wie den Personalauswahlgremien ist der Frauenanteil sehr gering, aber, und jetzt wird es noch schräger, deutlich über 50 Prozent ist der Frauenanteil bei Delegationen, Kommissionen, bei Veranstaltungen und repräsentativen Funktionen. Ich denke, von Chancengleichheit kann hier wirklich nicht die Rede sein, denn Chancengleichheit stellt sich nicht automatisch ein, wenn wir lange genug warten, meine Damen und Herren!

Die strukturelle Lage der Frauen muss verbessert werden, deshalb sind gezielte Maßnahmen nötig. Über diese fünfte Feststellung von mir waren sich alle Frauen der Fraktionen im Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau einig. Darum hat der Frauenausschuss nach dem Beraten des vorliegende Controllingberichtes einen Bericht und Antrag erarbeitet mit der Zielsetzung, die Probleme und Defizite der Frauenförderung und die Umsetzung des LGG aufzuzeigen. Ebenfalls hat der Frauenausschuss Forderungen formuliert, damit die Lage der Frauen strukturell verbessert wird und das LGG endlich konsequent umgesetzt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Bericht des Frauenausschusses, meine Damen und Herren, liegt Ihnen in der Ausgangsform nicht vor. Ich möchte Ihnen auch gern sagen warum. Die Herren in der CDU waren mit dem Bericht und dem Antrag des Frauenausschusses nicht einverstanden. Sie haben ihn sozusagen weich gespült. Nur ein Beispiel für diese Weichspülerei:

Der Frauenausschuss hält es für unbedingt erforderlich, dass wesentlich mehr Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung zu erleichtern. Deshalb hat der Frauenausschuss den Senat aufgefordert, Entsprechendes zu veranlassen. So stand es im Entwurf. Das war den Herren der CDU zu deutlich.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
Wer war das denn?)

Sie haben daraus den weich gespülten Satz gemacht: Der Ausschuss geht davon aus, dass der Senat in Zusammenarbeit mit der ZGF nunmehr zügig entsprechende Maßnahmen veranlassen wird. Das meine ich mit dem Weichspülen bis zur flauschigen Bläse, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/  
Die Grünen und bei der SPD)

(C)

(D)

- (A) Die Herren der CDU scheinen immer noch Probleme mit frauenpolitischen Forderungen zu haben.

(Abg. Frau **L e m k e - S c h u l t e** [SPD]:  
Das sieht man ja!)

Ich denke, die heimlichen frauenpolitischen Sprecher können sich ja gern einmal hier zu Wort melden und sich einmal outen

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

und sich nicht hinter dem Rücken der CDU-Frauen verstecken, das ist nicht fair!

(Abg. **T e i s e r** [CDU]: Wie soll Eckhoff sich hinter deren Rücken verstecken? – Heiterkeit)

Ja, muss er seitlich machen! Also haben Sie Herrn Eckhoff schon geoutet. Einen haben wir dann ja schon einmal!

Doch zurück zu dem Thema! Die Forderungen und Positionen von Bündnis 90/Die Grünen sind deutlich und klar, denke ich. Als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, fiel mir eine Broschüre in die Hand „Fünf Jahre Bremer Landesgleichstellungsgesetz – eine Millimeterarbeit“. Wir vom Bündnis 90/Die Grünen wollen keine Millimeterarbeit mehr, wir wollen zählbare Zentimeter, meine Damen und Herren!

- (B)

(Heiterkeit – Beifall beim Bündnis 90/Die  
Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Windler.

Abg. Frau **Windler** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich gern vorstellen, ich bin die frauenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Nicht, dass hier falsche Töne aufkommen, unsere Herren wären das! Das können wir zwar in der nächsten Legislaturperiode gern überlegen, aber noch bin ich das in der Fraktion.

In der heutigen Sitzung wollen wir nicht über das Weichspülen reden, nein, wir wollen den Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau vom 5. November 2002 zum Personalcontrollingbericht Band IV über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 1998/1999 mit dem Schwerpunkt Frauenförderung, Mitteilung des Senats vom 26. Juni 2002, debattieren.

-----

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion begrüßt, dass nunmehr zum zweiten Mal ein Personalcontrollingbericht zum Thema Frauenförderung im öffentlichen Dienst diskutiert wird. Herr Dr. Zech als Vertreter des Senators für Finanzen hat den Bericht in der Sitzung am 14. August 2002 dem Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau vorgestellt. Positiv ist zu erwähnen, dass der Bericht Daten aus dem gesamten Geltungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes enthält.

(C)

Frauenförderung wird im öffentlichen Dienst des Landes Bremen weiterhin als ein wichtiger Punkt bleiben. Frauenförderpläne spielen hierbei eine wichtige Rolle. Es wäre zu begrüßen, wenn jede Dienststelle einen Frauenförderplan aufstellen würde. Die in dem Bericht genannten Gründe für ein Fehlen von Frauenförderplänen sind meines Erachtens sehr beschämend, die da wären: ein zu hoher Frauenanteil, ein zu geringer Frauenanteil, wegen Umstrukturierung konnte kein Frauenförderplan erstellt werden, es ist die Entscheidung der Mitarbeiterinnen, dass wir keinen Frauenförderplan haben, ganz einfach wegen Zeitmangel konnten wir keinen aufstellen, oder, ganz toll, der Plan ist in Vorbereitung.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion meint, es kann auch anders sein. Bremerhaven hat mit dem AWI ein Vorzeigeeinstitut. Bei dem AWI profitieren alle Seiten, die Frauen, ihre Familien und der Betrieb. So soll es sein!

Gezeigt hat uns der Bericht aber auch, dass Frauen überwiegend in den Personalgruppen der Raumpflegerinnen, im Erziehungs- und Betreuungspersonal, als Verwaltungs- und Schreibkräfte sowie Lehrpersonal tätig sind. In diesen Personalgruppen sind 53 Prozent aller Mitarbeiterinnen im bremischen öffentlichen Dienst tätig.

(D)

Bei Feuerwehr, Polizei und Strafvollzug sowie beim technischen Personal müssen wir noch eine ganze Menge tun. 26 Prozent aller männlichen Beschäftigten konzentrieren sich auf diese Personalgruppen, von den weiblichen Beschäftigten aber nur drei Prozent. Das kann so nicht weitergehen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und  
beim Bündnis 90/Die Grünen)

5294 Beamtinnen und 10 121 männliche Beamte gab es 1999, 15 416 weibliche Angestellte und 7697 männliche Angestellte, das ist eine sehr große Diskrepanz, sowie 3097 Arbeiterinnen und 1664 Arbeiter. Dies entspricht einem Frauenanteil von 34 Prozent bei den Beamten, 65 Prozent bei den Arbeitern und 67 Prozent bei den Angestellten. Also sind Frauen bei den Beamten unterdurchschnittlich und bei den Angestellten und Arbeiterinnen überdurchschnittlich vertreten. Nur 22 Prozent der Frauen sind Beamtinnen, bei den Männern sind es 52 Prozent. Auch das kann so nicht weitergehen! Dagegen sind bei den Angestellten 65 Prozent Frauen und nur 40

- (A) Prozent Männer. Bei den Arbeitern und Arbeiterinnen sieht es genauso aus, da sind acht Prozent Männer und 13 Prozent Frauen vertreten.

Die Berichterstatter haben sich gerade bei der Erstellung der Schaubilder über die Entlohnung große Mühe gegeben. Meinen Dank dafür! Frauen finden sich in den unteren Entlohnungsstufen wieder. Das heißt, Frauen in den höheren Entlohnungsstufen sind unterrepräsentiert. 93 Prozent der Beschäftigten in den Entlohnungsstufen A 1 bis A 3 sind Frauen. 63 Prozent der Frauen in diesen Entlohnungsstufen sind Raumpflegerinnen. Die Mitarbeiterinnen in den höheren Lohngruppen sind vor allen Dingen Lehrerinnen. Nur 13 Prozent bekommen die Entlohnungsstufe B 2 oder B 8. Auffällig ist, dass deutlich mehr Frauen statt Männer in befristeten Beschäftigungsverhältnissen eingestellt wurden.

Ein für Frauen besonders wichtiger Bereich ist die Teilzeitarbeit. Das heißt, knapp 50 Prozent aller im Geltungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes arbeitenden Frauen gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Frauen stellen 87 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten. Für Männer hingegen ist die Teilzeitarbeit kein attraktives Arbeitszeitmodell. Hier besteht noch Informationsbedarf über andere Arbeitszeitmodelle. Frauen müssen auch mehr für gewerblich-technische Ausbildungsberufe interessiert werden.

- (B) Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hofft auch, dass Gender Mainstreaming in der Bremer Verwaltung greift. Wir haben im Februar 2002 wichtige politische Signale in der Durchsetzung des Prinzips Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Bremer Landespolitik gesetzt. Hartmut Perschau, der als Berichterstatter für alle Senatsressorts den Bericht zum Personalcontrolling mit dem Schwerpunkt Frauenförderung vorgelegt hat, sei an dieser Stelle gedankt für seine Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Erstrebenswert ist, dass Frauenförderpläne in allen Dienststellen getrennt nach einzelnen Ressortbereichen erstellt und fortgeschrieben werden. Zeit- und Zielvorgaben sind vermehrt aufzustellen. Wir haben heute den Bericht von 1998/1999 debattiert. Für unsere Arbeit im Ausschuss ist es aber unerlässlich, mit neuen Daten zu arbeiten. Deshalb erwarten wir – –.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
Ja, Herr Perschau!)

Nein, Herr Perschau ist nur Berichterstatter! Das ist ein Riesenunterschied, damit sind alle Ressortbereiche gemeint. Das liegt nicht an Herrn Perschau, das möchte ich hier noch einmal ganz deutlich sagen!

(Beifall bei der CDU)

Herr Perschau hat die Daten zusammengezogen und berichtet nur darüber. Herr Perschau ist Berichterstatter, aber hat nicht – –.

(C)

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:  
Dann geht das Lob aber nicht an Herrn Perschau!)

Doch, und ob! Deshalb erwarten wir, dass künftig die Berichte zeitnäher vorgelegt werden, die anderen Ressorts auch, Frau Hammerström, darum bitte ich! – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wulff.

Abg. Frau **Wulff** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da ich schon als Berichterstatterin ausführlich Gelegenheit hatte, auf die Inhalte und Forderungen einzugehen, will ich das jetzt nicht noch im Einzelnen weiter vertiefen. Ich möchte nur auf die Beiträge meiner Vorrednerinnen noch einmal kurz eingehen. Ich stimme Frau Hoch in der Forderung zu, dass es notwendig wäre, im Landesgleichstellungsgesetz auch Sanktionsmaßnahmen zu verankern, um der ganzen Geschichte mehr Power zu verleihen. Das ist eine – –.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Null Toleranz!)

(D)

Zero Tolerance! Ja, guter Tipp, Herr Dr. Kuhn, können wir einmal aufgreifen! Ich meine, das schaffen wir ja in dieser Legislaturperiode nicht mehr, auch nicht gerade mit unserem Koalitionspartner CDU, das befürchte ich jedenfalls, das Landesgleichstellungsgesetz in diesem Sinn zu verändern. Wir haben als SPD-Fraktion bisher auf Maßnahmen zur Änderung in dieser Periode verzichtet, weil wir befürchtet haben, das Gesetz würde eher verschlechtert werden. Das Landesgleichstellungsgesetz ist ja noch zu Zeiten der SPD mit absoluter Mehrheit hier verabschiedet worden. Vielleicht bekommen wir wieder einmal solche Zeiten, wo es dann im nächsten Jahr vorangehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte die männlichen Kollegen der SPD-Fraktion loben. Sie haben uns Frauen freie Hand gelassen, haben uns nicht bei der Arbeit behindert und unsere Sache positiv unterstützt, das will auch schon einmal etwas heißen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält Staatsrat Dr. Dannemann.

(A) **Staatsrat Dr. Dannemann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich den Antrag des Ausschusses gelesen hatte und dann den ersten Beitrag hörte, habe ich eigentlich gedacht, dass ich mich ein bisschen wie ein Bote fühle, der gescholten wird, weil die Botschaft, die er überbringt, nicht die allerbeste ist. Aber nach dem Beitrag von Frau Hoch muss ich dies jetzt nicht hier sagen.

Ich wollte aber zu den Kritikpunkten in dem Bericht doch kurz Stellung nehmen aus der Sicht des Senators für Finanzen. Erstens möchte ich feststellen, dass Mitte 1997 der Senator für Finanzen die Berichterstattung von der ZGF übernommen hat, die damals, wie mir gesagt wurde, für die Dauer der Befassung der ZGF mit diesem Bericht etwa zweieinhalb Personen damit beschäftigt hat. Wir haben vom Senator für Finanzen hier, das ist schon gesagt worden, eine rein berichtende Funktion, wir sind sozusagen Dienstleister. Dies hat sich angeboten und ist auch vernünftig, weil wir ohnehin das Personalcontrolling machen und dies hier gut in den gesamten Rahmen passt. Wir wollen das also nicht ändern, sondern es ist eine sinnvolle Ergänzung. Wir haben drei andere Bände, und dies ist dann eben der vierte Band.

Zweitens wollte ich feststellen, dass der Bericht sehr detailliert ist. Er wird, das stellen Sie auch fest, bundesweit als vorbildlich beurteilt hinsichtlich der Qualität und der Quantität der Daten.

(B) (Beifall bei der CDU)

Wir haben den Bericht 1998/1999, auch das ist festgestellt worden, erheblich erweitert um viele Dienststellen. Einige sind auch aufgelistet, die noch nicht geliefert haben. Der Bericht 2000 bis 2002, das wird ein Dreijahresbericht – das ist Ihnen, glaube ich, im Ausschuss von Herrn Zech auch vorgetragen worden –, soll im Frühjahr 2003 vorliegen, also zeitnah. Das geht allerdings nur so, dass wir den berichtenden Dienststellen Fristen setzen. Das bedeutet dann eben, wer seinen Berichtsteil nicht abliefern, erscheint dann nicht in dem Bericht. Das ist die einzige Möglichkeit, wie wir das Problem dann zeitnäher lösen.

Der dritte Punkt ist, dass in Ihrem Antrag Weiterungen vorgeschlagen werden, eine Erweiterung des Controllings um ein Maßnahmencontrolling, dann habe ich eben auch gehört Sanktionen – dies ist natürlich eine Frage des Landesgleichstellungsgesetzes –, aber auch um weitere Fördermaßnahmen. Da muss ich nun sagen, damit ist dann der Senator für Finanzen aber überfordert. Dies ist nicht unsere Aufgabe, dafür gibt es die Senatorin für Frauen. Wir haben nicht in der Geschäftsverteilung des Senats einen Senator für Finanzen und Frauen. Das wäre hochinteressant, aber wir haben nach der Geschäftsverteilung eine Senatorin für Frauen. Da muss man auch sagen, dass bei uns natürlich auch die besondere fachliche frauenförderische und sozialwissenschaftliche Kompetenz fehlt. Das ist nicht unser Bier,

das muss schon das Sozialressort beziehungsweise das Frauenressort machen. Wir werden sicherlich aufgrund Ihres Antrags, der ja dem Senat überreicht wird, mit dem Senator für Frauen versuchen müssen, eine Arbeitsteilung vorzunehmen. Wir sind aber nur der Dienstleister. Das wollte ich noch einmal feststellen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau bei.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1186, und von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau, Drucksache 15/1288, Kenntnis.

### Keine Abschaffung der Tonnagesteuer

Antrag (Entschliebung) der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 13. November 2002  
(Drucksache 15/1296)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind im Augenblick Zeitzeugen eines schon einmaligen Vorgangs in der Bundesrepublik. Selten zuvor sind in so dreister Weise Wahlversprechen, Ankündigungen und Vorhersagen von vor der Wahl so brutal gebrochen worden wie unter dieser Schröder-Regierung.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Ob es die Vortäuschung der konkreten Finanzlage des Bundes angeht, ob es die Aussage um die Steu-

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) ererhöhung angeht, ob es um die Irakfrage geht, eigentlich in allen Feldern wurde vor der Bundestagswahl brutal gelogen. Dieses Verhalten entlarvt sich jetzt nach und nach. Die Stimmung in der Bevölkerung ist auch dementsprechend. Wenn man die Umfragen jetzt noch einmal ein paar Wochen abwartet, vielleicht schaffen Sie gerade noch, wenn Sie sich bemühen, nicht allzu sehr unter 25 Prozent zu rutschen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ähnlich verhält es sich mit der Tonnagesteuer.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen – Abg. B ö h r n s e n [SPD]:  
Rasanter Übergang!)

Wir durften in den Monaten vor der Wahl beobachten, wie der verehrte Bundeskanzler durch Norddeutschland getourt ist, mit maritimen Konferenzen aufgewartet hat und den Leuten erzählt hat, wie sehr es der Bundesregierung am Herzen liegt, die maritime Verbundwirtschaft zu stützen, und es als nationale Aufgabe zu verstehen, die Wirtschaftszweige an der Küste zu stärken. Kaum war der Koalitionsvertrag unterschrieben, tauchten auch schon die ersten Sparbeschlüsse, die ersten Sparvorschläge von Bundesfinanzminister Eichel auf, sicherlich alles völlig unabgestimmt mit der politischen Führung. Sicherlich hat da nur ein kleiner, hilfloser Sachbearbeiter auf unterster Ebene seine spontanen Ideen einmal zum Besten gegeben. Nein, meine Damen und Herren, hier wird schon gedeckt von oberster politischer Führung versucht, auf die Küste einzudreschen, einzuschlagen

(B)

(Heiterkeit bei der SPD)

und die Grundlage der maritimen Wirtschaft hier zu beschädigen.

Worum geht es bei der Tonnagesteuer? Die Ausgangslage ist folgende: Die alte Kohl-Regierung hat 1989 mit einer gemeinsamen Gesetzesvorlage die Tonnagesteuer verabschiedet.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: 1998!)

1998! Durch die Einführung der so genannten Tonnagesteuer zum 1. 1. 1999 wurde eine Norm in das Einkommensteuergesetz aufgenommen, deren erklärtes Ziel die Angleichung der Besteuerung von Schifffahrtsgesellschaften in der EU war. In der ersten Jahreshälfte 1998 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Anpassung der technischen und steuerlichen Bedingungen in der Seeschifffahrt an den internationalen Standard. Wesentlicher Bestandteil dieses Gesetzes ist die Einführung eines Wahlrechts hinsichtlich der Gewinnermittlung bei Han-

delsschiffen im internationalen Verkehr, die so genannte Tonnagesteuer, die zum 1. 1. 1999 in Kraft trat.

(C)

Gesetzgeberische Intention dieser Neuregelung war die Anpassung der Besteuerung von Schifffahrtseinkünften an den europäischen Standard. In den meisten europäischen Nachbarländern erfolgt nämlich eine Gewinnermittlung über eine Tonnagesteuer. Die Einführung der Tonnagesteuer führte aber neben der Harmonisierung der Besteuerung von Schifffahrtsgesellschaften in der EU auch zu einer Erweiterung der Zielgruppe des Kapitalanlageproduktes Schifffahrtsbeteiligung. In Deutschland wird das Eigenkapital für einen Schiffskauf nämlich oft bei Privatanlegern eingesammelt. Es handelt sich also nicht um eine eigene Steuer, sondern um ein Wahlrecht für eine besondere Gewinnermittlungsart.

Für die Ausübung der Optionen zur pauschalen Gewinnermittlung nach Paragraph 5 a des Einkommensteuergesetzes hat die Schifffahrtsgesellschaft folgende Voraussetzungen zu erfüllen, nämlich den Betrieb eines Handelsschiffes im internationalen Verkehr, die Bereederung und Geschäftsleitung im Inland, ganz wichtig hier auch in Bremen, sowie die des unwiderruflichen Antrags der Schifffahrtsgesellschaft.

Die Ziele der Tonnagesteuer wurden weitgehend erreicht, meine Damen und Herren! Führen 1999 erst 150 Handelsschiffe in dem neuen System, sind es in diesem Jahr schon 1700. Sie fahren entweder unter deutscher Flagge oder sind im deutschen Seeschiffregister eingetragen. Es werden damit die Arbeit von 10 000 Seeleuten sowie 17 000 Arbeitsplätze an Land gesichert. Es trägt darüber hinaus zur Standortbindung von über 420 Reedern bei.

(D)

Wer nun an dieser Steuer anfängt zu spielen, nur weil offensichtlich zu wenig Sachverstand in der näheren Umgebung von Herrn Eichel vorherrscht, setzt diese Arbeitsplätze aufs Spiel und bringt noch viel mehr Arbeitsplätze auf deutschen Werften in Gefahr, denn jeder zweite deutsche Reeder beauftragt heimische Werften mit dem Neubau von Schiffen, im Jahr 2000 waren es immerhin 164 Handelsschiffe, im Jahr 2001 noch immerhin 128.

Meine Damen und Herren, ich denke, die Zahlen sind eindeutig! Wir an der Küste müssen großen Wert darauf legen, dass diese Tonnagesteuer nicht abgeschafft wird. Nun gab es zwar in den letzten Tagen eine Mitteilung eines mir bisher noch nicht bekannten Bundestagsabgeordneten, sicherlich ist er einer der wichtigsten in der Fraktion der SPD, die da lautet „Tonnagesteuer gesichert“, aber nach dem Verhalten der rotgrünen Bundesregierung in den letzten Wochen muss man eigentlich mit allem rechnen. Deswegen ist dieser Beschlussvorschlag, den die beiden Koalitionsfraktionen CDU und SPD hier heute vorlegen, auch konsequent und wichtig.

Es hätte mich ein bisschen gefreut, um auch den Vorwurf, Herr Schramm, den Sie sicherlich gleich

(A) erheben werden, zu beantworten, wenn wir den Antrag ein bisschen früher eingereicht hätten, aber das zögerliche Verhalten unseres Koalitionspartners hat leider dazu geführt, dass wir ihn erst gestern Nachmittag einreichen konnten. Verstanden habe ich die zögerliche Haltung nicht, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, denn selbst Ihre Bundestagsabgeordnete Annette Fasse hat vor anderthalb Wochen auf der Veranstaltung des Wirtschaftsverbandes „Weser“ in Nordenham sich relativ eindeutig geäußert zu den Plänen der rotgrünen Bundesregierung.

Von daher denke ich, dass es schon ein wenig fragwürdig ist, wie Sie sich hier in dieser Frage verhalten. In der Vergangenheit habe ich andere Töne von Ihnen kennen gelernt. Da haben Sie sich immer sehr stark dafür eingesetzt, deutsche Arbeitsplätze auf Schiffen und Arbeitsplätze auf Werften zu erhalten. Offensichtlich scheint hier ein Paradigmenwechsel eingetreten zu sein. Ich hoffe, dass wir dennoch hier geschlossenen und einheitlich der Politik der rotgrünen Bundesregierung an dieser Stelle eine Absage erteilen können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Günthner.

(B) Abg. **Günthner** (SPD \*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Kastendiek, ich erzähle Ihnen zum Anfang einmal eine kleine Geschichte. Ich bin in den ersten Tagen nach der Bundestagswahl auch hin und wieder durch dieses Haus gelaufen und habe zu einzelnen CDU-Kollegen gesagt: Ich gratuliere Ihnen dazu, dass Sie den Bundeskanzler stellen! Ich habe nämlich am Wahlabend um 19 Uhr den Fernseher ausgestellt, als Herr Stoiber sich zum Bundeskanzler erklärt hat und gesagt hat, die CDU habe die Bundestagswahl gewonnen. Bemerkenswerterweise habe ich dann am nächsten Morgen festgestellt, dass die CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag weder den Bundestagspräsidenten stellt, den die stärkste Fraktion stellt, nämlich wir, noch den Bundeskanzler. Herr Stoiber hat es genauso wenig geschafft, ehrlich zu sagen, dass die SPD die Wahl gewonnen hat, und das auch zu verdauen. Insofern, Herr Kastendiek, fand ich es eben auch etwas unangemessen, dass Sie hier Wahlkampf nachholen! Wir stellen die Bundesregierung, und wir sagen dann dementsprechend auch, wo es politisch lang geht!

(Lachen bei der CDU – Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Sagen Sie es doch noch einmal, wo es lang geht! – Abg. Eckhoff [CDU]: Den sollten Sie nach Berlin schicken!)

-----  
\*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich finde es schon bemerkenswert, dass die politischen Kräfte in diesem Land, nämlich die CDU, die es in 16 Jahren geschafft hat, tausendfach Arbeitsplätze in der deutschen Seeschifffahrt zu vernichten, sich jetzt hier hinstellen und so tun, als wenn sie die Lord Siegelbewahrer der deutschen Seeschifffahrt wären. Das finde ich wirklich bemerkenswert, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Dann laufen Sie doch einmal in Bremerhaven herum und fragen, was arbeitslose Seeleute glauben, wer dafür verantwortlich ist, dass ihre Arbeitsplätze nicht mehr existieren! Ich glaube kaum, dass sie der Auffassung sind, dass das die Grünen oder Roten waren, sondern die wissen ganz genau, wer es war, nämlich die CDU-Regierung in den 16 Jahren Kohl! Lassen Sie mich aber zu dem sachlichen Teil kommen, auf den Herr Kastendiek dann wenigstens im mittleren Teil seiner Rede auch eingegangen ist!

Die Seeschifffahrt macht einen der Kernbereiche der maritimen Wirtschaft aus. Gerade dieser Tatsache haben wir auch mit der Tonnagesteuer Rechnung zu tragen. Die Seeschifffahrt ist die Wachstumsindustrie in Deutschland, und einen der drei führenden Standorte in Europa stellt die Seeschifffahrt dar. Herr Kastendiek hat einen Teil der Zahlen schon genannt, 1700 Schiffe, die bisher für die Tonnagesteuer optiert haben, weitere 450, die in die Tonnagesteuer hinein wollen, in das deutsche Seeschiffsregister. Daneben sind weitere 200 Schiffe im Bau befindlich, die auch als Finanzierungsgrundlage die Tonnagesteuer haben. Für das letzte Jahr kann man feststellen, dass im Bereich der Schiffsneubauten sich die Investitionen nahezu verdoppelt haben.

Man kann also durchaus, nachdem es anfänglich nach der Einführung der Tonnagesteuer auch skeptische Töne gab und die Zahlen nicht ganz so gut aussahen, von einer Erfolgsgeschichte der Tonnagesteuer sprechen. Man kann darüber hinaus feststellen, dass viele Reedereien nach Deutschland zurückgekehrt sind und ausländische Reedereien Tochtergesellschaften in Deutschland gegründet haben und allein im letzten Jahr die Zahl der an Land in Landbetrieben beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Reedereien um 850 angestiegen ist.

Grundlage dafür ist auch die Frage, wie bekommt man eine europäische Harmonisierung hin. Grundlage dafür ist die EU-Leitlinie von 1997, die auch die Möglichkeit einräumt, in diesem Maße Subventionen zu bewilligen. Bisher haben fast alle europäischen Schifffahrtsnationen, in Schweden und Frankreich treten die entsprechenden Gesetze zum 1. 1. 2003 in Kraft, die Gesetze eingeführt. Belgien arbeitet daran, lediglich Italien ist da noch nicht ganz mitgekommen. Die arbeiten aber ebenfalls daran, und möglicherweise wird es da auch klappen. Die

(C)

(D)

- (A) EU-Kommission insgesamt spricht davon, dass die Tonnagesteuer eine positive Wirkung hatte. Dementsprechend muss man auch sagen, dass ein Abschaffen des Tonnagesteuersystems damit ein Abschied vom europäischen Standard wäre.

Lassen Sie mich nun kurz darauf eingehen, zu welchen Konsequenzen es käme, wenn es zu einer Streichung der Tonnagesteuer kommt! Es ist, glaube ich, völlig klar, dass nicht nur im Bereich der bremischen und Hamburger Reedereien es zu massiven Verlusten käme. Man muss auch beispielsweise erwähnen, dass allein im Bereich der Ems 100 Einschiffreedereien unter Umständen sich überlegen könnten, in die nahen Niederlande abzuwandern mit nicht gerade positiven Folgen für kleinere Unternehmen und auch mit nicht gerade positiven Folgen für die Seeschifffahrt insgesamt. Schon die Ankündigung der Streichung hat zu einem weitgehenden Investitionsstopp bei Reedereien geführt. Ich glaube, daran arbeiten auch insbesondere die SPD-Abgeordneten der Küstenländer im Deutschen Bundestag intensiv. Wir müssen auch hier wieder dazu kommen, den Reedereien eine Planungssicherheit zu geben und ihnen zu sagen, dass es die Tonnagesteuer, jedenfalls nach Auffassung der norddeutschen Bundestagsabgeordneten der Küstenländer der SPD, weiterhin geben wird.

Ich glaube, dass die Tonnagesteuer auch wichtig ist, um das maritime Bündnis deutlich zu machen.

(B) Da gestatte ich mir auch noch einmal den Hinweis, mir ist nie aufgefallen, dass Bundeskanzler Helmut Kohl, CDU, für maritime Bündnisse eingestanden ist. Bei Helmut Kohl gab es so das geflügelte Wort, in der Zeit der Kohl-Regierung saß der Bundeskanzler immer mit dem Rücken zur Küste. Das hat sich auch in seiner Politik sehr stark widerspiegelt. Unser aktueller Bundeskanzler kommt von der Küste und weiß dementsprechend auch,

(Lachen und Unruhe bei der CDU)

worauf es in Norddeutschland ankommt. Sie können schreien, soviel Sie wollen!

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Nein, wir lachen!)

Der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder, der zu Ihrer Information zurzeit Bundeskanzler ist, hat auch Teile an der deutschen Nordseeküste, die zu seinem Bundesland gehört haben, und hat gerade in dem Bereich auch eine massive Förderung betrieben. Vielleicht sollten Sie das einfach einmal zur Kenntnis nehmen!

(Beifall bei der SPD – Abg. T e i s e r [CDU]: Deswegen haben Sie die Tonnagesteuer eingeführt! – Abg. E c k h o f f [CDU]: Dann kommt gleich noch einmal Isola und sagt etwas!)

Ich finde, der gemeinsame Antrag der Fraktionen von CDU und SPD macht auch für den Standort Bremen und für den Standort Bremerhaven deutlich, dass die Abschaffung der Tonnagesteuer nicht der richtige Weg ist, dass wir auch im Vorfeld schon unseren Bundestagsabgeordneten mit auf dem Weg gegeben haben, sich dafür in Berlin einzusetzen, dass es nicht geschieht, und dass es auch keine Pläne, wie Sie immer behaupten, der Bundesregierung sind, die Tonnagesteuer abzuschaffen, sondern eines einzelnen Referenten im Finanzministerium, der das betreibt.

Meine Damen und Herren, ich finde, der gemeinsame Antrag der Fraktionen von CDU und SPD ist zielführend, indem wir nämlich sagen, der Werftstandort, die Küste und der Hafenstandort müssen gesichert werden, dazu gehört eben, die Tonnagesteuer zu erhalten. Dazu gehört auch, die Abschaffung des Lohnsteuereinhalts abzulehnen. Ich glaube, das ist ein guter Weg, auf dem wir uns auch gemeinsam bewegen, trotz aller Polemik, die aber offensichtlich so kurz nach einer Bundestagswahl auch noch einmal notwendig ist. Ich glaube, wenn wir auch gemeinsam unseren Bundestagsabgeordneten, auch Sie von der CDU sind da gefordert, mit auf dem Weg geben, dass diese in Berlin sich dafür einsetzen sollen, dass die Tonnagesteuer nicht abgeschafft wird, dass wir es dann auch schaffen können! – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat, Herr Kastendiek, wollte ich ansprechen, warum Sie hier Dringlichkeitsanträge einbringen, um uns dann mit Parteitagsreden zu beglücken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Logik kann ich nicht nachvollziehen!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Es gibt auch dringliche Parteitagsreden!)

Dass Sie dann auch noch den Irakkonflikt bemühen müssen, um auf die Tonnagesteuer zu kommen, ja gut, da muss man schon intellektuell versiert sein, um dem Folge leisten zu können, aber Sie haben es versucht! Ich denke, der Versuch ist strafbar!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Das bedroht die Schifffahrt!)

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Das ist im Strafrecht ein gängiger Begriff, Herr Eckhoff!

(Lachen bei der CDU)

Den muss man auf solche Anträge einfach anwenden, das tut mir Leid! Vor allen Dingen, wenn man die Bedeutung der Tonnagesteuer dermaßen überzeichnet, wie der Kollege Kastendiek das hier sozusagen zu einem nationalen Desaster getan hat, das finde ich wirklich überzogen. Sie meinen, dass die Bundesregierung die Küste zubetoniert, nur weil sie die Tonnagesteuer abschaffen wollte. Außerdem müsste es Ihnen doch eigentlich recht sein als Betonpolitiker, oder?

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das ist jetzt so etwas von mies!)

Aber es ist nicht so, ich kann Sie beruhigen! Es ist in der Tat nicht so, da muss man auch den Ball etwas flach halten, wie der Kollege Lemke gestern irgendwo gesagt hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ganz kurz noch einmal zu Herrn Günthner! Es sind nicht nur die Sozialdemokraten, die dazu beigetragen haben, dass wir eine Fortsetzung der rotgrünen Bundesregierung haben, meine Damen und Herren!

(B) Da haben Sie, glaube ich, den Anteil der Grünen an diesem Wahlerfolg ein bisschen unterschätzt oder unterschlagen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Grünen haben ihren Anteil dazu beigetragen und natürlich auch den maritimen Standort, soweit es Bremen und die Küste betrifft, entsprechend in das Blickfeld der Politik zu rücken und auch in der Zukunft rücken zu lassen. Das muss hier an dieser Stelle, wenn wir schon Parteitagehalten, und da halte ich mich noch sehr zurück, auch noch einmal gesagt werden.

Wir haben, um die Position der Grünen in Bremen auch noch einmal klar zu machen, auch schon einmal einen Antrag hier besprochen. Den Kollegen, die schon etwas länger dabei sind und sich mit Schifffahrtspolitik beschäftigen, kann ich das auch noch einmal vor Augen führen. Da haben die Grünen auch der Einführung der Tonnagesteuer zugestimmt und haben das gut gefunden, dass das so ist. Damals gab es die Debatte um Ausflagging und so weiter, Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Gefahr der Ausflagging in andere internationale Register durch die Reeder und alles, was damit zusammenhängt, was Ausbildungsplätze im maritimen Bereich betrifft, was den seemannischen Nachwuchs betrifft und so weiter. Da gab es eine Vielzahl von Vorschlägen, wie man dem begegnen kann. Letztendlich ist dann die

Tonnagesteuer dabei herausgekommen. Das ist, glaube ich, auch gut so, meine Damen und Herren!

(C)

Eigentlich ist die Tonnagesteuer gar keine Steuer in dem Sinne, sondern es ist nur eine Grundlage, eine Option, um Steuerwahlmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Wenn man sagt, man will eine Steuer abschaffen, klingt das ja erst einmal ganz positiv, gerade im Kanon der aktuellen Diskussion, aber hier wäre die Abschaffung der Tonnagesteuer eben nicht positiv, sondern eher wahrscheinlich mit negativen Effekten behaftet. Bei dem guten Geschäftsverlauf bei den Reedern, und das ist im Jahr 2002 der Fall gewesen nach einigen Tälern, ist es eben günstiger für die Reeder, Tonnagesteuer in Anspruch zu nehmen. Sie müssen dann weniger Steuern bezahlen, als das vorher der Fall war.

Das ist eine Art von Subvention, das muss man einfach sagen. Darüber kann man auch streiten, man kann sagen, ist denn die Schifffahrt nicht eigentlich schon genügend subventioniert, muss das sein, dass die Zahnärzte hier ihr Kapital auch noch steuerbegünstigt anlegen und so weiter! Das ist eine Debatte, die kann man pro und contra führen, aber Fakt ist, dass diese Steuer und die Grundlage der Besteuerung, das ist eigentlich eine Grundlage von Besteuerung, keine Steuer, sozusagen auf europäischer Ebene Standard ist. Sie ist in vielen europäischen Ländern eingeführt, und sie hat dazu geführt, dass es positive Effekte gegeben hat.

Es ist sozusagen eine harmonisierte Grundlage geschaffen worden, auch mit dem Ziel, Beschäftigung zu sichern, nicht nur im nationalen Bereich, sondern Beschäftigung im maritimen Bereich auf internationaler Ebene zu sichern. Dieses Ziel, das ist eben auch gesagt worden, ist, ein Stück jedenfalls, erreicht worden. Es gibt einen Zuwachs von Arbeitsplätzen, die Ausbildungsplätze im maritimen Bereich nehmen wieder zu, die Nachfrage danach steigt. Das ist gut so. Die negativen Trends, die wir immer jahrelang zu verzeichnen hatten, sind durch die Tonnagesteuer ein Stück weit unterbrochen worden, und das ist positiv, meine Damen und Herren!

(D)

Koalitionsvereinbarung, und das ist wohl das Ziel dieses Antrags, da ein bisschen zu zündeln, war es, die Steuerschlupflöcher zu schließen und die Steuergerechtigkeit zu erhöhen. Ich denke, das ist ein Ansinnen, was durchaus positiv ist und was man auch unterstützen muss, meine Damen und Herren,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

angesichts der Finanzlage, wie sie im Bund zu verzeichnen ist. Im Koalitionsvertrag sind zirka 50 Steuerreformpläne verabredet worden, darunter allerdings auch die Abschaffung der Tonnagesteuer. Da muss man dann, wenn man volkswirtschaftlich argumentiert, doch noch einmal Kosten und Nutzen abwägen, ob es sinnvoll ist, diese Steuer wirklich abzuschaffen, zumal die Steuern, wie gesagt, in den

(A) europäischen Nachbarländern bereits gang und gäbe sind. Wenn Deutschland jetzt da ausscheren würde als Alleingang, denke ich, wäre das nicht im Sinn der europäischen Harmonisierung und von daher auch nicht positiv zu beurteilen.

Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass es Kapitalflucht gibt. Europa liegt dicht beieinander, Standortverlagerungen, Betriebsstättenverlagerungen sind zu befürchten. Ich glaube, heute stand es in der „Welt“, dass eine große Hamburger Reederei, Laisz, die auch das Forschungsschiff des AWI bereedert, in die Niederlande abwandert, wenn es zur Abschaffung der Tonnagesteuer kommt. Das sind über 25 Schiffe, die dann verlagert werden mit den entsprechenden Arbeitsplätzen. Ich denke, das zeigt noch einmal, dass die Gefahr groß ist, dass, wenn wir diese Steuererleichterung abschaffen, es zu Betriebsverlagerungen, zu Steuer- und Kapitalverlagerungen kommt. Das ist zumindest ein Null-Summen-Spiel, negativ für den Standort, nicht allein für Bremen, auch für den Standort Deutschland insgesamt und für den Standort der norddeutschen Küste.

Man muss also die Kosten, die dann entstehen an Imageverlust, an negativen Einflüssen, Reaktionen gegen die Vorteile rechnen, die man hätte, wenn man die Steuervorteile abschaffen würde. Ich würde sagen, da würden eventuell die negativen Auswirkungen gegenüber den positiven überwiegen. Von daher, finde ich, macht es keinen Sinn, die Tonnagesteuer abzuschaffen.

(B) Ein anderer Punkt, der, wenn man es politisch betrachtet, auch ins Kalkül zu ziehen ist: Es ist nicht abzusehen, selbst wenn man es wollte, dass es im Bundesrat eine Mehrheit dafür geben würde. Die CDU-regierten Länder sind mit Sicherheit dagegen, aber auch die Küstenminister und die Wirtschaftsminister der SPD-regierten Länder sind ebenfalls dagegen, so dass es eine Mehrheit im Bundesrat für die Abschaffung der Tonnagesteuer nicht geben würde. Von daher macht es auch politisch keinen Sinn, von dieser Stelle aus hier irgendwie dafür zu plädieren, die Tonnagesteuer abschaffen zu wollen.

Deshalb, weil es politisch keinen Sinn macht, weil es auch ökonomisch für die Küstenländer keinen Sinn macht, aber auch für den Standort Deutschland keinen Sinn macht, gibt es politische Hinweise sowohl aus der SPD-Fraktion im Bundestag als auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, es so zu lassen, wie es ist, die angekündigte Abschaffung der Tonnagesteuer nicht durchzuführen, sondern sie beizubehalten, das heißt, die Steuererleichterung beizubehalten.

Ich glaube auch, dass Sie diese Hinweise kennen, Sie haben aber trotzdem den Antrag gestellt, um jetzt noch einmal Flagge zu zeigen. Das ist Ihr gutes Recht, aber ich glaube, die politischen Einwände sind damit überflüssig geworden, meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass durch meine Ausführungen

deutlich geworden ist, dass wir dem Antrag der großen Koalition beitreten und ihn unterstützen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU \*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war schon sehr interessant, hier den Eiertanz und das Herumlavieren in den Redebeiträgen zu verfolgen. Herr Schramm einmal wieder sowohl als auch, aber so richtig festlegen wollten wir uns eigentlich nicht, dann kommt er am Ende doch wieder dazu und zweifelt dann die Notwendigkeit dieses Antrags noch einmal ganz kurz an. Ich hätte mich schon gefreut, wenn hier klare Aussagen von Ihnen gekommen wären!

(Beifall bei der CDU)

Auf lose Hinweise aus Ihren Fraktionen – sorry! – kann man wirklich wenig geben! Hier muss eine klare, eindeutige Aussage von der politischen Führung kommen. Das erwarten wir und nichts anderes, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

(D) Das Spielchen kennen wir doch schon. Im Februar sind Wahlen in Niedersachsen. Böse Zungen mögen meinen, dass es eigentlich jetzt nur so lange hinausgezögert wird, bis in Niedersachsen die Wahl ist, dann wird das Ding wieder aus der Schublade herausgezogen. Meine Damen und Herren, damit kommen Sie hier an der Küste nicht durch!

(Beifall bei der CDU)

Wie unwohl Sie sich hier heute in Ihrer Haut gefühlt haben, das konnte man, Herr Günthner, hervorragend nachvollziehen, mit welchen Hilfskrücken Sie argumentieren mussten, damit Sie auch nur einigermaßen Ihre Position aufrechterhalten können. Dass Sie jetzt wirklich fast fünf, vier Jahre, nachdem Sie die Regierungsverantwortung in Berlin haben, die Kohl-Regierung noch bemühen müssen,

(Abg. **M ü t z e l b u r g** [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie reden doch dauernd von der Ampel!)

um Ihren politischen Argumenten ein Fundament zu verschaffen, ist doch eine politische Armutserklärung, die Sie hier heute abgeliefert haben.

(Beifall bei der CDU)

-----

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Auf der anderen Seite habe ich mich dann natürlich wieder gefreut, mit welcher Intensität Sie die Tonnagesteuer dann im Widerspruch dazu gelobt haben. Sie haben sie uneingeschränkt gelobt! Aber wer hat sie denn in Gang gesetzt? Wer hat sie beschlossen? Durch wen ist sie eingeführt worden? Doch durch die Kohl-Regierung, meine Damen und Herren, das darf ja noch einmal hier gesagt werden!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Ihr Start von vor vier Jahren nicht ganz so schlecht gewesen wäre, der wird durch den Start in dieser Legislaturperiode noch einmal um das Doppelte getoppt, was die mangelnde Qualität angeht, dann hätten wir die Tonnagesteuer nicht schon zum 1. Januar 1999 gehabt, Sie haben es durch Verzögern, In-Gang-Setzen von Verordnungen noch einmal geschafft, es um sechs Monate hinauszuzögern, hätte man damals diese sechs Monate noch gewinnen können. Das ist offensichtlich rotgrüne maritime Küstenpolitik. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Winther.

(B) **Staatsrätin Winther:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da Sie die Abschaffung der Tonnagesteuer hier großkoalitionär und koalitionsübergreifend diskutiert haben, der Kanzler ein Freund der Küste ist, das maritime Bündnis so gelobt worden ist, frage ich mich, wieso überhaupt über die Abschaffung diskutiert wird und wer es denn überhaupt hier aufgebracht hat, nicht den Antrag, sondern wer die Abschaffung eingebracht hat. Sie ist Teil der Koalitionsvereinbarung des Bundes. Frage: Ist es einer der Schnellschüsse, der einer Nachprüfung nicht standhält?

Ich denke, für uns hier in Bremen ist bedeutsam, dass wir Klarheit brauchen, Klarheit für die Reeder, welche Belastungen auf sie zukommen und wie sie sich im internationalen Wettbewerb zu verhalten haben. Diese Klarheit ist hier angesprochen worden, die Gründe, weshalb wir so dringend an dieser Tonnagesteuer festhalten wollen und müssen, sind auch koalitionsübergreifend genannt worden. Es ist das Problem, dass die Reeder ihren Firmensitz nicht ins

Ausland verlagern, die Ausflaggen nicht rapide zunehmen und wir keine weiteren Arbeitsplatzverluste in der Seeschifffahrt hinnehmen müssen. All dies sind für uns hier am Standort existenzielle Fragen.

Auch die 1700 Schiffe, die sich bisher für das Tonnagesystem entschieden haben, und die 400 Schiffe, die sich noch anschließen wollen und in das Schiffsregister zurückkehren wollen und letztendlich auch die 200 Schiffe, die sich im Auftrag der Reeder bereits im Bau befinden, sind Dimensionen, die für die Seefahrt hier und für die Werften in Bremen von großer Bedeutung sind. Deswegen brauchen wir Klarheit. Wir brauchen schnell Klarheit, Klarheit, dass die Tonnagesteuer nicht abgeschafft wird, und Klarheit, dass das maritime Bündnis weiterhin Bestand hat. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1296 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Meine Damen und Herren, damit haben wir unsere Arbeit getan. Wir sind am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Heimweg.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 15.27 Uhr)